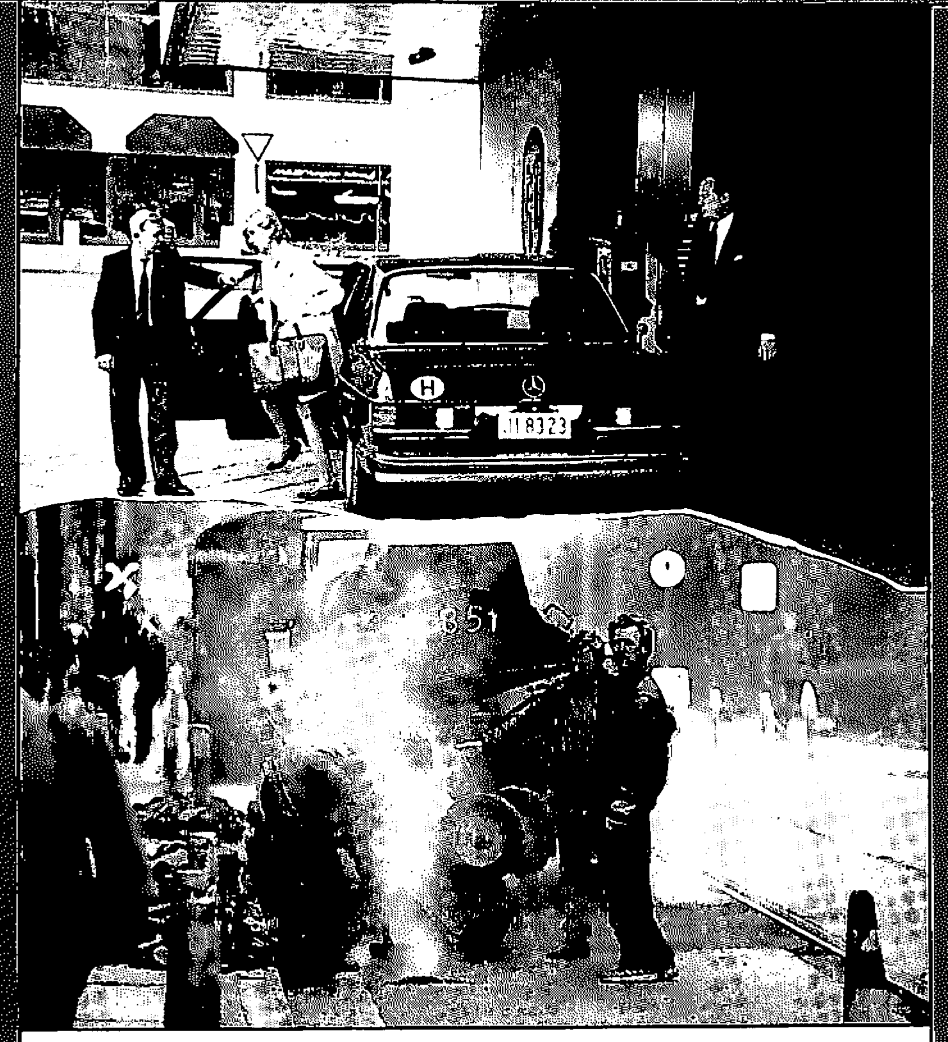
Nr. 175 August 1991

DM 6,00 M 3477 F

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt



Peripherisierung Osteuropas

außerdem: Nicaragua ★ Ägypten
Kritik an der FAO ★ Kamerun

Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/7 40 03, Bürozeiten: Mo.-Do. 10-13 u. 15-18 Uhr, Fr. 11-13 u. 15-17 Uhr

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Frank Ballot, Iris Bauer, Andrea Borchers, Horst Breit, Konrad Fisch, Uwe Göde, Uwe Hartwig, Daniela Heuberger, Hilmar Höhn, Uwe Jungfer, Christa Kernbichl, Tilman Lamparter, Georg Lutz, Christel Opeker, Gunhild Rauch, Gerhard Rieger, Bernd Riegraf, Nivien Saleh, Klaus Schreiner, Jörg Später, Ulrike Steckkönig, Sigi Weber, Regine Wlassitschau, Udo Wolter

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten. (ca. 18000 Zeichen)
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 32 61 87

Vertrieb für Buchhandel:
prolit verlagsauslieferung gmbh, Siemensstraße 16, Postfach 9, 6301 Fernwald (Annerod)
Telefon: (0641) 4 30 71

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 48,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 38,- DM).
Kündigung zum Jahresende (schriftlich) ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich

Schweiz: SFR 50,- (bzw. 40,-)
Österreich: ÖS 385,- (bzw. 315,-)
übriges europäisches Ausland:
DM 55,- (bzw. 45,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 71,90 (bzw. 61,90)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 78,50 (bzw. 68,50)
Australien, Südpazifik: 85,10 (bzw. 75,10)

Einzelpreis: DM 6,-/SFR 6,-/ÖS 42,- (zuzügl. Porto)

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.
Hypo-Bank Bregenz Nr. 10157108110

Redaktionsschluß für Nr. 176:
19.08.1991

Anzeigenschluß für Nr. 176:
(Druckfertige Vorlagen) 01.09.1991

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Inhaltsverzeichnis

Gelingt die Versöhnung zwischen den Bürgerkriegsparteien?

Angola nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages

Nachdem die angolanischen Bürgerkriegsparteien einen umfassenden Friedensvertrag unterzeichnet haben, schlägt die Stunde der Wahrheit: Gelingt es, nach 30 Jahren Krieg den Friedensprozeß zu konsolidieren?

Das Ende des Krieges ist das Ende der faulen Sprüche, der einfachen Antworten und der einfachen Entschuldigungen. Am 1. Mai 1991 zeichneten Vertreter der angolanischen Regierung und der Oppositionsbewegung Unita nach vierwöchigen Schlußverhandlungen in Portugal eine 1500 Seiten umfassende Friedensvereinbarung ab. Am 31. Mai wurde der Vertrag vom Staatspräsidenten José Eduardo dos Santos und Unita-Chef Savimbi feierlich unterzeichnet. Bereits am 15. Mai trat ein Waffenstillstand in Kraft, der auch der Anfang April von der Unita eingeleiteten Großoffensive in Osten des Landes ein Ende bereitete. Anfang Juni kam es zu zahlreichen Freudenkundgebungen im ganzen Land. Zehntausende von Angolanerinnen und Angolanern feierten die Rückkehr von dos Santos nach Luanda nach Unterzeichnung des Vertrages. Kirchliche Kreise riefen zu Gottesdiensten auf.

Der Friedensvertrag sieht im wesentlichen die Abhaltung von freien und demokratischen Wahlen im Herbst 1992 vor, zu denen auch die Unita als politische Kraft Zugang hat. Die frühere Forderung, in Angola ein Mehrparteiensystem einzuführen, ist bereits auf dem 3. Kongreß der MPLA-PT (Volksbefreiungsbewegung von Angola/Arbeiterpartei) im Dezember letzten Jahres erfüllt worden. Ein weiterer wichtiger Punkt des Friedensvertrages ist die Integration der Unita-Streitkräfte in die nationale Armee, eine Übung, die, wie das Beispiel Zimbabwe zeigt, noch mit großen Problemen behaftet sein kann. Der Vertrag sieht die Entflechtung und teilweise Demobilisierung der beiden Bürgerkriegsarmeen vor. Die Entwaffnung der im Lande verstreuten, marodierenden Unita-Guerilla dürfte kaum ohne Probleme vor sich gehen. Bereits heute spricht die Unita davon, bloß über 40.000 Guerilleros zu verfügen, während ansonsten stets die Zahl von 70.000 genannt wurde. Es wird sich zeigen, ob die im Friedensvertrag genannten Mechanismen der Konfliktregulierung, vor allem die gemischte politisch-militärische Überwachungskommission, greifen werden. Eine Ironie der Geschichte liegt in der Tatsache, daß ausgerechnet Experten ehemaliger Kolonialmächte (Portugal, Frankreich, Großbritannien) beim Aufbau einer vereinigten angolanischen Armee und einer gemeinsamen Polizei Pate stehen werden...

Daß neben dem Vermittler Portugal als Garanten neben der UNO auch die USA und die UdSSR des Friedensvertrages auftreten, beweist, daß es ihnen ernst ist mit der Beendigung der Stellvertreterkriege im südlichen Afrika. Nachdem der Versuch einer afrikanischen Lösung des Angola-Konfliktes vor zwei Jahren gescheitert ist, und sich der historische Händedruck von dos Santos und Savimbi in Gbadolite in Anwesenheit von 18 afrikanischen Staatschefs als Fehlschlag herausgestellt hat, liegt nunmehr die Initiative und damit auch die Verantwortung bei den traditionellen Großmächten. Dabei wird zu beachten sein, wie sich die USA verhalten, ist doch die wesentliche politische, materielle und militärische Unterstützung für die Unita aus den USA gekommen. Bereits heute wurde interessanterweise bekanntgegeben, daß die USA offiziell die Unita weiter unterstützen werden, allerdings nicht mit militärischer Aufrüstung.

Für die Zukunft Angolas ist von entscheidender Bedeutung, ob die Versöhnung zwischen den Bürgerkriegsparteien gelingt. Können jahrelang sich militärisch bekämpfende Kräfte fortan nebeneinander im Rahmen demokratischer Spielregeln zum Wohle des Landes und des Volkes arbeiten?

Das Kräftemessen wird nun von der militärischen auf die Ebene des Wahlkampfes verlegt werden. Die Unita hat während ihres letzten außerordentlichen Kongresses im März dieses Jahres bereits mit großem Getöse den Wahlkampf lanciert. Auf der anderen Seite setzen viele Beobachter darauf, daß sich in der heute wesentlich offeneren MPLA die moderaten Kräfte endgültig durchzusetzen vermögen. Auf den Sonderbeauftragten des Präsidenten, Lobo do Nascimento, richten sich diesbezüglich viele Hoffnungen.

Vor diesem Hintergund stellt sich auch die Frage, ob aus den politischen Gruppierungen, die sich seit der Öffnung der angolanischen Politik allmählich entwickeln, profilierte politische Kräfte entstehen können. So hat die "Angolanische Bürgervereinigung" unter Joaquim Pinto de Andrade in letzter Zeit einigen Zulauf erhalten. Offenbar gibt es eine wachsende Zahl von Menschen, die sich weder durch die bisherige Staatspartei noch durch die Unita vertreten fühlen; Maueraufschriften in Luanda zeugen davon: "Unita: Mörder, MPLA: Räuber".

Neben dem politischen Einsatz der Großmächte gilt es, durch gezielte internationale Hilfe den Wiederaufbau des kriegs- und dürrebetroffenen Landes in die Hand zu nehmen. Angola hat sich für Investoren geöffnet; die Hindernisse, die der Krieg in den Weg stellte, dürften bald ausgeräumt sein. Angola als landwirtschaftlich und an Bodenschätzen reiches Land bedarf riesiger Investitionen, bis die nahezu vollständig zerstörte Infrastruktur wieder hergestellt sein wird. Doch das enorme wirtschaftliche Potential und die dank der Erdölvorkommen vorhandenen Devisen lassen hoffen, daß schon bald spürbare Veränderungen eintreten. Die Bevölkerung Angolas wird die an den Wahlen teilnehmenden Parteien nicht zuletzt auch daran messen, was sie zur konkreten materiellen Besserstellung beigetragen haben. Dabei hat die MPLA, die nach wie vor den Staatsapparat kontrolliert, die Möglichkeit in der Hand, sich für eine künftige, demokratisch legitimierte Regierung zu empfehlen.

Hans-Ulrich Stauffer
(Afrika-Komitee Basel)

Bürgerklage

Ich bin so fremd in meinem Vaterland, die Sonne will ihre Feuer nicht mehr über meine Tage gießen, die Tyrannei erstickt mich, meine Seele ist wie eine Wand, umgeben von den Schätzen, die meine Ahnen hinterließen. Ich bin so fremd in meinem eigenen Vaterland, die Folter ist mein Brot, mein Quartier Gefängniskasematten und die Angst mein Mantel; etwas faules Wasser nur am Rand des Bodens meiner Kalebasse bleibt mir, hingefällt im Schatten.

(René Philombe, Bügerklage, Unionsverlag 1981, S. 42)

Kamerun hatte immer eine gute Presse: politisch stabil, wirtschaftlich scheinbar gesund, keine Staatsstreiche, kein Militärregime, keine Skandale, keine Hungersnot oder Flüchtlingselend, Einparteiensystem zwar, aber der behäbig-freundlich wirkende Präsident Paul Biya, immer auf Reisen, ließ im Ausland nie den Eindruck entstehen, er präsidiere über einen Polizeistaat. Noch bei seinem jüngsten Besuch in Frankreich hat er sich auch Mitterrand als "der beste Schüler Frankreichs in Sachen Demokratie"angepriesen. Dabei hat sich Paul Biya diese gute Presse einiges kosten lassen. Die freundliche Berichterstattung des Gefälligkeitsjournalisten Jaques Tillier in französischen Zeitungen wurde von Biya mit rund 10.000 Dollar monatlich honoriert.

Die Berichte von amnesty international und PEN "Schriftsteller im Gefängnis" sprachen immer eine andere Sprache. Über die spärlichen Agenturmeldungen der letzten zwölf Monate ebenfalls. Mai 90: Sechs Tote bei der Gründungsversammlung der ersten Oppositionspartei **Social Democratic Front** in Bamenda im Westen. Polizei und Armee schossen in die Menge. März 91: Über 30 Tote bei Demonstrationen in der Hauptstadt Yaoundé und der Hafenstadt Doula. Im April: Tote in Kumban , Bafousoam, Foumban im Westen, Ngaoundere, Garoua im Norden, Edea im Osten, Wourri an der Küste. Immer dasselbe Bild: Die Polizei und die Armee eröffnen das Feuer auf unbewaffnete Demonstranten. Als Polizei und Militär das Universitätsgelände stürmten, suchten verzweifelte Studenten Zuflucht auf dem Gelände der EG-Mission, hunderte tauchten unter oder wurden verhaftet. Siga Asanga, Professor für afrikanische Literatur, der die inhaftierten Studenten im Gefängnis mit Lebensmitteln versorgte, wurde gleich dabehalten.Aber Professor Asanga ist nicht irgendjemand - er ist Generalsekretär der Oppositionspartei SDF. Seine Verhaftung sollte ein Warnung sein. Die Regierung Paul Biya, die nach außen human und stabil erschien, zeigt plötzlich, wie labil und inhuman sie ist. Nur, der harte Griff von Polizei ud Geheimdienst wirkt nicht mehr. Der Wind des Wandels bläst auch Paul Biya ins Gesicht. Welche Rolle spielten die Literaten, die Intellektuellen all die Jahre, haben sie an dem offiziellen Bild des Landes keine Korrekturen angebracht?

"Ein Schriftsteller kann seine Rolle nicht frei wählen"(Mongo Beti)

René Philombe war unter Präsident Ahidjo trotz seiner Krankheit mehrfach verhaftet worden. Unter den Haftbedingungen hat sich sein Gesundheitszustand gravierend verschlechtert Seither ist er auf den Rollstuhl angewiesen. Nachdem Paul Biya 1982 das Präsidentenamt übernahm und Liberalisierung, ja Demokratisierung versprach, hat René Philombe am 15. März 1984 in einem offenen Brief angemahnt, dieses Versprechen nun endlich wahrzumachen.

Wenn man René Philombe in seinem bescheidenen Haus am Stadtrand von Yaoundé besuchte, konnte man die auffällig unauffällig geparkten Autos der Geheimpolizei sehen. Nachdem der von Philombe gegründete Schriftstellerverband APEC von systemfrommen Preissängern unterwandert worden war, hat Philombe die Gründung einer kamerunischen Sektion von PEN-International betrieben. Bei der Gründungsversammlung im Saal des Goethe-Instituts, das - nebenbei bemerkt - lange Zeit ein abhörfreier Treffpunkt für kritische Journalisten und Intellektuelle war - hat Philombe als Hauptgrund für die Notwendigkeit einer eigenen PEN-Sektion die Organsation "Schriftsteller im Gefängnis" angeführt. "Schriftsteller im Gefängnis" gewährt juristische, aber auch materielle und finanzielle Hilfe für die Angehörigen von inhaftierten Autoren. René Philombe hatte beides schon in Anspruch nehmen müssen. Daß die Schriftsteller in Kamerun neben dem von der Regierung finanzierten APEC und wegen der Gefahr willkürlicher Verhaftungen eine weitere Schriftstellerorganisation brauchten, war eine Ohrfeige für die Regierung Paul Biya. Dabei hat René Philombe auch nicht versäumt, seinen Kollegen ordentlich die Leviten zu lesen. Feigheit und Opportunismus warf er ihnen vor, "Chamäleonismus", wie er es mit einem treffenden Bild formulierte.

Das Beispiel Philombe zeigt, wie Zensur sich zu einer Existenzbedrohung auswachsen kann. Die Veröffentlichung seines letzten Romans **L'Ancien Maquisard** ist seit über zehn Jahren wirkungsvoll verhindert worden. **L'Ancien Maquisard** handelt wie Mongo Betis **Remember Ruben** von den Freiheiskämpfern der UPC, einer Befreiungsbewegung mit Schwerpunkt im gebirgigen Westen. Auch nach der Unabhängigkeit wurde die UPC von Ahidjo, einem Mann aus dem muslimischen Norden, gnadenlos verfolgt. Seither ist die Maquis (Die Befreiungsbewegung) ein Thema, über das in Kamerun nicht gesprochen wird. Philombe hat das Romanmanuskript während eines Deutschlandaufenthaltes 1987 überarbeitet. Mit Hilfe deutscher Freunde wurde ein reprofähiges Typoskript erstellt. Als das Skript zur Schlußkorrektur nach Kamerun geschickt wurde, hat die Zensur wiederum zugeschlagen. Das per Post geschickte Exemplar hat René Philombe nie erreicht. Nur per Boten konnte ihm das Manuskript endich zugestellt werden. Aber erschienen ist das Buch bis heute nicht. Die Einkünfte aus dem Verkauf dieses Buches fehlen René Philombe jetzt mehr denn je, nachdem er auch noch den schmalen Verdienst als Funktionär beim Behindertenverband eingebüßt hat. Beim letzten Besuch in Yaoundé sah er gar nicht gut aus. Eine Herzattacke und die materiellen Sorgen haben ihn vorzeitig altern lassen.

Albert Mukong aus den englischsprachigen Westen Kameruns war unter Präsident Ahidjo mehrere Jahre in einem Konzentrationslager in der Nähe der Stadt Foumban inhaftiert. Seine Erfahrungen im Lager hat er 1985 in seinem Gulag-Bericht **Prisoners Without Crime** veröffentlicht. Präsident Biya, der eben erst seinen Vorgänger Ahidjo wegen angeblicher Beteiligung an dem Putschversuch von 1984 in Abwsenheit zum Tode verurteilen lassen hat und jede Erinnerung an Ahidjo im öffentlichen Bewußtsein zu tilgen versuchte, hat dennoch den Verkauf von Mukongs Anklageschrift gegen das Regime Ahidjo verbieten lassen. Auch bei Albert Mukong hat die Regierung Biya versucht, ihn nicht nur politisch auszuschalten, sondern ihn auch wirtschaftlich zu ruinieren.

1989 hat mich die Polizei erneut verhaftet und mich 11 Monate ohne Anklage ins Gefängnis gesperrt. Der Grund waren die Ansichten, die ich in einem Interview mit der BBC geäußert hatte. Schon seit längerer Zeit hat die Polizei unsere Buchhandlung regelmäßig nach angeblich subversivem Schrifttum durchsucht, Sie haben Bücher beschlagnahmt oder einfach gestohlen. Aber vor allen Dingen haben sie mit ihren regelmäßigen Belästigungen die Kundschaft vertrieben. Als ich erneut verhaftet wurde, hat der Importeur, der uns die Bücher auf Kredit oder in Kommission geliefert hatte, uns nicht mehr weiter beliefert. Wir mußten unsere Buchhandlung schließen. Meine Frau hat eine Garküche am Straßenrand eingerichtet und Mahlzeiten an Passanten verkauft. Damit bestreiten wir heute den Unterhalt der Familie.

Im Mai 1990, als die Polizei für die Gründungsversammlung der Social Democratic Front in Mukongs Heimatstadt Bamenda in die Menge feuerte, wurde Albert Mukong erneut verhaftet.

Mongo Beti ist Kameruns bekanntester Romancier, einer der führenden Schriftsteller des frankophonen Afrikas. Er hat 1959, also noch während der französischen Kolonialherrschaft Kamerun verlassen, ein Opfer der Zensur. Der französische Erzbischof von Yaoundé hatte die einzige Buchhandlung der Hauptstadt unter Druck gesetzt, Betis eben erschienenes Buch **Le pauvre Christ Bomba** nicht zu verkaufen. Heute ist **Le pauvre Christ** ein Welterfolg und Mongo Beti sagte bei seinem ersten Besuch in Kamerun nach 32 Jahren rückblickend:

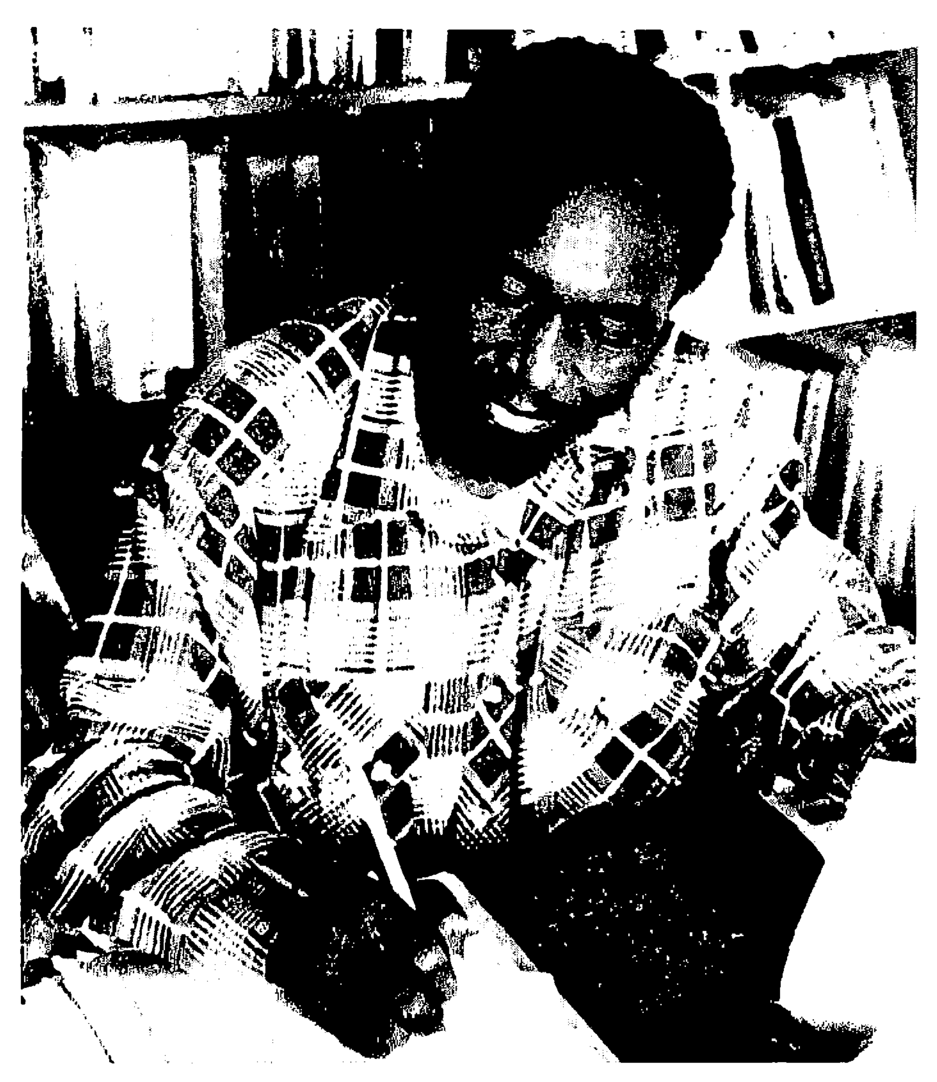
Das war das erste Mal, daß die Zensur gegen mich vorgegangen ist. Dabei hatte ich nichts politisches im eigentlichen Sinne des Wortes getan. Ich hatte, einen Roman geschrieben. Aber diese Erfahrung hat mich von Anfang an gelehrt, daß man Literatur und Politik nicht voneinander trennen kann.

Zensur erst macht Literatur zum Politikum.

1971, als Kameruns Präsident Ahidjo den Oppositionspolitiker Ruben Um Nyobe ermorden ließ, hatte Mongo Beti mit **Main basse sur le Cameroun, autopsie decolonisation**[1] und dem Roman **Remember Ruben** (1974) die Regierung des unabhängigen Kamerun bloßgestellt. Und wieder hat die Zensur zugeschlagen. Die Regierung Ahidjo hat über die guten Beziehungen zu Frankreich sogar versucht, die Publikation von **Main basse** in Frankreich zu unterbinden. Erst nach einem aufwendigen Prozeß gelang es Mongo Beti die Freigabe seines Buches durchzusetzen. Diesmal hat die unabhängige Regierung in trauter Zusammenarbeit mit der einstigen Kolonialmacht ihre Zensurgelüste walten lassen.

1982 hat der heutige Präsident Paul Biya von seinem Ziehvater Ahidjo die Macht übernommen mit großen Versprechungen, das autokratische Regime zu liberalisieren. Damals hat er Mongo Beti und alle anderen Exilanten zur Rückkehr nach Kamerun eingeladen. Mongo Beti ist mit zahlreichen Aufsätzen in seiner Zeitschrift **Peuples noires - peuples africaines** auf Distanz geblieben. So kam es einer Sensation gleich, als Mongo Beti im März 1991 mit seinem französischen Paß und einem Touristenvisum erstmals wieder kamerunischen Boden betrat.

Eingeladen hatte der Club de recherche et d'action culturelle[2] und die Conference national Cheik Anta Diop[3]. Zusammen mit seinen Schriftstellerkollegen René Philombe, Gabriel Mbock, Ndachi Tagne, dem Literaturprofessor Ambroise Kom und dem Journalisten Célestin Monga sollte Mongo Beti im Hilton in Yaoundé und im Novotel in Douala Symposien abhalten zu den recht unverfänglichen Themen wie "Der literarische Essay in Afrika", "Literatur und Nation", "Kreativität und literarische Produktion". Auch diesmal hat die Zensur der Regierung Biya zugeschlagen. Nur wenige Stunden vor den jeweiligen Veranstaltungsterminen erschienen Abgesandte des Ministeriums für Territoriale Administration in den Hotels und wiesen die Hoteldirektoren an, die seit langem reservierten Räumlichkeiten nicht freizugeben, da für diese Veranstaltungen keine Genehmigungen beantragt, daher auch keine Genehmigungen gewährt worden seien. Und dieses exakt zu dem Zeitpunkt, da Präsident Paul Biya nicht müde wird, seinen Landsleuten einzureden, daß er ihnen die Demokratie bringe: "J'apporte la democratie au Cameroun".



Rene Philombe, Foto: Guy Maurette

Wie man sich die Demokratie vorstellen muß, hatte wenige Wochen zuvor **Célestin Monga** am eigenen Leib erfahren. Er hatte in einem Artikel in der einzigen, von der Zensur immer heftig gebeutelten oppositionellen Wochenzeitschrift **Le Messager**, die Unverfrorenheit dargestellt, mit der Regierungsmitglieder in die Staatskasse greifen. Wegen Beleidigung des Präsidenten wurde er verhaftet. Der Chefredakteur des Messager, Pius Njawe wurde gleich mitverhaftet. Es gab Demonstrationen in Douala, geharnischten Protest der Journalistes sans Frontierer[4], selbst kamerunischen Journalisten aus der staatlichen Agentur Cam News begehrten auf. Innerhalb weniger Tage mußte Anklage erhoben werden, wurde ein aufsehenerregender Prozeß geführt, in dem die beiden Journalisten zu 6 Monaten mit Bewährung verurteilt wurden. Das Berufungsverfahren läuft derzeit noch. Zum ersten Mal versagten die traditionellen Zensurmethoden: Kritiker klammheimlich wegsperren und das Vorzeigen der Folterinstrumente zeigten keine Wirkung mehr. Mit dem Fall Célestin Monga war klar geworden, daß sich der Wind in Kamerun gründlich gedreht hatte. Dennoch glaubte die Regierung bei Mongo Beti mit noch tolpatschigerem Vorgehen Remedur schaffen zu können. Die Nachricht vom Auftrittsverbot in Douala, hat die Leute erst recht zum Hilton in Yaoundé kommen lassen.

Vor den verschlossenen Saaltüren angesichts eines schon hilflosen Willkürakts der Zensur, hält Mongo Beti sein Plädoyer für den gewaltfreien Kampf, für den Kampf mit Worten für das freie Wort:

Wenn ich Klempner, Krankenpfleger oder Arzt wäre, könnte ich meinem Beruf nachgehen, ohne mich groß um die Politik zu scheren. Aber ich bin nun einmal Schriftsteller; ich schreibe, ich wende

mich an meine Leser. Damit gebe ich die Entscheidung über mein eigenes Schicksal aus der Hand. Ich kann die Rolle, die ich spielen möchte, nicht mehr frei wählen. Ich bin verpflichtet, den Erwartungen zu entsprechen, die die Öffentlichkeit in mich setzt. Und offensichtlich will die Öffentlichkeit, daß ich eine politische Rolle übernehme. Meine Erfahrung ist die, daß wann immer ich politisch Stellung bezogen habe, ist das mit frenetischem Beifall quittiert worden.

René Philombe, Albert Mukong, Mongo Beti; drei Beispiele, die zeigen, daß sich seit der Kolonialzeit an den Praktiken der Zensur nichts geändert hat. Ob französischer Kolonialgouverneur, ob Präsident Ahidjo oder Paul Biya, das freie Wort, das kritische Wort unterdrückt, wer sich kritisch äußert in Wort oder Schrift muß darauf gefaßt sein, daß er eingesperrt oder auch wirtschaftlich ruiniert wird.

"Das Volk hat das Recht zu entscheiden, vom wem es regiert wird"

Der anglophone Dramatiker **Bole Butake** ist bisher von der Zensur weitgehend verschont geblieben. Zwar gab es Bestrebungen, sein letztes Stück **And Paln Wine Will Flow** zu verbieten und den Autor in Haft zu setzen, aber sein Stück handelt von einem traditionellen Herrscher, einem Fon, in einem imaginären Fondom Ewawa. Wenn sich ein Diener des modernen Staates in dem korrupten Trunkenbold auf dem Thron von Ewawa wiedererkennen sollte, und er daher nach der Zensur ruft, so käme dies einem Schuldbekenntnis gleich. Bole Butales Verhaltensregel lautet:

Man muß hier sehr vorsichtig sein, was und wie man schreibt, denn dieses Land ist völlig unberechenbar. Ich glaube nicht, daß man Dinge mit plumper Direktheit vortragen sollte, nur um zu beweisen, daß man ein politisch engagierter Autor ist. Meine Linie ist das nicht.

And Palm Wine Will Flow wurde im Dezember 1990 im Hilton Hotel in Yaoundé gespielt zum 25. Jahrestag des ersten Abiturjahrgangs des Sacred Heart College in Mankong. Bole Butake selbst gehört diesem ersten Abitursjahrgang der Schule irischer Missionare an. Das Publikum dieser Festaufführung bestand aus jenen Schulabgängern von 1965, ihren Familien und Freunden der Schule, den Old Boys, eine Versammlung von etablierten, beruflich erfolgreichen Angehörigen der Führungsschicht in Kamerun. Keineswegs eine Versammlung von Subversiven oder potentiellen Guerilleros. Um so bezeichnender ist die Reaktion des Publikums auf das Stück **And Palm Wine Will Flow.** Der Herrscher von Ewawa führt sein Land, als ob es sein persönliches Eigentum sei. Einen Zirkel von Günstlingen hält er mit reichlich Palmwein und großzügigen Geschenken bei Laune, Kritiker werden von seiner Palastwache terrorisiert, verprügelt, verschwinden einfach in Wald der Geister. Ihr Land wird konfisziert bis schließlich das Volk aufsteht, den Palast stürmt und den Fon verjagt. Dialogpassagen wie "Das Volk hat das Recht zu entscheiden, von wem es regiert wird und für wie lange" werden von dem festlich gestimmten und festlich gekleideten Publikum mit Szenenbeifall, mit lauten Zurufen, ermunternden Pfiffen quittiert. Alle im Zuschauerraum wissen, daß dies ein Zitat aus Paul Biyas staatphilosophischen Werk **Liberalisme communautaire** ist, der Liberalismus, der immer hoch gerühmt, aber nie praktiziert wurde. In der Schlußpassage von **And Palm Wine Will Flow** tritt der Gegenspieler des gestürzten Herrschers an die Rampe und spricht den Zuschauer direkt an:

Bürger von Ewawa - Bürger dieses Landes! Wir wollen uns auf dem Marktplatz treffen und frei die Geschicke unseres Landes lenken. Aber nie wieder werden wir dulden, daß ein Mann allein unser Land regiert.

Da braust der Beifall gewaltig auf, Rufe, Pfiffe, Gesang, Zuschauer springen auf und tanzen klatschend zur Bühne. Die feierliche Festgesellschaft scheint außer Rand und Band. Der Ehrengast des Abends, einer der Minister, der ebenfalls aus Kameruns Westen stammt, sitzt unbeweglich mit sauertöpfischer Miene inmitten des Tumults, ehe er möglichst unauffällig verschwindet. Die Stimmung am Ende der Vorstellung ist freudig erregt, ja kämpferisch. Und für alle Zuschauer ist klar, daß Ewawa, von dem **Palm Wine Will Flow** handelt, nicht ein Land hinter den sieben Bergen ist. Das ist Kamerun hier und heute.

Aber nicht nur das Land Ewawa ist eine Realität, auch das Szenario, das Bole Butake entwirft, ist heute praktisch Realität geworden. Aber auch Mongo Beti hat vor verschlossenen Türen des Hilton Hotels eine Prognose und eine Befürchtung für die nahe Zukunft gewagt, die schneller als jemals erwartet eingetroffen ist:

Die Regierung steckt tief in einer Vertrauenskrise. Das Volk traut ihr nicht mehr. Wenn nicht bald etwas geschieht, werden wir auf die Straße gehen müssen. Aber ich mache mir Sorgen, denn vielleicht wird schon morgen das Blut kamerunischer Bürger vergossen werden.

Nur wenige Wochen nach Mongo Betis Ansprache ist alles gekommen, wie er es befürchtet hat.

Eckhard Breitinger

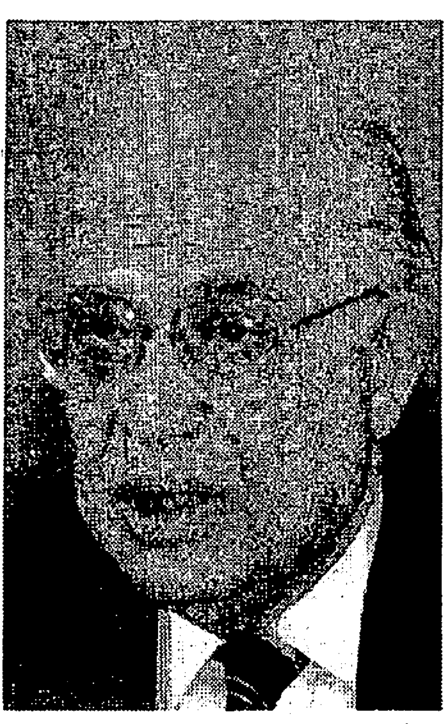
Anmerkungen:
1) Main basse... "Beutestück Kamerun - oder die Leichenschau eines unabhängigen Landes
2) Club de recherche ... Gesellschaft für Wissenschaft und Kultur
3) Conference ... National Konferenz Cheik Anta Diop. Beides sind kulturelle Vereinigungen
4) Journalistes sans frontières - Journalisten ohne Grenzen - benannt nach den médicines sans frontières.

Die zentrale Rolle Ägyptens bei der Neuordnung der Golfregion

Die ganze Welt hat verloren. Der Irak hat verloren. Die Arabische Region hat verloren und ebenso die Alliierten" bemerkte der ägyptische Informationsminister Safwat el Sherif gegenüber der Zeitschrift "The Middle East". "Gewonnen haben die Gerechtigkeit und die Festlegung von Regeln für die neue Weltordnung, vorausgesetzt diese dient als Warnung für alle diejenigen, die versuchen, den internationalen Frieden oder die Rechte benachbarter Länder zu verletzen".[1]

Am 15. Mai 1991 wurde der angesehene Diplomat und langjährige ägyptische Außenminister Esmat Abdel-Meguid in Kairo zum neuen Generalsekretär der Arabischen Liga gewählt. Nach der offiziellen Wiederaufnahme Ägyptens in die Arabische Liga im Jahre 1989 war im September 1990 auch der Sitz der Liga wieder von Tunis nach Kairo zurückverlegt worden. Trotz der kriegsbedingten schweren innerarabischen Zerwürfnisse erhielt Abdel-Meguid die Zustimmung aller 21 arabischen Außenminister. Diese einstimmige Wahl kann als Würdigung der ausgleichenden Rolle Ägyptens in der arabischen Welt gewertet werden. Sie zeigt auch, daß Ägypten in den diplomatischen Bemühungen zur Lösung des israelisch-arabischen Konfliktes und in den Verhandlungen über eine neue Sicherheitsordnung am Golf eine zentrale Rolle zugeschrieben wird. Kein anderes arabisches Land dürfte zudem besser als Ägypten in der Lage sein, die mit der Golfkrise verbundene tiefe Spaltung der arabischen Welt zu überwinden und einen drohenden Kalten Krieg zwischen den arabischen Staaten zu verhindern. Als eine seiner wichtigsten Aufgaben bezeichnete der neue Generalsekretär, den Schmerz der "durch die Golfkrise verursachten schweren Wunden zu lindern und die Spaltung in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Charta der Arabischen Liga zu überwinden".[2]

Selbst der Irak bemüht sich nach dem Ende des Krieges um eine Annäherung an Ägypten. Dies kommt nicht nur in der Zustimmung zur Wahl des ägyptischen Außenministers zum neuen Generalsekretär der Liga zum Ausdruck. Das Regime in Bagdad ist offenbar auch bereit, sowohl über Entschädigungen für ägyptische Gastarbeiter als auch über eine Beteiligung ägyptischer Firmen am Wiederaufbau des Landes zu verhandeln. Der ständige Vertreter des Iraks bei der Arabischen Liga, Nabil Nijm, bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen Botschafter in Ägypten, erklärte jüngst sogar in einem Interview: "Wir geben auch zu, und ich persönlich war Zeuge, daß der Präsident (Mubarak) Warnungen aussprach über das, was passieren würde ... Was jedoch geschehen ist, kann nun nicht mehr rückgängig gemacht werden. Aber die herrschenden Kreise im Irak diskutieren im Moment die Art und Weise wie die Krise gehandhabt worden ist. Laßt uns nun nach vorne blicken und aufhören, vergangene Ereignisse aufzuwühlen."[3]



Der neue Generalsekretär der Arabischen Liga Esmat Abdel-Meguid

Ägyptens Rolle in der Golfkrise

Die irakische Invasion in Kuwait hat nicht nur die arabische Welt in ihren Grundlagen erschüttert, sondern auch die regionale Rolle Ägyptens deutlicher als je zuvor in Frage gestellt. Nach der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit allen arabischen Staaten, der vollen Wiedereingliederung in die Arabische Liga und der Gründung des Arabischen Kooperationsrates (mit dem Irak, Jordanien und Nord-Jemen) versuchte die ägyptische Diplomatie in den innerarabischen Auseinandersetzungen zwischen Syrien und der PLO sowie dem Irak und Syrien zu vermitteln und eine Beilegung dieser Konflikte zu ermöglichen. Zugleich bemühte sich die ägyptische Regierung beharrlich, Fortschritte in der Palästinafrage zu erzielen. Dennoch basierte die regionale Stabilität auf unsicheren Fundamenten: Die diplomatischen Bemühungen zur Lösung des Palästina-Konfliktes waren in eine Sackgasse geraten, die Intifada drohte ihre Dynamik zu verlieren und der regionale Führungsanspruch Saddam Husseins kündigte neue Probleme an.

Die ägyptische Regierung hat auch versucht, in der Auseinandersetzung zwischen dem Irak und Kuwait zu vermitteln. Diese Vermittlungsbemühungen waren nicht nur Ausdruck einer Außenpolitik, die sich friedlichen Konfliktlösungen verschrieben hat, sondern sollten auch eine mit der Anwendung von Gewalt drohende Internationalisierung der Auseinandersetzungen verhindern. Der ägyptische Präsident hatte beide Seiten aufgefordert, sich in den Verhandlungen flexibel zu zeigen, damit "wir keine ausländische Macht dazu zwingen, mit uns zu spielen, sich in die Mitte zu stellen und Probleme heraufzubeschwören, deren Ende wir nicht einmal erahnen können".[4] Mit der irakischen Invasion in Kuwait war eine Internationalisierung des Konfliktes aufgrund der Verletzung eines grundlegenden Prinzips der Völkergemeinschaft und der zentralen strategi-

schen Bedeutung der Golfregion für die Energieversorgung der westlichen Industrieländer vorprogrammiert.[5] Möglicherweise hätte eine geschlossene arabische Verurteilung der irakischen Aggression und eine gemeinsame Entsendung arabischer Truppen in die Golfregion noch einer Internationalisierung entgegenwirken können. Aber unvereinbare Interessen und die Schwäche und geringe Risikobereitschaft der arabischen Staaten angesichts großer innerer, regionaler und internationaler Spannungspotentiale verhinderten eine geschlossene Reaktion auf die irakische Aggression gegen das arabische Nachbarland.

Zum Zeitpunkt der irakischen Invasion in Kuwait befanden sich die zwanzig Außenminister der arabischen Staaten (Tunesien war nicht vertreten) auf der Jahresversammlung der Islamischen KonferenzOrganisation in Kairo. Erst am Abend des zweiten Verhandlungstages, nach den gescheiterten Vermittlungsbemühungen des jordanischen Königs, verabschiedeten diese eine Resolution, in der die irakische Aggression, das Blutvergießen und die Zerstörungen in Kuwait verurteilt wurden. Der Irak wurde aufgefordert, seine Truppen sofort und bedingungslos abzuziehen. Die Resolution wurde mit 13:7 Stimmen angenommen. Gegen sie stimmten der Irak, Jordanien, Mauretanien, der Jemen, Dschibuti, der Sudan und die PLO. Von der ägyptischen Regierung, der während der Verhandlungen über die Resolution eine zentrale Rolle zukam, wurde die irakische Invasion noch am 3. August scharf verurteilt. Eine Erklärung des ägyptischen Außenministeriums forderte den Irak auf, seine Truppen aus Kuwait sofort zurückzuziehen, die Versuche einzustellen, die kuwaitische Regierung mit Gewalt zu verändern, und der Beilegung der Differenzen durch friedliche Verhandlungen zuzustimmen.[6]

Am 8. August erklärte Mubarak in einer Fernsehansprache: "Ich fürchte, daß der Irak von verschiedenen Seiten einen harten Schlag erhalten wird. ... Wir werden als arabische Nation am Boden zerstört sein. ... Wäre es nicht besser, unser Problem auf arabischer Ebene zu lösen? (...)."[7] Nachdem auch auf der außerordentlichen Gipfelkonferenz der Arabischen Liga am 10. August in Kairo alle Versuche gescheitert waren, den Irak doch noch zum Einlenken zu bewegen, unterstrich die Arabische Liga in einer Resolution, daß sie alle Maßnahmen unterstützt, die Kuwait unternimmt, "um sein Territorium zu befreien und seine Souveränität wiederherzustellen" bzw. die das Königreich Saudi-Arabien zur Wahrnehmung seines Rechts auf legitime Verteidigung für notwendig erachtet. Die Liga entsprach zudem dem Ersuchen Saudi-Arabiens und der anderen Golfstaaten, arabische Truppenkontingente an den Golf zu schicken. Die Resolution wurde mit 12:3 Stimmen (Libyen, Irak, PLO) angenommen. Algerien und der Jemen enthielten sich der Stimme, während Mauretanien, Jordanien und der Sudan Vorbehalte vorbrachten und an der Abstimmung nicht teilnahmen.[8] Obwohl der arabische Gipfel erneut die Schwäche und Zerrissenheit der arabischen Welt angesichts der irakischen Aggression und der Internationalisierung der Krise dokumentierte, gelang es der Arabischen Liga zumindest symbolisch, ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis zu stellen. Dies wurde nicht zuletzt auch als Erfolg der ägyptischen Diplomatie und als persönlicher Verdienst Mubaraks gewertet.[9] Am 11. August schickte Ägypten die ersten Einheiten auf den Weg zum Golf und Mubarak stellte bereits damals resigniert fest, daß er "keinerlei Hoffnung" mehr auf "eine friedliche Lösung" habe.[10] Dennoch appellierte er wiederholt an Saddam Hussein, den Irak und die arabische Welt vor den Zerstörungen eines Krieges zu bewahren.

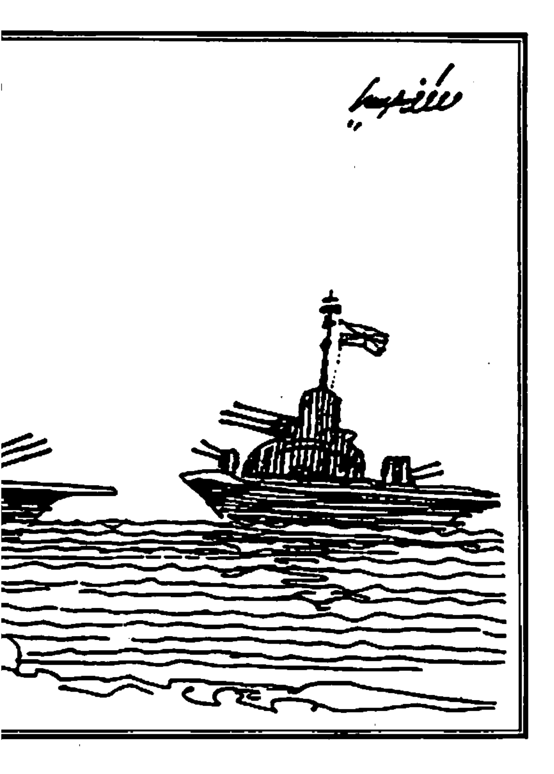


aus: Al Akhbar, Kairo, 15. September 1990

Aus der Sicht Mubaraks konnte es Verhandlungen mit dem Irak erst nach dem Rückzug der irakischen Armee aus Kuwait geben. Sowohl die von Saddam vorgeschlagene Verknüpfung von Kuwait- und Palästinakonflikt als auch Verhandlungen über territoriale Konzessionen Kuwaits oder die Zukunft der kuwaitischen Herrschaftsfamilie wurden abgelehnt. Der ägyptischen Politik lag die Überzeugung zugrunde, daß "es nur zwei Lösungen gibt, nicht aber eine dritte": Entweder Rückzug des Iraks und Wiederherstellung des Status quo ante oder die Anwendung von Sanktionen mit dem Ziel, Saddam Hussein zum Rückzug zu zwingen.[11] Anfang Oktober vertrat Mubarak die Auffassung, daß es - wenn die Sanktionsmaßnahmen der UN scheitern sollten - keine andere Wahl mehr als Krieg geben würde. Allerdings forderte er die Vereinigten Staaten im Verlauf des Novembers mehrfach auf, den ökonomischen Sanktionen noch zwei oder drei Monate Zeit zu lassen, bevor die Anwendung militärischer Mittel unausweichlich werden würde. Der ägyptische Handlungsspielraum war aber angesichts der eigenen politischen Vorgaben und der offensichtlichen Entschlossenheit des Irak, eine militärische Konfrontation mit den USA und denAlliierten in Kauf zu nehmen, sehr begrenzt. Einer innerarabischen Lösung des Konfliktes fehlten die Grundlagen, da diese ohne einen irakischen Rückzug aus Kuwait nicht denkbar war. Die ägyptische Regierung hat auch die militärische Vorgehensweise der Alliierten mitgetragen, aber wiederholt hervorgehoben, daß sie nur die Befreiung Kuwaits, nicht aber eine Zerstörung des Iraks unterstützt, die das militärische Gleichgewicht in der Region zugunsten nicht-arabischer Regionalmächte (Iran, Israel) zu verändern droht. Ägypten lehnt auch eine militärische Intervention im Irak ab und fordert, daß die territoriale Integrität des Landes nicht in Frage gestellt werden darf. Ein Machtwechsel in Bagdad kann aus ägyptischer Sicht nur durch die irakische Bevölkerung selbst erfolgen.

Die ägyptische Außenpolitik kann weder aus einer vermeintlichen ökonomischen Abhängigkeit von den USA noch aus der pro-westlichen Ausrichtung der Regierung in Kairo hinreichend erklärt werden. Die unter Mubarak verfolgte Regionalpo-

litik weist in ihren Zielen und Prinzipien sogar eine gewisse Kontinuität zu derjenigen unter Nasser in den fünfziger und sechziger Jahren auf. Zudem ist das Verhältnis zwischen Ägypten und dem Irak durch eine traditionelle Rivalität gekennzeichnet, die nur zeitweilig von begrenzten Versuchen der Kooperation überlagert wurde: Als der Irak unter Kassim 1961, dem Jahr der kuwaitischen Unabhängigkeit, historische Ansprüche auf das Emirat geltend machte, war das Regime nicht nur in der Arabischen Liga isoliert, sondern wurde auch von der ägyptischen Regierung in besonders scharfer Form angegriffen. Die Opposition Ägyptens gegenüber dem irakischen Versuch zur Annexion Kuwaits fiel so entschieden



aus, daß die Differenzen mit dem ideologischen Konkurrenten Saudi-Arabien zurückgestellt und die britische Intervention zur militärischen Unterstützung Kuwaits hingenommen wurde. Dem Irak warfen die Ägypter vor, mit seinen Drohungen gegenüber Kuwait die arabische Einheit zu gefährden und die Sicherheit und Interessen der arabischen Nation zu unterminieren.[12] Ironischerweise waren es die nach einem Staatsstreich im Jahre 1963 mit an die Macht gelangten Baathisten, die sowohl die Unabhängigkeit Kuwaits als auch die Grenzregelung aus dem Jahre 1932 anerkannten.[13] Während die irakischen Ansprüche auf das Emirat im Jahre 1961 angesichts der Präsenz britischer Truppen, die später durch arabische Verbände abgelöst wurden, nicht durchgesetzt werden konnten, wurde die arabische Welt im August 1990 durch die irakische Invasion vor vollendete Tatsachen gestellt.

Wenig Sympathien für Saddam Hussein

In der ägyptischen Öffentlichkeit wurde die Politik Mubaraks weitgehend zustimmend aufgenommen und kommentiert. Mit seinem entschiedenen Auftreten auf der Arabischen Gipfelkonferenz in Kairo und der eindeutigen Verurteilung der irakischen Invasion konnte sich der ägyptische Präsident Anerkennung und Wertschätzung erwerben. Für Saddam Hussein gab es hingegen in der ägyptischen Bevölkerung kaum Sympathien. Mehrere Millionen Ägypter haben in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren als Gastarbeiter im Irak gelebt und dort ihre eigenen Erfahrungen mit dem repressiven Charakter des Baath-Regimes gemacht. Noch im November 1989 hatten Ausschreitungen demobilisierter irakischer Soldaten, Berichte über schwere Mißhandlungen und eine Vielzahl ungeklärter Todesfälle unter ägyptischen Gastarbeitern große Unruhe in der ägyptischen Öffentlichkeit ausgelöst. Zehntausende flohen damals auf dem Luft- oder auf dem Landweg vor den für sie unerträglich gewordenen Verhältnissen im Irak.[14] Mit der irakischen Invasion in Kuwait wurden erneut Hunderttausende ägyptischer Gastarbeiter zu Flüchtlingen, die vielfach ihr gesamtes Hab und Gut zurücklassen mußten.

Beliebt sind in Ägypten allerdings auch die Kuwaitis nicht. Selbst im Vergleich zu anderen Golfarabern gelten diese als besonders arrogant, und ihrem wenig sensiblen Auftreten begegnen viele der ärmeren, aber stolzen Ägypter mit offener Verachtung. Nicht wenige empfanden daher Genugtuung über die Quittung, die die Kuwaitis für ihr überhebliches und unsolidarisches Verhalten erhielten. Hiermit verbunden war aber keineswegs eine Rechtfertigung der irakischen Annexion des Emirats. Die in Kuwait ausgeübten Greueltaten und Zerstörungen sowie die Unfähigkeit der arabischen Welt, der irakischen Aggression entschieden und geschlossen entgegenzutreten, verstärkten die Betonung einer eigenen ägyptischen Identität. Mit dem unerschütterlichen Selbstbewußtseins eines Volkes mit 57 Millionen Menschen und einer mehr als fünftausendjährigen Geschichte stellten sich viele Ägypter erneut die Frage nach den Gemeinsamkeiten mit dem Rest der arabischen Welt.

Die ägyptischen Oppositionsparteien vermochten der Regierungspolitik keine überzeugende politische Alternative entgegenzusetzen. Während die liberale Wafd-Partei die Politik Mubaraks weitgehend unterstützte, wurde diese im Verlauf der Krise und nach dem Beginn des Krieges von der Linken und der islamischen Bewegung heftig kritisiert. Allerdings gab es auch hier zum Teil erhebliche Meinungsunterschiede.[15] Während sich die offizielle Medienkampagne zur Mobilisierung der ägyptischen Öffentlichkeit auf die vom irakischen Militär verübten Grausamkeiten, die Flüchtlingstragödie der ägyptischen Gastarbeiter und den despotischen Charakter des irakischen Regimes konzentrierte, wurde in den Oppositionszeitungen die offizielle Politik und die Doppelmoral der Amerikaner heftig kritisiert. Selbst in der regierungsnahen Tageszeitung Al-Ahram kamen Autoren aus dem linken Spektrum und Kriegsgegner mit von der Regierungspolik abweichenden Meinungen zu Wort. Fast alle Beobachter sind sich darin einig, daß es in Ägypten die offenste und kontroverseste Diskussion über den Golfkonflikt in der arabischen Welt gegeben hat.[16] Die weitgehende Unterstützung für seine Politik und die Schwäche der Opposition erlaubten es Mubarak sogar während der Krise Neuwahlen zum Parlament durchführen zu lassen. Weder die ägyptische Außenpolitik noch der Golfkonflikt gehörten allerdings zu den zentralen Themen des Wahlkampfes; im Vordergrund des Interesses standen fast ausschließlich die wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes. In den Wahlen, die allgemein als relativ frei und sauber bezeichnet und erstmals von 2000 unabhängigen Juristen überwacht wurden, gewann die Regierungspartei mit 348 von 444 Sitzen eine deutliche Mehrheit, während unabhängige Kandidaten 83 und die linke Tagammu-Partei 6 Sitze gewannen.

Während die Unterstützung der Bevölkerung für die Politik Mubaraks zu Beginn der Krise eindeutig war, schien diese mit dem starken amerikanischen Aufmarsch am Golf und der drohenden militärischen Auseinandersetzung ambivalenteren Gefühlen zu weichen. Millionen von Ägyptern hofften auf eine friedliche Lösung des Konfliktes und fürchteten um das Schicksal von Angehörigen und Freunden in der Golfregion. Nicht wenige erhofften sich allerdings auch von einem militärischen Schlag gegen Saddam Hussein ein baldiges Ende der Krise. Einige kleine Meinungsumfragen deuten darauf hin, daß die von der ägyptischen Regierung mitgetragene Politik der Sanktionen gegen den Irak einschließlich der militärischen Vorgehensweise der Allierten von nahezu zwei Drittel der ägyptischen Bevölkerung unterstützt wurde. Allerdings zeigen die Umfragen auch, daß ein miltärisches Eingreifen Israels möglicherweise einen Stimmungsumschwung bewirkt hätte.[17] Als der Krieg am 17. Januar begann, hielt eine deutliche Mehrheit ihn für unvermeidlich, da alle Versuche einer friedlichen Lösung des Konfliktes an der Unnachgiebigkeit des Irak gescheitert waren. Aber die weitgehende Zerstörung der wirtschaftlichen und miltärischen Infrastruktur eines arabischen Landes sowie die zahlreichen Opfer unter der irakischen Zivilbevölkerung hinterließen sehr gemischte Gefühle. Vielleicht kann die Reaktion des ägyptischen Literatur-

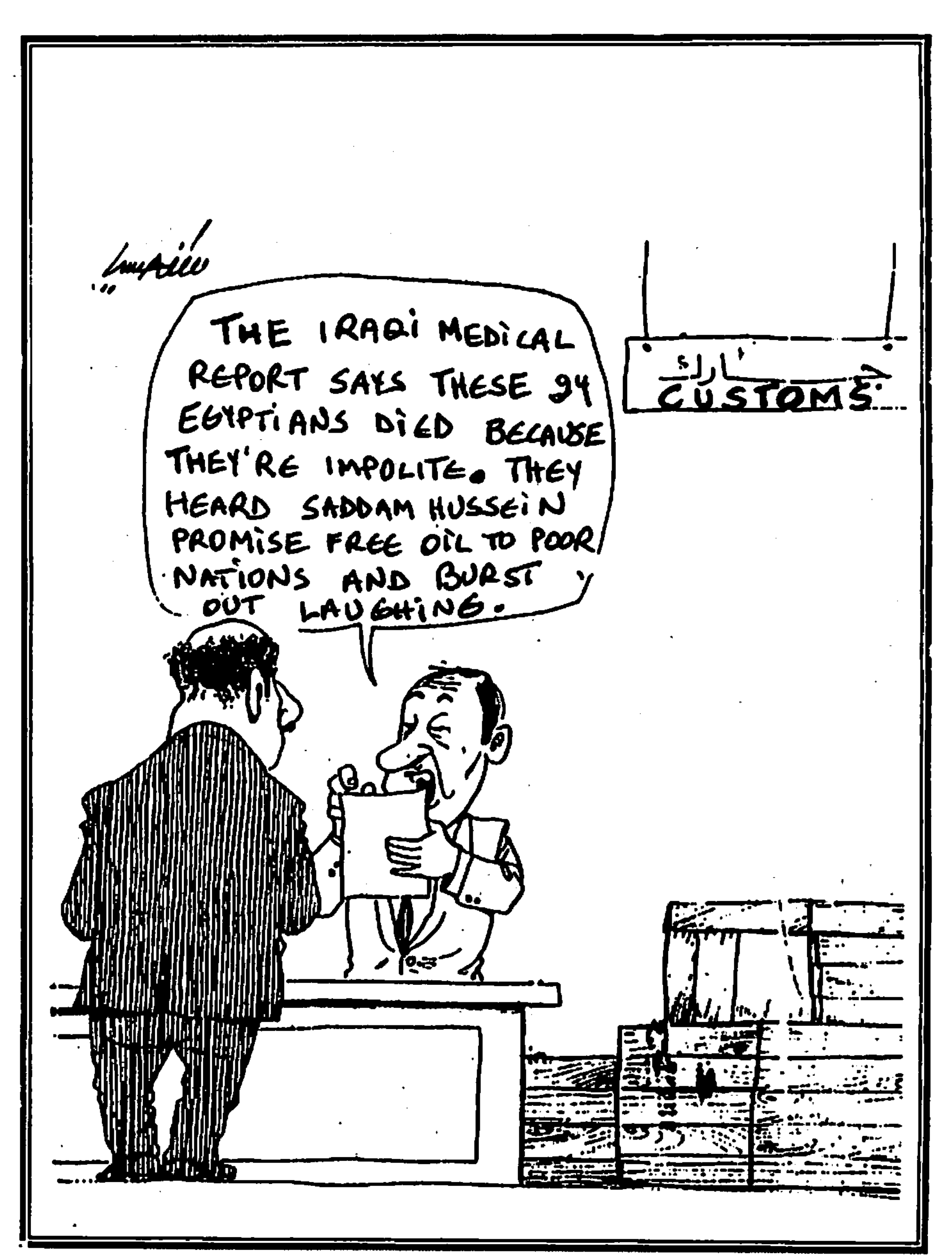
Nobelpreisträgers Nagib Mahfuz in dieser Hinsicht als repräsentativ gewertet werden: "Die Spaltung der arabischen Welt macht mich betroffen, die Spaltung in Freunde und Gegner von Saddam. Ich bin davon überzeugt, daß der Krieg unvermeidlich war, denn er hat ja schließlich jede friedliche Regelung ausgeschlagen. Aber, zugleich empfinde ich einen tiefen Schmerz über das, was der arabischen Nation im Irak widerfährt."[18]

Ökonomische Auswirkungen

Ägypten gehört zu den Ländern, die am härtesten von der Golfkrise getroffen wurden. Hunderttausende ägyptischer Gastarbeiter wurden durch die irakische Invasion in Kuwait zu Flüchtlingen. Mit dem Verlust der durch die Wanderarbeiter am Golf erzielten Einkommen und Ersparnisse haben viele Familien schwere wirtschaftliche Einbußen erlitten. Für den ägyptischen Staat waren die Überweisungen der Gastarbeiter im Jahre 1989/90 mit 4,3 Mrd. Dollar die wichtigste Devisenquelle. Es wird angenommen, daß die Transfers im Zeitraum 1990/91 um mehr als 2 Mrd. Dollar zurückgehen werden. Hinzu kommen Kosten in Höhe von 1 Mrd. Dollar für die Rückführung der in Jordanien gelandeten Flüchtlinge und von weiteren 5 Mrd. Dollar für die Reintegration der zurückgekehrten Gastarbeiter. Von der Golfkrise schwer beeinträchtigt wurde auch der Tourismus, der im letzten Jahr fast vollständig zum Erliegen kam. Dem Staat dürften hierdurch weitere zwei Mrd. US-Dollar an Deviseneinnahmen entgangen sein. Trotz der hohen krisenbedingten ökonomischen Kosten ist es dem Land am Nil erneut gelungen, von seiner strategischen Lage und seiner zentralen Rolle während der Golfkrise zu profitieren. Schon im Oktober 1990 hatten die USA Ägypten 7,1 Mrd. US-Dollar Militärschulden und die Golfstaaten 6,7 Mrd. US-Dollar Schulden erlassen. Zudem gelang es der ägyptischen Regierung nach dreijährigen harten Verhandlungen, sich mit demIWF auf ein Reformprogramm zu einigen. Mit dieser Vereinbarung war der Weg frei für Umschuldungsverhandlungen mit dem Pariser Club. Dieser sicherte Ägypten am 25. Mai vertraglich die Streichung von 50% der sich noch auf 20,2 Mrd. US-Dollar belaufenden staatlichen Auslandsschulden zu. Von den Schulden sollen 15% sofort, 15% in 18 Monaten und die restlichen 20 Prozent in drei Jahren gestrichen werden. Die verbleibenden Schulden werden darüber hinaus zu günstigen Bedingungen umgeschuldet. Die am Modellfall Polen orientierte günstige Regelung des Schuldenproblems hat ein zentrales Problem der ägyptischen Ökonomie vorerst erheblich entschärft.[19] Mit der weitgehenden Entschuldung des Landes sind somit günstige Voraussetzungen für die Verwirklichung des Reformprogrammes und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes geschaffen worden.

Konturen einer regionalen Sicherheitsordnung

Völlig überraschend hat Mubarak am 8. Mai den Abzug der 38 000 Mann starken ägyptischen Truppen aus Saudi-Arabien und Kuwait angekündigt. Diese Entscheidung schien eindeutig im Widerspruch zur Damaskus-Erklärung vom 6. März zu stehen, die ägyptische und syrische Einheiten als Kern einer neuen militärischen Sicherheitsordnung am Golf vorgesehen hatte. Der Abzug der ägyptischen Truppen ist unverkennbar Ausdruck ägyptischer Frustrationen über ausbleibende Fortschritte bei der Ausarbeitung der Details dieser noch recht allgemeinen Absichtserklärung und erheblicher Differenzen über die Grundlagen einer neuen regionalen Sicherheitsordnung. In einigen Golfstaaten herrscht offenbar die Auffassung vor, daß eine arabische Sicherheitsordnung allein keinen ausreichenden Schutz zu gewähren vermag. Während Kuwait die Präsenz amerikanischer Truppen gegenüber der Anwesenheit arabischer Truppen zu bevorzugen schien, konzentrierte Saudiarabien seine An-



aus: Al Akhbar, Kairo, 24. September 1990

strengungen mehr auf die massive Erhöhung der eigenen Verteidigungsanstrengungen als auf die Bildung einer arabischen Sicherheitstruppe. Zudem wurde in einigen Golfstaaten die militärische Einbeziehung des Irans in eine regionale Sicherheitsordnung erwogen, während die ägyptische Regierung wiederholt eine rein arabische Lösung gefordert hat. Diese schließt weder eine politische Kooperation mit dem Iran noch eine begrenzte militärische Präsenz der Vereinigten Staaten aus. Eine langfristige Stationierung amerikanischer Bodentruppen wird allerdings von Ägypten abgelehnt. Der Chefredakteur von Al-Ahram, Ibrahim Nafie, hat vor kurzem unterstrichen, daß Ägypten nicht bereit ist, als "Arabische Fassade für ein System" zu dienen, dessen Kern nicht-arabisch ist". ... "Ägypten wird sich an keiner Sicherheitsordnung beteiligen, die die Region zwangsläufig zur Explosion führen wird."[20] Eine militärische Einbeziehung nichtarabischer Staaten würde aus ägyptischer Sicht eine weitere Fragmentierung und Polarisierung in der arabischen Welt vorprogrammieren. Mubarak hat allerdings mehrfach darauf hingewiesen, daß der Abzug der ägyptischen Truppen nicht der Erklärung von Damaskus widerspricht. Sollte dies von den Golfstaaten gewünscht werden, sei Ägypten nach der Aushandlung der Details jederzeit bereit, wieder Truppen an den Golf zu schicken.

Nach einer überraschenden Reise von Mubarak nach Kuwait hat die Regierung des Emirats deutlich gemacht, daß sie langfristig keine Stationierung iranischer oder amerikanischer Truppen auf ihrem Territorium wünscht. Kuwait beabsichtigt allerdings, sich vor Aggressionen nicht in erster Linie militärisch, sondern politisch zu schützen. Die Unabhängigkeit und territoriale Integrität des Landes sollen durch politische Sicherheitsvereinbarungen mit den USA garantiert werden, während eine 26.000 Mann starke arabische Sicherheitstruppe voraussichtlich für den Schutz der Grenzen verantwortlich sein wird. Diese Truppe soll sich aus der Armee des Emirats, Einheiten der Staaten des Golfkooperationsrates und jeweils 3.000 Mann aus Ägypten und Syrien zusammensetzen. Diese mehr symbolische Präsenz ägyptischer und syrischer Truppen ist insofern überraschend, als militärische Kreise nach der Damaskus-Erklärung noch von mehreren Zehntausend Soldaten ausgegangen waren.[21]

Eine neue regionale Sozial- und Wirtschaftsordnung?

Dem Abzug ägyptischer und syrischer Truppen aus Saudi-Arabien und Kuwait liegen nicht nur Differenzen über eine neue Sicherheitsordnung am Golf zugrunde, sondern dieser ist auch Ausdruck der ägyptischen Verärgerung über den Stand der Verhandlungen über eine neue Sozial- und Wirtschaftsordnung. Von ägyptischer Seite wird nicht nur die Einrichtung eines Regionalfonds zum Abbau der erheblichen Unterschiede zwischen den arabischen Staaten, sondern auch eine bessere rechtliche und soziale Absicherung der Wanderarbeiter in den Golfstaaten gefordert. Die reichen Golfstaaten müssen aus Gründen der internen Legitimation eine Stationierung ägyptischer und syrischer Truppen einer übermäßigen militärischen Präsenz der USA vorziehen und werden sich daher der Einsicht, daß ihre Sicherheit nur durch verstärkte Anstrengungen zum Abbau der erheblichen sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten in der Region erhöht werden kann, nicht verschließen können. Ohne eine Umverteilung des Ölreichtums, die Schaffung eines institutionalisierten Ausgleichs zwischen den armen und reichen Staaten der Region und die Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit wird es langfristig keine Stabilität in diesem Teil der arabischen Welt geben können.

Schon auf dem elften Gipfeltreffen der Staaten des Golfkooperationsrates Ende Dezember 1990 in Doha wurde nicht nur eine militärische Zusammenarbeit mit Ägypten und Syrien im Rahmen einer neuen regionalen Sicherheitsordnung, sondern auch ein umfassendes Entwicklungsprogramm für die ärmeren arabischen Staaten beschlossen. Diese Absichtserklärung gewann im Februar und März 1991 auf den Konferenzen von Kairo und Damaskus deutlichere Konturen: Die Einrichtung eines regionalen Entwicklungsfonds wurde geplant, dem die reichen Golfstaaten jährlich 15 Mrd. US-Dollar zur Finanzierung von Entwicklungsvorhaben in den ärmeren arabischen Ländern zur Verfügung stellen sollten. Im Vergleich zu den hoffnungsvollen Ansätzen in den allerdings noch recht unverbindlichen Absichtserklärungen, fielen die konkreten Beschlüsse zur Umsetzung dieser Pläne äußerst enttäuschend aus. Am 22. April 1991 hatten die Finanzminister der Staaten des Golfkooperationsrats in Riad die Einrichtung eines Regionalfonds beschlossen, der mit 10 Mrd. US-Dollar für einen Zeitraum vonzehn Jahren ausgestattet werden soll. Die Golfstaaten machten zudem deutlich, daß sie die Weltbank und den IWF in das Management des Fonds einbeziehen möchten. Von den Geldern des Fonds werden auch nicht in erster Linie die jeweiligen Regierungen profitieren können, sondern mit diesen soll besonders der private Sektor unterstützt werden. In den Golfstaaten herrscht offensichtlich die Ansicht vor, daß viele der Gelder, die sie in der Vergangenheit den ärmeren Staaten zur Verfügung gestellt haben, verschwendet wurden. Der neue Fonds, über den endgültig

auf einem Treffen der Finanzminister im August entschieden werden wird, soll demgegenüber Zeiträume und Bedingungen für die Verwendung der Gelder verbindlich festlegen. Während in der ersten Zeit überwiegend die Finanzierung von Projekten in Ägypten und Syrien, den Verbündeten während der Golfkrise, geplant ist, sollen die Mittel des Fonds längerfristig auch anderen arabischen und nichtarabischen Ländern offenstehen.[22]

Diese Vereinbarungen der Staaten des Golfkooperationsrates fallen weit hinter frühere Absichtserklärungen zurück und mußten die Erwartungen in Ägypten und Syrien enttäuschen. Angesichts der Differenzen über die zukünftige regionale Sicherheitsordnung kann dieses Ergebnis aber nur wenig überraschen. Wenn einige der Golfstaaten planen, sich stärker auf westliche Sicherheitsgarantien als auf arabische Truppen zu verlassen, dann erhöht dies nicht das Interesse an einem regionalen Ausgleich sozialer und wirtschaftlicher Unterschiede. Die deutliche Zurückhaltung, mit der die reichen Golfstaaten nach dem Ende des Golfkrieges der Einrichtung eines Regionalfonds begegnen, dürfte allerdings auch mit den unerwartet hohen Kosten des Golfkonfliktes zusammenhängen. Dieser hat zwar die Einsicht in die Notwendigkeit einer Verringerung der erheblichen regionalen Ungleichheiten gefördert, aber auch die für einen regionalen Ausgleich zur Verfügung stehenden Ressourcen deutlich reduziert.[23]

Perspektiven

Der Golfkonflikt hat nicht nur erneut den strategischen Stellenwert der Region für die Erdölversorgung der westlichen Industrieländer offenbart. Er hat auch gezeigt, daß eine langfristige Stabilisierung der Region ohne den Abbau der zentralen Konfliktpotentiale nicht möglich ist. Die Verringerung der erheblichen sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten, die Respektierung grundlegender Menschenrechte, die Gleichberechtigung ethnischer Minderheiten und die Demokratisierung politischer Strukturen sowie eine Lösung des israelisch-arabischen Konflikts sind entscheidende Voraussetzungen für Frieden, Sicherheit, Zusammenarbeit und Entwicklung in der Region.

Der große alte ägyptische Marxist Mohamed Sid-Ahmed hat wiederholt eine neue arabische Ordnung gefordert, die den weltweiten Veränderungen nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes besser entspricht: In einem idealen Szenario stehen sich, Sid-Ahmed zufolge, nicht mehr arabische Revolutionäre und konservative Eigentümer arabischen Ölreichtums gegenüber, sondern repressive Regime, seien sie reaktionär oder "fortschrittlich", und die Verfechter einer demokratischeren arabischen Welt. Ein solches Szenario setzt aber nicht nur einen Prozeß der Institutionalisierung und Demokratisierung in den reichen Golfstaaten, sondern auch erhebliche Anstrengungen zur Verringerung der sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten in der arabischen Welt voraus. "Dies ist essentiell, um in den bevölkerungsreichen, ärmeren arabischen Staaten eine grundlegende Ursache für das Aufkommen von kriegslustigen und herausfordernden Diktatoren wie Saddam Hussein zu entfernen. Ein solches System mit friedlichen Mitteln zu errichten ist keine einfache Aufgabe. Protagonisten wie Saddam Hussein sind charismatisch; Vertreter einer vernünftigeren, rationaleren Politik sind dies viel weniger. Bestimmte arabische Länder, zum Beispiel Ägypten, könnten in der arabischen Welt zu einem Modell für eine verstärkte Institutionalisierung und Demokratisierung werden."[24]

Frank Gesemann

Anmerkungen:
1) The Middle East, April 1991
2) Al-Ahram Weekly, 6 June 1991
3) Al Ahram Weekly, 6 June 1991
4) Süddeutsche Zeitung, 27.7.1990
5) zur Rolle des Erdölfaktors in der Golfkrise vgl. Frank Gesemann: Krieg um Macht und Öl. Die Auseinandersetzung um das Schwarze Gold, in: Werner Ruf (Hrsg.): Vom Kalten Krieg zur Heissen Ordnung? Der Golfkrieg - Hintergründe und Perspektiven, Münster 1991, S. 143-167.
6) Egyptian Gazette 4.8.90
7) Weltgeschehen. Analysen und Berichte zur Weltpolitik, III/90 Juli-Sept., S. 121
8) ebd., S. 122f.
9) vgl. Bassam Tibi: Die irakische Kuwait-Invasion und die Golfkrise. Lokale und regionale Bestimmungsfaktoren eines internationalisierten Konfliktes nach dem Ende des Kalten Krieges, in: Beiträge zur Konfliktforschung 4/1990, S. 5-34
10) Süddeutsche Zeitung, 13.8.1990
11) vgl. Bassam Tibi, op. cit., S. 20
12) vgl. Mustafa M. Alani: Operation Vantage: British Military Intervention in Kuwait 1961, Surrey 1990
13) vgl. Helmut Mejcher: Geerbte Probleme, wiederkehrende Krisen. Der nahöstliche Raum in seinen historischen Dimensionen, in: der überblick 4/90, S. 13-16
14) vgl. Frank Gesemann: Wanderarbeiter als Devisenquelle. Migration in der arabischen Welt, in: der überblick 4/89, S. 15-17
15) vgl. Ahmed Abdalla: Mubarak's Gamble, in: Middle East Report, January-February 1991, S. 18-21 und Egypt. Time to get their house in order, in: The Middle East July 1991, S. 19f.
16) siehe z.B. Index on Censorship 4&5/1991, S. 40. Die von Birgit Schäbler in Anlehnung an Rami G. Khouri vertretene These, daß es da, "wo ein Minimum an Möglichkeit zur Meinungsäußerung bestand, zu den stärksten "pro-irakischen", d.h. antiwestlichen Kundgebungen kam" ist schlicht und einfach unsinnig (vgl. blätter des iz3w, Juli 1991, S. 20-23).
17) "Egyptians oppose Israeli intervention in Gulf", in: Arab News, Jan. 15, 1991, vgl. auch Al-Ahali, August 22, 1990.
18) Interview aus 'La Repubblika' vom 29.1.91, Übersetzung in: die tageszeitung, 7.2.91
19) vgl. Frank Gesemann: Ägypten. Der Weg aus der Isolation. Ablenkung von der ökonomischen Krise, in: blätter des iz3w, Februar 1990, S. 32-37.
20) Ibrahim Nafie: Why Egypt pulled out its troops from the Gulf, in: Al-Ahram Weekly, 16 May 1991
21) Kuwait to get strong Arab force, in: Arab News, June 20 1991; Kuwait favors symbolic Arab force, in: Arab News, June 27 1991
22) GCC fund approved, in: MEED 3 May 1991; Gulf States agree on post-war Fund to help arab world, in: Middle East Times, 30 April-6 May 1991.
23) vgl. Yahya Sadowski: Power, Poverty, and Petrodollars. Arab Economies after the War. In Middle East Report May/June 1991, S. 4-10.
24) Mohamed Sid-Ahmed: The Gulf Crisis and the New World Order, in: Middle East Report, January-February 1991, S. 16f

"Die ökologische Frage beginnt für uns am Arbeitsplatz . . ."

Interview mit dem PT-Chef Luis Inacio da Silva

Die aktuellen Wirtschaftsdaten Brasiliens sind nach wie vor deprimierend. Inflation und Preise steigen, während die Industrieproduktion im letzten Jahr kontinuierlich gesunken ist. Nach Meinung der Opposition ist das ökonomische Modell von Fernando Collor de Melo gescheitert. Collor hat in den Präsidentschaftswahlen von 1989 nur knapp gegen den Kandidaten der sozialistischen Arbeiterpartei PT, Luis Inacio da Silva, genannt "Lula", gesiegt. Der Metallarbeiter und Gewerkschaftsführer Lula gehörte 1979 zu den Mitbegründern der PT, die innerhalb weniger Jahre zu einer der stärksten Parteien Brasiliens avancierte. Doch die Aufbruchstimmung der frühen Jahre ist vorbei. Seit der verlorenen Präsidentschaftswahl 1989 und den Gouverneurswahlen im letzten Jahr, bei denen die PT keinen einzigen Gouverneursposten erringen konnte, ist die Partei in der Krise (s.a. zur Geschichte der PT "blätter des iz3w" Nr. 164, zur Wirtschaftspolitik Collor de Melos Nr. 166 und zu dessen Wahlsieg Nr. 163),

Frage: Welche Auswirkungen hatte denn der Fall der Mauer auf die Wahlen in Brasilien 1989?

Lula: Sie können sich nicht vorstellen, wie dieses Ereignis in Brasilien gegen uns benutzt worden ist. Dabei hatten wir mehr als jede andere politische Organisation die moralische Autorität, den Realsozialismus zu kritisieren. Die PT hat sich bereits als sie sich 1980 gründete gegen den Typ von Sozialismus gewandt, der in der Sowjetunion und in Europa existierte. Wir haben die Einheitspartei nicht akzeptiert. Wir haben nicht akzeptiert, daß es keine Freiheit und keine Autonomie für die Gewerkschaften gab und daß eine Opposition nicht erlaubt war. Als die Informationen über den Fall der Mauer in Berlin und den Sturz anderer Regierungschefs kamen, hat sich die PT zurückgezogen, statt den Sozialismus zu verteidigen

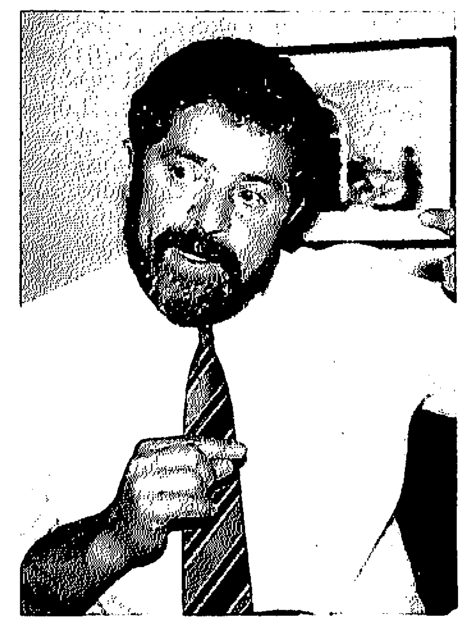


Foto: Tina Röper

und das zerfallende Modell zu kritisieren. Wir waren verschüchtert, beschämt und perplex angesichts dessen, was da passierte, und dadurch hat die Rechte sehr viel Macht gewonnen. Sie wiederholte im Fernsehen Tag für Tag, daß die PT kommunistisch ist und daß der Kommunismus zusammengebrochen ist, und wir hatten nicht den Mut und die Kraft, zum Gegenangriff zu starten. Wir haben gezögert, und ich glaube, daß dies ein schwerwiegender Fehler unserer Kampagne war.

Durch Ihren überwältigenden Erfolg bei den Kommunalwahlen hat die PT ja großen Einfluß auf viele Stadtverwaltungen gewonnen. Sie stellt sogar in Metropolen wie São Paulo den Bürgermeister bzw. die Bürgermeisterin. Doch seit der verlorenen Präsidentschaftswahl scheint sich die PT in einer Dauerkrise zu befinden. Wieso?

Für uns ist jede Wahl, die wir verlieren, ein Grund zur Sorge und Beunruhigung. Aber wir müssen aufpassen, denn Wahlen sind nicht alles bei der PT. Sie sind Instrument, ein Mittel, aber kein Selbstzweck. Und deshalb kümmern wir uns um die Wahlen, aber wir kümmern uns noch mehr darum, daß die Arbeiter für ihre spezifischen Kämpfe organisiert bleiben, für Lohnerhöhungen, für die Verbesserung der Lebensbedingungen in ihren Wohnvierteln etc.. 1992 wird es neue Wahlen geben, und wir werden versuchen, die Partei so zu organisieren, daß wir dann einen kraftvolleren Wahlkampf führen können als 1989 und 1990. Und auch für die Präsidentschaftswahlen 1994 werden wir viel besser ausgerüstet sein.

Welche Richtung muß die PT einschlagen? Wo sehen Sie Defizite?

Im November wird der erste Parteikongreß der PT stattfinden. Auf diesem Kongreß sollen die neuen Parteirichtlinien erarbeitet werden. Ein Thema wird auch der Sozialismus sein. Mit dem Realsozialismus ist Schluß. Jetzt müssen wir den Sozialismus pragmatischer diskutieren. Wo haben sich die Sozialisten geirrt? Wo hat die Partei, die sogenannte Einheitspartei, Fehler gemacht? Wir müssen heute bei der Gestaltung unseres demokratischen Sozialismus-Modells sachlicher sein, weniger utopisch, obwohl wir die Utopie als Lebensperspektive nie aus den Augen verlieren dürfen. Auf dem Kongreß werden wir auch die Reorganisation der Partei auf den verschiedenen Ebenen diskutieren. Wir werden auch darüber sprechen, wie wir eine Sprache finden, mit der wir die weniger gebildeten Sektoren der Bevölkerung erreichen können. Die Rechte belügt und betrügt das Volk. Sie macht Versprechen, die sie nachher nicht halten kann. Wir wollen das nicht. Wir versuchen eine spezielle politische Sprache zu finden, damit die Menschen unsere Botschaften richtig verstehen.

Welche wirtschaftlichen Auswirkungen hat denn die deutsche Vereinigung und der politisch-gesellschaftliche Umbruch in Osteuropa für Lateinamerika?

Für uns ist die Situation viel schwieriger geworden. Für die Bundesrepublik ist es einfacher und billiger, in der ehemaligen DDR zu investieren, weil der Markt näher ist. Es ist auch billiger in der Tschechoslowakei, in Ungarn, in Rumänien und in Polen zu investieren als in Bolivien, in Chile, in Uruguay oder in Paraguay. Wir in Lateinamerika müssen begreifen, daß wir jetzt in Wissenschaft, Forschung und Technologie investieren und unsere industrielle Entwicklung vorantreiben müs-

sen, damit wir uns irgendwann selbst versorgen können. Solange wir auf Geld von außerhalb warten, das nie kommt, werden wir uns nicht entwickeln. Wir müssen, ausgehend von unseren eigenen Ressourcen und unseren eigenen Möglichkeiten, einen Ausweg finden.

Die Auslandsschulden von Polen wurden erlassen und der Pariser Club hat auch Brasilien gedrängt, die polnischen Schulden abzuschreiben. Welche Lösung sehen Sie für die Auslandsschulden Brasiliens von insgesamt 122 Milliarden Dollar?

Wir meinen, daß die Schuldenfrage von einem ökonomisch-finanziellen zu einem politischen Problem gemacht werden muß. Wenn die Schulden als politisches Problem begriffen werden, dann wird auch politisch über sie diskutiert werden von Regierung zu Regierung. Sonst sind die Banker die Ansprechpartner, und die haben weniger Einfühlungsvermögen als die Politiker. Wie stellt man das an? Ein Schuldnerland allein ist vielleicht zu schwach. Es müßte eine gemeinsame Initiative der Länder der sogenannten Dritten Welt, der Schuldnerländer, geben, damit die Schuldenfrage politisch diskutiert wird. Außerdem müßte eine neue internationale Wirtschaftsordnung geschaffen werden, damit die Welt etwas gleicher und gerechter würde. Die Titel der öffentlichen brasilianischen Schulden sind hier im Ausland nur 30 Prozent wert. Das heißt eine Schuld von 100 Milliarden ist hier nur 30 Milliarden wert. Es wäre sehr viel gerechter, wenn die reichen Länder sagen würden, also wir kaufen die Titel und Ihr schuldet uns noch 30 Milliarden Dollar, und wir reden darüber, wie das bezahlt werden kann. Stattdessen zahlen wir Zinsen für eine Schuld, die in Wirklichkeit viel weniger wert ist.

Wie beurteilen Sie die Wirtschaftspolitik des derzeitigen Präsidenten Fernando Collor de Melo?

Mit seinem ökonomischen Modell hat er in nur 14 Monaten erreicht, daß unser Bruttosozialprodukt um 6,7 Prozent gesunken ist, mit der Perspektive in zwei Jahren um 10 Prozent zu sinken. 6 1/2 Millionen Menschen sind in Brasilien arbeitslos und der Mindestlohn ist der niedrigste in der Geschichte Brasiliens.

Welche Maßnahmen müßten ergriffen werden, um die Situation zu verbessern?

Ich gehe davon aus, daß es für kein Problem eine Lösung geben wird, wenn in Brasilien nicht die Probleme der Bildung und der Nahrungsmittelerzeugung gelöst werden. Ein Volk, das hungert und nicht ausgebildet ist, kann auch nicht über das Bewußtsein verfügen, um für seine Rechte zu kämpfen. Und so würden wir zu allererst massiv in die Bildung investieren, um Schulen für die acht Millionen Kinder zu bauen, die keine Schule haben und um den Abgang von Kindern vor dem ersten Schulabschluß zu verhindern.
Außerdem würden wir in die Nahrungsmittelproduktion investieren, mit einer Agrarpolitik, die die kleinen und mittleren Bauern bevorzugt, Mindestpreise garantiert und die Abnahme der Produktion gewährleistet. Mit technischer Hilfe von Seiten des Staates könnte man genügend Nahrungsmittel erzeugen, um sie - falls notwendig - zu einem bestimmten Zeitpunkt auch umsonst an die ärmsten Schichten der Bevölkerung zu verteilen, bis diese in die Lage versetzt werden, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten. Wir müssen umverteilen, damit Brasilien wieder wächst. In den letzten 20 Jahren gab es eine große Konzentration von Reichtum in den Händen weniger Leute. Dieser Reichtum muß verteilt werden, damit die Bevölkerung wieder konsumieren und ihre eigenen Produkte kaufen kann, damit die Unternehmen Arbeitsplätze schaffen können und so Löhne gezahlt werden, über die wiederum neue Arbeitsplätze entstehen. Das ist die Logik des Kapitalismus. Und ich glaube, daß mit massiven staatlichen Investitionen in die kleine und mittelständische Industrie, die gesellschaftlich notwendigen Konsumgüter wie Kleidung, Schuhe, Hygieneartikel etc. produziert, Tausende von Arbeitsplätzen geschaffen werden könnten. Damit könnte Brasilien die gegenwärtige Wirtschaftskrise überwinden. Das sind die Sofortmaßnahmen, die wir ergreifen würden, wenn wir an der Regierung wären. Aber wir haben leider nicht gewonnen, und das Volk muß sehr teuer dafür bezahlen.

In Europa fallen die Grenzen, im nächsten Jahr soll der europäische Binnenmarkt Wirklichkeit werden. Wie werden die Lateinamerikaner gegen die wirtschaftlich starken Europäer bestehen können?

Die Regierungen von Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay haben jetzt MERCOSUL gegründet und damit die Integration der südlichen Länder Südamerikas ermöglicht, mit der Perspektive, einen gemeinsamen Markt in einem Land ohne Grenzen aufzubauen. Ich glaube, daß das schon ein Fortschritt ist. Es gibt da aber leider ein Problem. Da wir in bezug auf Technologie, Bildung und Bruttosozialprodukt arme Länder sind, befürchte ich, daß wir nur Armut und Elend tauschen können. Richtiger wäre es, wenn wir uns gegenüber solchen Partnern politisch und wirtschaftlich öffnen würden, die über neue Technologien und neue Formen der Produktion verfügen und die Entwicklung unseres Landes erleichtern könnten.

Die Industrieländer drängen bei den GATT-Verhandlungen immer wieder darauf, daß Brasilien und andere Länder der sogenannten Dritten Welt die noch vorhandenen Handelshemmnisse beseitigen und ihre Wirtschaft liberalisieren. Wie stehen Sie dazu?

Die Erste Welt sagt immer, daß die Wirtschaft Brasiliens abgeschottet ist und der Staat zu stark in die Wirtschaft eingreift. Nur wenn wir alle Hemmnisse und Grenzen beseitigen, würde Brasilien konkurrenzfähig. Aber jetzt in der Uruguay-Runde, als die Frage der Agrarprodukte diskutiert wurde, haben wir festgestellt, daß die reichen Länder nach außen eine bestimmte Theorie vertreten, aber die Praxis ganz anders aussieht. Daß sie große Geldmengen in die Agrarsubvention investieren, um ihre Bauern zu schützen, widerspricht der Marktöffnung, die sie von uns in Lateinamerika verlangen. Ich glaube, daß die sogenannten reichen Länder zumindest in der Frage der Agrarproduktion flexibler sein müßten, um den armen Ländern eine winzige Chance im Wettbewerb zu geben.

Im nächsten Jahr wird in Rio de Janeiro die Internationale Umweltkonferenz ECO '92 stattfinden. Gerade Brasilien steht aufgrund der Regenwaldzerstörung im Kreuzfeuer der Kritik. Welche Bedeutung haben Umweltfragen für die PT?

Ökologische Fragen haben für uns in der PT ein außerordentliches Gewicht, vor allem, wenn wir die Ökologie umfassend begreifen. Die ökologische Frage reduziert sich nicht auf Amazonien. Wir müssen auch an die Verschmutzung durch die Fabriken in der Ersten Welt denken und uns klar machen, daß heute das wichtigste vom Aussterben bedrohte Lebewesen auf der Erde der Mensch ist. Die ökologische Frage beginnt für uns am Arbeitsplatz, bei den Arbeitsbedingungen, den Wohnverhältnissen, ob es in den Häusern Wasser und Kanalisation gibt, ob der Lohn für die Schaffung einfacher hygienischer Verhältnisse ausreicht. Dann erst kommen wir zu den Autos, zu den Bäumen und zum Regenwald. Das heißt, für uns hat die Ökologie eine sehr tiefe soziale Dimension. Wenn man meint, daß Amazonien die Lunge der Welt ist, dann sind die Auslandsschulden die Lungenentzündung. Wenn diese Lungenentzündung geheilt würde, bliebe auch die Lunge erhalten. Aus diesem Grund fordern wir nicht nur von den Deutschen, sondern auch von den anderen Ländern einen größeren Beitrag für eine Politik der Entwicklung in Amazonien, die auch den Naturschutz berücksichtigt. Wenn hier das Gespräch auf Amazonien kommt, wird fast nur von den Indianern geredet. Mehr als alle anderen wollen wir die indigenen Kulturen erhalten. Doch in Amazonien gibt es 250.000 Indianer, aber 17 Millionen Einwohner. Viele Millionen Menschen, die im Regenwald leben, sind keine Indianer. Diese Menschen brauchen Ärzte und Schulen. Aus diesem Grund sind wir bezüglich der ECO '92 beunruhigt. Wir werden nicht erlauben, daß die Umweltkonferenz nur ein großes Feuerwerk wird, eine einzigartige Fernsehshow mit 150 Staatschefs, ohne daß etwas Konkretes dabei herauskommt.

Das Interview führte Marie-Agnes Heine im Juni 1991, während einer kurzen Deutschlandvisite Lulas

Sandinismus ohne bäuerliches Antlitz

Die neue und unerwartete Situation nach der Wahlniederlage hat in der FSLN (Sandinistische Befreiungsfront) im Vorfeld des Parteitages vom Juli '91 eine intensive Diskussion um die Gründe des Scheiterns und den zukünftigen Weg entfacht. Der nicaraguanische Soziologe René Mendoza hat die gesellschaftliche und politische Realität in zwei Landgemeinden Nicaraguas untersucht, in denen die Wahlergebnisse stark differierten und hat mit seinen Schlußfolgerungen in diese Debatte eingegriffen. Einen wesentlichen Grund für die Niederlage der FSLN in den meisten Landgemeinden sieht er in der zentralistischen Partei- und Entscheidungsstruktur, die das Eingehen auf die unmittelbaren Bedürfnisse der kleinen Leute, speziell der Bauern, erschwerte und dazu führte, daß mittlere Kader sich auf abstrakte Parolen zurückzogen und sich nicht mit der Vielschichtigkeit lokaler Gegebenheiten und der unmittelbaren Lebenswelt der Bauern auseinandersetzten. Die umfangreiche Studie erschien im September 1990 in der Zeitschrift "envío". Wir haben einige Auszüge übersetzt.

"Früher waren wir schüchtern, wir konnten nicht einmal sprechen. Die Revolution hat uns die Zunge gelöst. Das macht die wütend, die immer gewollt haben, daß wir uns weiter benehmen wie ängstliche Hühner. Wenn sie jetzt nichts tun, um ihre Versprechungen zu halten, wird es ihnen gehen, wie dem Stier, der unters Joch gezwungen wird. Doña Violeta darf nicht vergessen, daß das Volk sie, so wie es sie eingesetzt hat, auch wieder vertreiben kann. Sie weiß schon, daß das Volk das Sagen hat".
(Sprecherin der Bauern aus El Arenal).

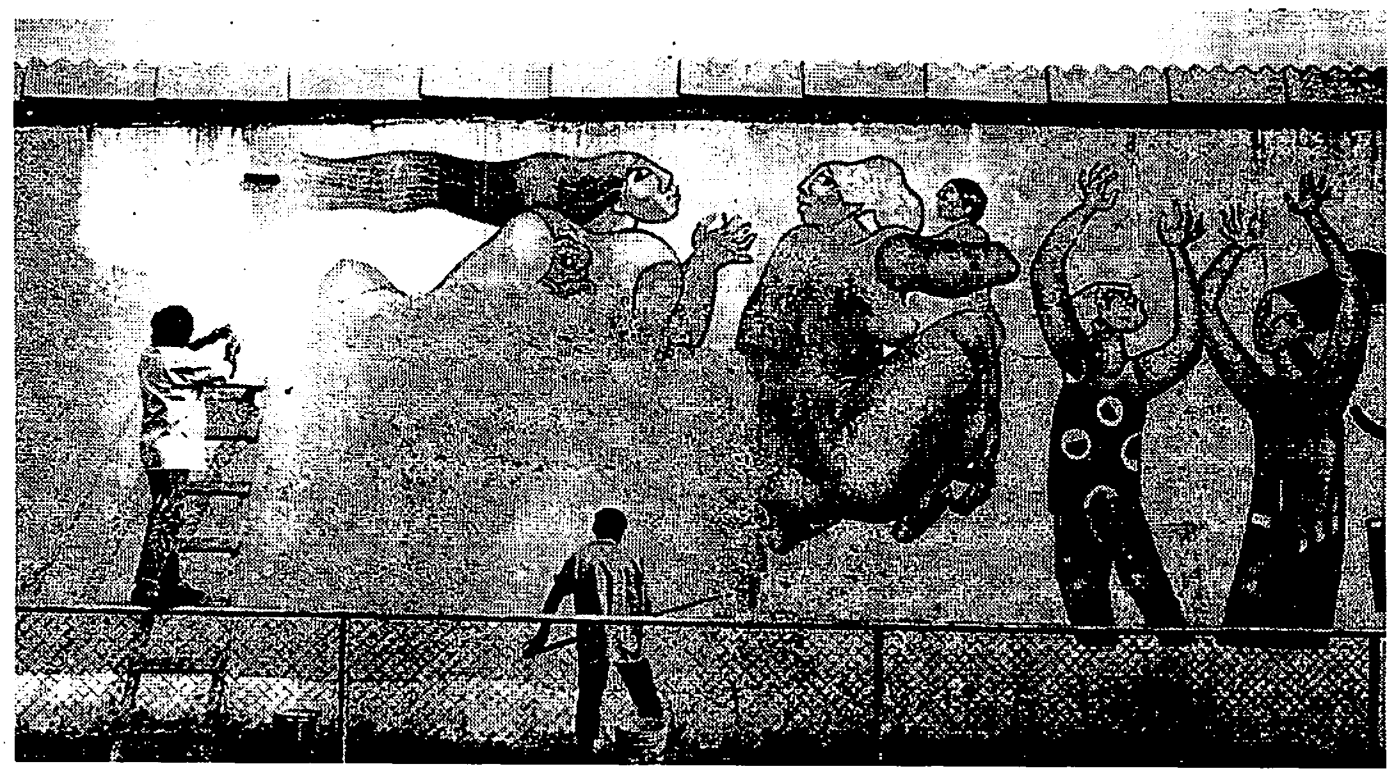
Das Volk irrt sich nie", sagt das Sprichwort. "Die Völker irren sich, aber sie wissen, sich zu korrigieren", sagte Präsident Daniel Ortega am 27.2.1990, zwei Tage nach der Wahl. Hat sich die FSLN geirrt, als sie in ihrer Innen- und Außenpolitik auf Verhandlungen setzte?
Heute haben wir Frieden, aber welches ist der Preis? Bedeutet dieser Rückschlag, daß die Armen ihre Ansprüche einmal mehr zurückstellen müssen?

Im Wahlergebnis kamen sehr gemischte Gefühle zum Ausdruck, viele Dinge spielten eine Rolle, Kreuze und Gewehre, Tränen und Land, Geld und Feste. Es genügt nicht, zu sagen, daß die Wirtschaftskrise und der Krieg die Ursache für die Niederlage der Sandinisten waren. Es reicht auch nicht, zu sagen, daß der Krieg niederer Intensität Erfolg gehabt hat. Das glauben die Imperialisten. Aber sie irren sich, wenn sie glauben, daß die Hoffnungen des Volkes nicht nur aufgeschoben, sondern begraben sind.
Wir wollen nicht den Einfluß des Krieges und der Wirtschaftskrise auf das Wahlergebnis leugnen. Das Volk wählte vor leeren Tellern und mit einer Pistole an der Schläfe. Aber es wählte auch in einem gesellschaftlichen Klima, wo es sich von der FSLN nicht repräsentiert fühlte, die um der "nationalen Einheit" willen die Bourgeoisie verhätschelte.
Wenn die Völker der Dritten Welt sich zu befreien versuchten, haben die USA immer mit Krieg und wirtschaftlichem Druck reagiert. Die ganze Revolution - und nicht nur die Wahl - war durch Krieg und Wirtschaftskrise beeinflußt. Nur die Macht des Volkes, der Bauern, der kleinen Leute, die im Klassenkampf ihren Ausdruck findet, entscheidet über das Schicksal einer Revolution.

Wer gegen den Krieg, für den Frieden und für Wohlstand stimmt, stimmt nicht gegen die Revolution, sondern gegen den Imperialismus, denn Krieg und Armut wurden nicht von der FSLN dekretiert, sondern vom Imperium gewollt. Aber das Wahlergebnis bringt auch zum Ausdruck, daß "man sich nicht mit dem Stärkeren anlegen soll." In beiden Aspekten kommt unsere geopolitische Realität und der Selbsterhaltungsinstinkt des Volkes zum Ausdruck.
Davon müssen wir ausgehen, wenn wir unsere Realität kreativ und pragmatisch verändern wollen. Dazu einige Thesen:

1. Die Dialektik zwischen der Machtstruktur auf lokaler Ebene und der Machtstruktur auf der Ebene des Gesamtstaates ist das Rückgrat einer Revolution. Sie ist der Schlüssel für die Ausarbeitung und Umsetzung eines wirtschaftlichen Entwicklungswegs und eines politisch-militärischen Modells. Sie ist auch der Punkt, von dem wir ausgehen müssen, wenn wir die Volksbewegung reorganisieren und erneuern wollen.

2. Auf der Ebene des Dorfes spiegeln sich die nationale Realität und die lokale Realität in zweierlei Denk- und Redeweisen wieder: die eine ist dorfspezifisch und gemeinschaftsorientiert und befaßt sich in landläufiger Sprache mit familiären und wirtschaftlichen Problemen, mit Fragen der Arbeit und grundlegenden Bedürfnissen wie der Wasserversorgung oder dem Maisfeld. Auf dieser Ebene gibt es keine unversöhnlichen Widersprüche und ist die Politik kein Hindernis. Sie ist der Raum der bäuerlichen Identität. Die andere ist national und international. Sie ist politisiert und ihre Sprache ist nicht lokal gefärbt. In dieser Sprache wird über die Plattformen der politischen Parteien debattiert und es wird abgehoben von "Militarismus", "Religion" oder "nationaler Befreiung" geredet, in dieser Sprache nimmt der Klassenkampf Gestalt an und es werden schier unüberwindbare Unterschiede geschaffen. Es ist ein schwerer Fehler, die lokale Realität aus dem Blickwinkel der nationalen Realität zu betrachten und im lokalen Bereich in der Sprache des nationalen Bereichs zu sprechen.



"Wandbild für die Frau", als es gerade unter grauer Farbe verschwindet

3. Absprachen zwischen verschiedenen Machtzentren, verschiedenen Herren, haben in unserem Land schon Tradition. Sie lassen die Interessen der Bevölkerungsmehrheit unberücksichtigt, sie ignorieren die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Strukturen der Bauernschaft und der Dörfer. Auf solche Absprachen zu setzen und nicht einmal neue, kreative Elemente in die Verhandlungen einzubringen, wird immer zum Scheitern des revolutionären Projekts führen.

4. Der Sandinismus ist eine Bewegung, keine Partei. Viele Leute, die gegen die FSLN gestimmt haben, sind Sandinisten. Die FSLN, die eine Bewegung ist, handelte wie eine Partei und verlor. Sie sollte weder eine traditionelle Avantgarde sein, die mit niemandem verhandelt, noch eine Partei, die versucht, Interessengegensätze auszugleichen. Die Herausforderung für den Sandinismus besteht darin, lokal und national zu sein, klassenübergreifend und klassenkämpferisch. Ohne die Autonomie des Volks gibt es keine Avantgarde. Wir müssen wieder eine Bewegung werden.

5. Die Konterrevolution (Contra) ist ein Produkt des Imperialismus. Quantitativ hatte sie am Ende noch genau so viele Truppen wie zu ihren besten Zeiten. Aber qualitativ war sie nicht mehr dieselbe: Ihr somozistisches Erbe - ihre strukturelle Logik - und hunderte ehemaliger Nationalgardisten, waren bereits besiegt. Die Nabelschnur, die die Contra mit den Mördern Sandinos verbunden hatte, war bereits durchtrennt. Der Somozismus ist tot. Die Leute, die bis vor kurzem die Truppen der Konterrevolution bildeten, sind Bauern. Trotz ihrer Greueltaten, Entführungen und Morde unterscheiden sich ihre Motive von denen des Somozismus. Ihre Fehler sind zum großen Teil ein Produkt des Krieges selbst und eine Folge der politischen, militärischen und wirtschaftspolitischen Fehler der FSLN.

6. Paradoxerweise konnte man die nationale Versöhnung und die Demobilisierung der Contra nur erreichen, wenn man für die Konterrevolutionäre stimmte. Der Druck der Imperialisten und das Fehlen eines wirtschaftspolitischen Konzepts, das die Interessen der Bevölkerungsmehrheit zum Ausdruck gebracht hätte, ließen es aussichtslos erscheinen, daß nach einem Wahlsieg der Sandinisten ein Ende des Krieges und ein wirtschaftlicher Aufschwung zu erreichen gewesen wäre. Deshalb sagt ein erheblicher Prozentsatz der Bauern: "Wir haben uns (bei der Stimmabgabe) 'geirrt', um den Frieden zu erreichen"...

7. Die Abhängigkeit des Bauern vom Grundbesitzer wurde von der Revolution nicht bekämpft. Im Gegenteil, der Staat versuchte, sich an die Stelle des Grundbesitzers zu setzen, dieselbe hierarchische Herrschaftsform aufrechtzuerhalten und aus dieser Position heraus mit anderen Herren zu verhandeln, darunter auch mit der Kirche. Dies beeinflußte die Vorstellung der Bauern von der Revolution und hatte auch Auswirkungen auf das Wahlergebnis.

Der bäuerliche Charakter der Revolution ging verloren

Als der Krieg niedriger Intensität sich gegen die wirtschaftlichen Ziele der Revolution richtete, versuchte die Revolution (FSLN) Kompromisse mit der bourgeoisen Minderheit zu schließen und schuf eine vertikale Beziehung zwischen Kadern und Volk, die bei den arbeitenden Massen auf scharfe Ablehnung stieß.

Die sandinistische Revolution entstand auf dem Land und konsolidierte sich im informellen Sektor in den Armenvierteln der Städte. Auf diese beiden Achsen - nicht nur auf die Städte - stützte sich die Strategie des Volksaufstands und so wurde 1979 der Sieg errungen. Lange Jahre waren die führenden Sandinisten dieser Dynamik gefolgt. Sie kamen aus der Stadt und gingen aufs Land oder in die Armenviertel und gingen dort in den Untergrund. Lange Zeit später kehrten sie in die Stadt zurück, setzten sich in den aufständischen Vierteln fest, erreichten Kommandopositionen und wurden zu den Helden des Sieges, den "neuen Menschen". Unterdessen lebten die Bauern, die immer schon im Untergrund der Geschichte gelebt hatten, weiterhin im Untergrund und waren weiterhin die "alten Menschen". Gleichzeitig gab es noch eine zweite Dynamik. Da die Realität der Illegalität ein konspiratives Vorgehen gegen den Somozismus erforderte, wurde die politisch-militärische Strategie durch "Linien" festgelegt (die von oben nach unten an die Compañeros weiterge-

geben wurden, A.d.Ü). Der Apparat, der diese "Linien" hervorbrachte, institutionalisierte sich, und dieser Stil hat sich bis heute gehalten. Auf nationaler Ebene und in den letzten fünf Jahren der revolutionären Regierung waren die Bauern und die städtischen Massen von der politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsgewalt ausgeschlossen.
Die sandinistische Regierung räumte den zentralistisch geleiteten Kooperativen und den großen agroindustriellen Projekten Priorität ein und bekämpfte die kleinen Händler, die sie als Spekulanten bezeichnete.
Schon vor 1979 wurde das Leben der Landgemeinden von Repräsentanten der Außenwelt bestimmt. Der Aufstand gegen Somoza von 1977-1979 stellte bis zu einem gewissen Grad eine dialektische, horizontale Beziehung zwischen der Machtstruktur der Landgemeinde und der Machtstruktur außerhalb der Landgemeinde her. Nur bis zu einem gewissen Grad, denn im Grunde wurde durch den Aufstand der Klassencharakter der lokalen und der nationalen Auseinandersetzung vernebelt und die Hauptlosung war: "Alle gegen die Diktatur!".

In der Schule des Aufstands wurden viele Landgemeinden zum Nährboden für potentielle politische Kader. Nach dem Triumph wurden diese Kader der FSLN in den Landgemeinden zu Repräsentanten der Machtstruktur außerhalb der Landgemeinden. Die FSLN als Apparat entfremdete sich den lokalen Gegebenheiten. Die lokalen sandinistischen Helden wurden zu Briefträgern, die Linien nach unten weitergaben. Für die Bauern drückt sich Politik in erster Linie in der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung ihrer engeren Heimat aus. Voraussetzung für diese Entwicklung ist die Entwicklung des politischen Bewußtseins. Doch darum kümmerte sich die Revolution nicht vorrangig. Während des Kampfes gegen die Somoza-Diktatur benutzten die FSLN-Kader die ländlichen Gebiete als persönlichen Schutzraum, als Rekrutierungsraum für neue Guerrilleros und als Waffenversteck. Die FSLN suchte Kader zu gewinnen, die ihrer Strategie folgten, um die Diktatur zu stürzen. Nach dem Triumph der Revolution kamen dieselben Kader, zusammen mit denen, die in der Landgemeinde rekrutiert worden waren, dorthin zurück als Verwalter, mit Linien, die von oben nach unten weitergegeben wurden wie Manna vom Himmel. Sie förderten nicht die Mobilisierung und Organisierung der Landgemeinde, ermöglichten es den Bauern nie, zu historischen Subjekten zu werden. Sie tendierten dazu, die Bauern als unmündig zu betrachten.
Ein Volk zu sein, das Herr seiner Geschichte ist, heißt nicht, ein Kind zu sein, das Orientierungshilfen braucht, um laufen zu können und das alles von der Partei oder vom Staat erhält. Die Landgemeinden ebenso wie die Stadtviertel, die gewerkschaftlichen, sozialen oder religiösen Bewegungen müssen ihre Autonomie erringen, die unabdingbare Voraussetzung, um eine Revolution zu machen. Heute brauchen wir mehr als je zuvor diese Autonomie und die Fähigkeit des Volks, sich zu organisieren und die Volksmacht auszuüben, die Entwicklung der Dörfer voranzutreiben.
Die Bauern lehnten die sandinistische Politik der "Konzertierung" (Verhandlungen mit der Bourgeoisie bzw. Zugeständnisse an sie, A.d.Ü.) ab. Die arbeitenden Massen spürten, daß sie bei den Wahlen wenig zu gewinnen und viel zu verlieren hatten.
Selbst im Wahlkampf sprachen die führenden Sandinisten in Managua mit den katholischen Kirchenoberhäuptern, aber nicht mit den Armen aus den Basisgemeinden, auf dem Land sprachen sie mit der Bourgeoisie und nicht mit den armen Bauern. Die Armen waren nicht eingeladen, als Ländereien an die Reichen zurückgegeben wurden. Alles das wurde dem Volk als ein Zugeständnis dargestellt, das um der nationalen Einheit willen gemacht werden müsse. Die lokalen Gegebenheiten wurden nicht genug beachtet, doch letztlich bestimmten sie das Wahlergebnis. Wo die FSLN die Wahl gewann, z.B. in Wiwilí, lag das an der dortigen Basisarbeit der FSLN, die von den lokalen Gegebenheiten ausging.

In all diesen Jahren wurde, wenn von Politik die Rede war, das Nationalbewußtsein beschworen, die Souveränität, die Selbstbestimmung, der Krieg gegen die Contras, der Sandinismus, "ein freies Vaterland oder der Tod." Aber trauriger- oder glücklicherweise will das Volk leben und außerdem will es auch noch ein freies Vaterland, nicht umgekehrt. Es will weder Krieg noch Hunger - beides Arten des Sterbens. Man muß sich klar machen, daß "das Vaterland" in den Augen der Armen, die von der FSLN vernachlässigt wurden, nicht existiert oder eine Erfindung der Sandinisten ist. Das Vaterland der Armen ist ein anderes als das der Reichen. Das Vaterland der Armen beginnt mit ihrem Dorf, ihrer Geschichte und ihrem Lebensunterhalt.
Die Bourgeoisie ist es, die das allergrößte Interesse daran hat, über Abstraktes zu reden, Worte zu gebrauchen, die keinen Inhalt mehr haben. Im Namen des Vaterlands, der Freiheit und im Namen Gottes hat sie die imperialistische Aggressionspolitik unterstützt. Angesichts der Konzertierung mit dieser Bourgeoisie, auf die sich die FSLN eingelassen hatte, rückte das Vaterland für die Armen in noch weitere Ferne.


Öffentlicher Wasserhahn in Wiwilí

Wiwilí - ein Ausblick auf die Zukunft

Wiwilí ist der Hauptort einer Großgemeinde mit 84 Unterbezirken (comarcas). Größere Dörfer in der Gemeinde, wie Plan de Grama oder El Carmen, fungieren als Hauptort für die umliegenden (dünn besiedelten) comarcas. Wiwilí, wo 1933/34 Sandino und seine Leute eine Kooperative errichteten, liegt an der Landwirtschaftsgrenze (wo sich die Siedlungen aus fruchtbareren Gegenden vertriebener Bauern in das allenfalls von Indianern bewohnte Wald- und Ödland vorschieben, A.d.Ü.). In den 15 Dörfern, Neuansiedlungen und Tälern, die in der Nähe der Hauptorte liegen, gewann die FSLN die Wahl mit durchschnittlich 68%. In den abgelegensten Gegenden der Großgemeinde und in den Gebieten, die von wohlhabenden Viehzüchtern und Kaffeebauern dominiert werden, erhielt die FSLN durchschnittlich nur 18% der Stimmen.
Die FSLN versuchte lange Zeit, die Unterstützer der Contra auf ihre Seite zu ziehen - mit wenig Erfolg. Die Regierung "verhätschelte", wie man in Wiwilí sagt, die großen Viehzüchter, wie die Tinocos, die vom Staat 150 ha Land erhielten, Leute, die dennoch nie aufhörten, die Contra zu unterstützen.
Die Vorzugsbehandlung, die die FSLN den Reichen zuteil werden ließ, enttäuschte die armen Bauern, die kleinen Viehzüchter und Kaffeeproduzenten. Sie fühlten sich durch die FSLN nicht repräsentiert. Besonders in der näheren Umgebung von Wiwilí gibt es eine starke soziale Differenzierung. Die armen Bauern, sogar die Teilpächter und Tagelöhner,

sehen den reichen Bauern, den Patrón, als ihr wirtschaftliches Vorbild, sie wollen eines Tages so gut dastehen wie er. Der reiche Bauer gewährt dem armen Kredit, gibt ihm Arbeit, ist sein Taufpate und Bürge, auch wenn er ein arroganter Ausbeuter ist. Die Armen wissen, daß sie nichts zu gewinnen haben, wenn sie gegen den Patrón rebellieren, aber viel zu verlieren: die Arbeit und vielleicht das Leben. Warum sollten sie also auf eine Revolution setzen, deren Kader mit den Reichen kungeln und nicht mit den Armen?

Der arme Bauer fühlte sich einerseits mitbetroffen, wenn das Land des Patrón konfisziert wurde, andererseits fühlte er sich bedroht und um seine Träume betrogen, wenn die Sandinisten den Patrón "verhätschelten"... Alles wurde der Logik der militärischen Konfrontation untergeordnet, ohne die bäuerliche Welt und die Produktionsbedingungen zu beachten. In Kriegsgebieten wie Wiwilí wurde ein lokales Selbstverteidigungssystem aufgebaut. Die Bauern beteiligten sich daran, denn es ging darum, das Gewehr in die Hand zu nehmen und den eigenen Wohnort zu verteidigen. Später war die "Linie" des Sandinistischen Volksheers, die Bauern, die sich an der Selbstverteidigung beteiligten, in andere Kampfgebiete zu schicken. Die Bauern wehrten sich und gingen zur Contra über, um näher bei ihren Familien sein zu können.

Ansätze einer weniger hierarchischen Struktur

Wie erklärt sich die Ausnahme? Wiwilí war der einzige Ort an der Landwirtschaftsgrenze, wo die FSLN die Wahl gewann. Woher dieser Sieg, mitten im Kriegsgebiet? Nur wegen der Erinnerung an Sandino? Ein wichtiger Faktor ist die Korrektur der politischen und militärischen Arbeit der FSLN seit 1983. Die Bauern und die Stadtbevölkerung wurden stärker an den Entscheidungen beteiligt und lokale Machtstrukturen wurden mehr berücksichtigt. In den Gebieten der Großgemeinde, wo die Contra nur sporadisch auftauchte und wo die FSLN militärisch und politisch dauernd präsent war, hatte die Contra keinen großen Einfluß, und die Revolution wurde, hauptsächlich wegen der Gesundheitsversorgung, die sie trotz knapper Ressourcen in den weniger abgelegenen Gebieten aufrechterhalten konnte, wo die Bedrohung nicht so groß war, von den Bauern im allgemeinen positiv gesehen.

Entscheidend war auch, daß die Bevölkerung lernte, daß sie mitreden konnte, daß Repräsentanten der Staatsmacht sich nicht über ihre Bedürfnisse hinwegsetzten. Mehrere Faktoren spielten in diesem Prozeß eine Rolle:
- Wichtig war die Bildung von Kommissionen, in denen die Vorsitzenden der Kooperativen gemeinsam mit Behördenvertretern und Militärs die Lösung militärischer, wirtschaftlicher und politischer Probleme in Angriff nahmen
- die Selbstorganisation in den Neuansiedlungen für Kriegsvertriebene
- die Arbeitsweise der Staatssicherheit, deren örtlicher Chef erklärte: "Es ist kein Verbrechen, mit der Contra zusammenzuarbeiten, wenn man dort Familienangehörige hat. Man kann nicht verhindern, daß jemand seinen Bruder oder seinen Onkel unterstützt, meine Aufgabe ist es, Überzeugungsarbeit zu leisten". Zwischen 1983 und 1989 wurden nur zwei Bauern (wegen Unterstützung der Contra) festgenommen;
- die Rolle der Gemeindeverwaltung. Die Gemeinde übernahm die Verantwortung für das gesamte Gesundheitswesen, das durch Ausbildung von Hebammen und bäuerlichen Gesundheitsbrigadisten große Breitenwirkung erreichte. Eine große Rolle spielte die Arbeit von Leuten wie dem bisherigen Bürgermeister (Javier Barahona), der sich ohne Überheblichkeit um die Probleme der Bauern kümmert, ohne daß sie in sein Büro kommen müssen. Sie vertrauen ihm und sehen in ihm einen Repräsentanten des Sandinismus. "Wir müssen lernen, Probleme zu lösen, nicht Berichte zu schreiben", sagt er. Große Fortschritte wurden erreicht, die von allen gewürdigt werden: die Bauern erhielten Zugang zu Krediten, alle Stadtviertel, alle sozialen Schichten und alle staatlichen Institutionen beteiligten sich am Bau der sieben Kilometer langen Wasserleitung, die unter dem Río Coco hindurchführt...

Diese Fortschritte und die neuen Entscheidungsstrukturen, die sie möglich gemacht haben, überwinden politisch-ideologische Gegensätze und die Wirtschaftskrise. Sie werden auch die Wahlniederlage überdauern.

Wie geht es weiter?

Wenn die sandinistische Revolution sich lediglich als Partei präsentiert, als nationalistische, klassenübergreifende Bewegung, riskiert sie, vom Kapitalismus vereinnahmt zu werden. Der Sandinismus ist von den Armen hervorgebracht worden und ist für die Armen da. Nationalistisch zu sein und einen Klassenstandpunkt zu haben, ist kein Widerspruch, sondern ergänzt sich dialektisch.

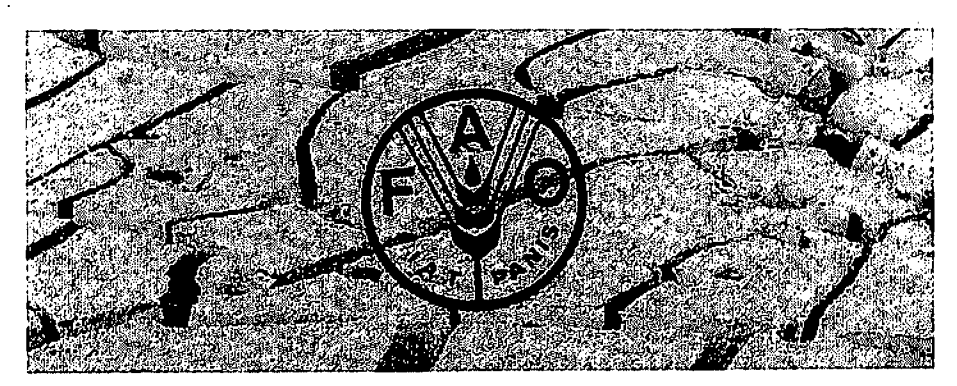
Selbständig zu denken ist eine Aufgabe für Jahrhunderte. In zehn Jahren kann man nicht Jahrhunderte der Ausbeutung und Entfremdung auslöschen. Nicht gegen den Imperialismus zu kämpfen, bedeutet, sich mit dem bloßen Überleben zufriedenzugeben. "Die Armen haben keine Partei, nur Bedürfnisse", sagte Daniel Ortega, als er am 25.4.90 die Regierungsgewalt abgab. Die Armen sind für würdevolle Bescheidenheit und lehnen Überheblichkeit ab. Die Niederlage kann eine Chance sein, mit Ameisenschritten eine Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung von unten zu erarbeiten, die der Bevölkerungsmehrheit zugute kommt.

Wir müssen die FSLN demokratisieren, zu den Armen zurückkehren, wo wir herkommen, wir dürfen uns nicht mehr als Avantgarde aufspielen, nicht mehr die ländlichen Gebiete und die sozialen Bewegungen im Flugblattstil politisieren, sondern die Organisierung und Mobilisierung, ausgehend von lokalen Problemen, vorantreiben und die nationalen Probleme aus dieser Perspektive betrachten, Machtstrukturen demokratisieren, Opportunismus und Korruption abstreifen, denn die Glaubwürdigkeit einer Organisation ist ebenso wichtig wie die jedes einzelnen ihrer Repräsentanten. Wenn wir das schaffen, haben wir damit die Irreversibilität der Revolution bestätigt. Wir haben verloren, um eine FSLN an der Seite der Armen zu gewinnen.

Übersetzung: Christian Neven-du Mont

Zwischen Machbarkeitswahn und Technikgläubigkeit

Kritik an der Food and Agricultural Organisation (FAO) ist nichts Neues. In der Vergangenheit ist diese UN-Unterorganisation immer wieder Gegenstand heftigster Kritik gewesen. Doch so massiv wie in der April-Ausgabe der britischen Umweltzeitschrift "The Ecologist" ist die FAO bislang wohl noch nicht angegriffen worden. In einem von 42 internationalen Umwelt- und entwicklungspolitischen Aktionsgruppen unterzeichneten offenen Brief an den Generalsekretär der FAO, Eduard Saouma, gipfelt die Kritik in dem Vorwurf, die von der FAO geförderte Poltitik sei eine wesentliche Ursache für Hunger, ökologische Zerstörung und Verarmung in den Ländern der Dritten Welt. Gefordert wird die Streichung aller Gelder und eine radikale Neuorientierung der FAO.



Die letzte große Welle der Kritik war in den 70er Jahren an die Türen der FAO-Zentrale in Rom geschwappt. Damals geriet die von der FAO geförderte "Grüne Revolution", d.h. die Förderung des Anbaus sogenannter "Hochertragssorten", unter Beschuß, von der sich die FAO-Offiziellen die Lösung der Welthungerkrise versprochen hatten. Diese mit so vielen Hoffnungen befrachtete "Revolution" endete in einem ökologischen und sozialen Desaster.

Vandana Shiva zeigt in einer ihrer neueren Veröffentlichungen [1] die katastrophalen Auswirkungen der "Grünen Revolution" am Beispiel des Punjab: Traditionelle Sorten sind von Hochertragssorten verdrängt worden, was zu einem Verlust an genetischer Vielfalt führte. Desweiteren ist durch die Propagierung von Monokulturen der Pestizidverbrauch drastisch angestiegen. Die neuen Sorten, die dreimal mehr Wasser benötigen, verursachen vielfach Wasserknappheit. Schließlich führte die "Grüne Revolution" zu einer Marginalisierung von Kleinbauern, welche die steigenden Investitionskosten nicht mehr tragen konnten.

Wer nun gehofft hatte, die FAO würde aus der massiven Kritik, die selbst von UN-eigenen Forschungsinstituten [2] geteilt wurde, ihre Lehren ziehen, sah sich getäuscht.

Noch immer wird die "Grüne Revolution" von der FAO als zumindest technologischer Erfolg verkauft, noch immer bleibt die FAO-Strategie fixiert auf die Förderung von Agrarprodukten für den Export und die Propagierung der unbedingten Notwendigkeit moderner Technologie zur Lösung der Ernährungskrise.

Nach wie vor tut die FAO nichts, um Bauern in der Dritten Welt bei der Entwicklung von Alternativen zu den sogenannten "High-Input"-Systemen zu helfen, nach wie vor beschäftigt sich nicht einer der Mitarbeiter der FAO-Zentrale mit der Erforschung traditioneller Anbaumethoden. Statt dessen scheint die moderne Gentechnologie auf die technikgläubigen ExpertInnen der FAO wie eine Wunderdroge zu wirken.

Allheilmittel Export?

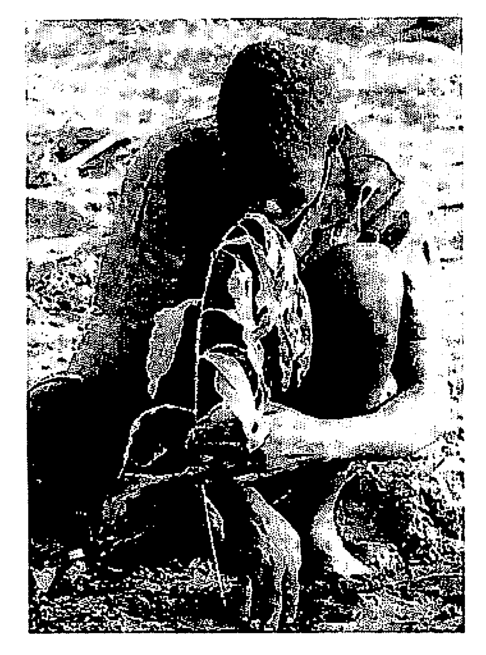
Es wäre sicherlich unfair, die FAO für die vom Kolonialismus geerbte exportorientierte Agrarstruktur vieler Staaten der Dritten Welt verantwortlich zu machen. Doch hat sich die FAO auch keine sonderliche Mühe gegeben, an diesen Strukturen etwas zu ändern.

Spätestens Ende der 60er Jahre, als die Handelsbilanz von landwirtschaftlichen Produkten für viele Länder des Südens defizitär wurde, da die Nahrungsmittelimporte drastisch stiegen, wurde überdeutlich, daß Agrarexporte keine Lösung für die Nahrungsprobleme der Dritten Welt darstellen konnten.

In der Tat hatten zahlreiche FAO-Studien immer wieder die Instabilität und Unberechenbarkeit des internationalen Warenmarktes beklagt. Als verhängnisvoll erweisen sich die unkalkulierbaren Preissprünge des internationalen Agrarmarktes insbesondere für die Staaten, deren Export auf nur wenigen Produkten beruht.

Zudem sinken die Preise für die wichtigsten Agrarprodukte kontinuierlich. 1989 stellte das FAO "Committee on Commodities" in einem Bericht fest, daß die Exportpreise für Agrarprodukte 1988 niedriger lagen als 1980. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre lagen die Preise für die Hauptexportprodukte Kakao, Kaffee und Tee um 25% unter denen von 1980. Doch die FAO weigert sich bislang standhaft, aus diesen Erkenntnissen die erforderlichen Kosequenzen zu ziehen.

Trotz der hohen Kompetenz, die sie sich selbst zuschreibt, sah sich die FAO außerstande, ihre Mitgliedsstaaten bei der Suche nach Lösungen für die Probleme zu unterstützen, die die exportorientierte Politik dieser Länder erzeugt hatte. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die FAO ihrem eigenen Anspruch nach dazu da ist, die Sicherung der Ernährung der Weltbevölkerung zu gewährleisten, kann es nur erstaunen, wie eine solche Organisation eine Strategie fördern kann, die die



ärmsten Staaten dazu bringt, einen Teil ihrer Agrarprodukte in Staaten zu exportieren, die sich vor Überproduktion kaum noch retten können.
"Kleinbauern zu ermutigen, sagen wir, grüne Bohnen für den Export zu produzieren, trägt nichts zur Sicherheit des Produzenten bei. Man könnte weitergehen und sagen: dies ist oft ein Rezept für Hunger."[3]

FAO und Pestizide

Zwischen 1972 und 1985 stiegen die Pestizidimporte in Asien um 261 %, in Afrika um 95% und in Lateinamerika um 48%.[4] Weltweit werden jährlich 3 Millionen Fälle akuter Pestizidvergiftungen gemeldet, von denen 20.000 tödlich enden.[5] Die Dunkelziffer dürfte angesichts der unzuverlässigen Statistiken noch weit höher liegen.
Diese trostlose Bilanz alleine der FAO in die Schuhe schieben zu wollen, wäre sicherlich falsch, doch mußte die von der FAO propagierte Strategie der Exportorientierung und konsequenten Durchmechanisierung der Landwirtschaften der Dritten Welt nicht zwangsläufig zu einer Steigerung des Pestizidverbrauchs dieser Länder führen? Und hat nicht gerade die FAO offen eine massive Steigerung des Pestizidverbrauchs gefordert?
Hinzu kommen die schon traditionsgemäß ausgezeichneten Beziehungen der FAO zur agrochemischen Industrie. In den 60er Jahren gründete die agrochemische Industrie eine Lobbyvereinigung mit dem Namen "Groupement Internationale des Associations des Pesticides" (GIFAP). Diese Vereinigung wiederum schuf innerhalb der FAO das Verbindungsbüro "Industry Cooperative Programme"(ICP), in dem von Chemiefirmen abgestelltes Personal gemeinsam mit FAO-Technikern zusammenarbeiten konnte. In den frühen 70er Jahren wurden gemeinsame Seminare von FAO und ICP in verschiedenen Teilen der Dritten Welt abgehalten, um neue und bessere Vertriebsmöglichkeiten für Pestizide zu erarbeiten.
Die verstärkte Lobbyarbeit der chemischen Industrie zeigte ihre Früchte nicht nur in der Formulierung von Strategiepapieren, einige Chemie-Multis erhielten innerhalb der FAO gar einen halboffiziellen Status als Projektberater.[6]
Obwohl der halboffizielle Charakter der Beziehungen zwischen Agroindustrie und FAO aufgrund des Druckes von NGOs und FAO-internen Protesten beendet wurde (das ICP mußte die FAO Mitte der 70er Jahre verlassen), existieren im informellen Bereich nach wie vor ausgezeichnete Beziehungen. Noch 1989 wurde ein FAO-Workshop über Pestizidmanagement von einem Mitarbeiter der GIFAP geleitet.[7]
Eine spürbare Reduzierung des Pestizidverbrauchs gehört nach wie vor nicht zu den Prioritäten der FAO. Eher scheint es darum zu gehen, bessere Kontrollmöglichkeiten zu schaffen, um den weitverbreiteten Mißbrauch von Pestiziden einzugrenzen.
In diesem Zusammenhang ist auch der "Internationale Verhaltenskodex über den Handel und Gebrauch von Pestiziden" zu sehen, den die FAO 1985, also immerhin 25 Jahre nach Beginn des FAO-Pestizidprogramms, vorstellte. Dieser Kodex enthält freiwillige Verhaltensstandards, die eine verantwortliche Handelspraxis sowie einen sicheren und effizienten Gebrauch von Pestiziden garantieren sollen.[8]
Sechs Jahre nach Einführung des Verhaltenskodex ist die Bilanz trotz einiger erzielter Fortschritte ernüchternd. Eine Studie des Pesticide Action Network[9] stellte 1989 fest, daß verantwortungslose Praktiken nach wie vor weit verbreitet seien (die Studie listet über 130 Verstöße gegen den Kodex auf) und sich die Hoffnung, man könne über freiwillige Verpflichtungserklärungen einen sicheren Gebrauch von Pestiziden in Ländern der Dritten Welt erreichen, als Illusion erwiesen habe.
Anzeichen für eine Wende der FAO-Strategie hin zu einer Verringerung des Pestizidverbrauchs sind gegenwärtig nicht zu erkennen. Im Gegenteil: in ihrem wichtigen Strategiepapier "World Agriculture: Towards 2000" forderte die FAO noch 1987 eine jährliche Steigerung der Ausgaben für Pestizide bis zum Jahr 2000 um 3%.

Die FAO

Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen wurde als erste UN-Sonderorganisation im Oktober 1945 mit Sitz in Rom gegründet.
Sie ist mit 158 Mitgliedsstaaten und weit über 6000 MitarbeiterInnen bis heute die größte der UN-Unterorganisationen.
Die FAO analysiert land-, forst-, und fischereiwirtschaftliche Probleme insbesondere der Dritten Welt, macht Vorschläge zu deren Überwindung und leistet zu diesem Zweck technische und finanzielle Hilfe. 1987 waren etwa 2000 EntwicklungsexpertInnen der FAO in rund 2700 Hilfsprojekten eingesetzt.
Der reguläre Etat der FAO beträgt für 1991-1992 560 Milionen US-Dollar. Dieser Etat wird fast ausschließlich durch die Pflichtbeiträge der Mitgliedstaaten aufgebracht. Diese berechnen sich nach dem jeweiligen Nationaleinkommen der Mitgliedstaaten.
Der größte Teil der Projektkosten, die 1987 etwa 333 Millionen Dollar betrugen, wurde zu etwa gleichen Teilen aus freiwilligen Beiträgen der Industriestaaten sowie aus Mitteln des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) aufgebracht. Heftiges Zähneklappern herrscht bei der ohnehin unter chronischer Finanznot leidenden FAO, seit die UNDP 1990 entschieden hat, ihre Projekte künftig direkt mit den nationalen Regierungen abzusprechen und nicht mehr über die FAO abzuwickeln, wodurch die FAO eine ihrer wichtigsten Finanzquellen verlieren würde.
Die alle zwei Jahre tagende Mitgliederkonferenz wählt einen 49köpfigen Rat sowie den Generaldirektor. Daneben existieren verschiedene Sonderausschüsse für die Programmierung und Koordinierung der FAO-Aktivitäten.
Insbesondere der seit 1976 amtierende Generaldirektor der FAO, Edouard Saouma, wurde immer wieder aufgrund seines selbstherrlichen und autoritären Führungsstils kritisiert.



Mythos "Nachhaltige Entwicklung".

Mit dem inflationären Gebrauch des Modebegriffs "nachhaltige Entwicklung" (sustainable development) versucht auch die FAO, sich das grüne Mäntelchen um-

zuhängen, um ihren Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen.
Abgesehen davon, daß der Gummibegriff "nachhaltige Entwicklung" in alle nur denkbaren Richtungen auslegbar ist, hält die Politik der FAO im Sinne einer "ökologischen Verträglichkeit" einer genaueren Überprüfung nicht stand.
Besonders deutlich wird dies an dem von FAO und World Resources Institute 1985 initiierten und auch von der Bundesregierung lebhaft unterstützten Tropen-Forstwirtschafts-Aktionsplan (TFAP).
Sechs Jahre nach Implementierung des TFAP und nach ersten praktischen Erfahrungen ist die Kritik am TFAP nicht nur von Seiten der weltweiten Regenwaldbewegung vernichtend. Die vom Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission zum Schutz der Erdatmosphäre faßt in ihrem Zwischenbericht zusammen:
"Kritisiert wird, daß der TFAP
-zu stark auf forstwirtschaftliche Aspekte insbesondere der industriellen Nutzung der Wälder ausgerichtet sei;
-durch den mit seiner Verwirklichung verbundenen Einsatz erheblicher finanzieller Mittel vermehrt Schaden anrichten werde;
-zu wenig die im und vom Wald lebenden Menschen berücksichtige;
-die lokale Bevölkerung und NGOs zu wenig einbeziehe;
-als Instrument für eine "innere Kolonisierung" benutzt werde und damit zur Verfestigung von Herrschaftsstrukturen beitragen könne."[10]
Der TFAP wird, bei Beibehaltung des gegenwärtigen konzeptionellen Rahmens, der auf eine weitere forstwirtschaftliche Exploitation fixiert ist und die Unterschutzstellung wertvoller Ökosysteme genauso wie die Land- und Nutzungsrechte der Waldvölker sträflich vernachlässigt, selbst zu einer Gefahr für die tropischen Wälder. Von "Nachhaltigkeit" jedenfalls keine Spur!
In einem dem "Ecologist" zugespielten Entwurf für eine Tropenwaldkonvention, die auf der UN-Umweltkonferenz 1992 in Brasilien unterzeichnet werden soll, zeigt die FAO, wie wenig sie auch in diesem Bereich bereit ist, Kritik zur Kenntnis zu nehmen.
Auch dieser Entwurf hängt nach wie vor, trotz mittlerweile überwältigender Gegenbeweise, dem Irrglauben nach, eine ökologisch verträgliche kommerzielle Holznutzung in den tropischen Wäldern sei möglich. Kein Wort verliert der Entwurf bezeichnenderweise zu der Frage, wie Land- und Nutzungsrechte der Gemeinschaften, die schon seit Jahren gegen die Zerstörung ihres Lebensraumes durch illegale Siedler oder Holzfirmen kämpfen ,gesichert werden könnten.
Der "Ecologist" kommt zu dem Schluß, daß eine Umsetzung dieses Entwurfs das Startsignal für eine weitere katastrophale und ökologisch unverträgliche kommerzielle Holznutzung in den tropischen Regenwäldern wäre.[11]



World Agriculture: Towards 2000



Unter diesem Titel veröffentlichte die FAO 1987 ihr wohl wichtigstes Strategiepapier. Es enthält die zentralen Vorstellungen der FAO hinsichtlich der Frage, wie die Ernährungsituation der Menschheit bis zum Jahre 2000 zu verbessern wäre.
Leider setzt die FAO auch in diesem Papier auf Altbewährtes. Künftiger Fortschritt wird von einer Fortsetzung der Politik der Vergangenheit erwartet. Die einzelnen Bereiche sollen lediglich besser aufeinander angestimmt werden. Ansonsten heißt der Tenor nach wie vor: Modernisierung, Intensivierung, Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion.
Zielsetzung der FAO ist, bis zum Jahre 2000 weitere 83 Millionen Hektar Land für die landwirtschaftliche Produktion nutzbar zu machen. Die Realität steht dieser Hoffnung entgegen:
- 1/3 der weltweiten Agrarflächen leidet schon heute unter massiver Erosion.
- Vorsichtige Schätzungen befürchten, daß 1/5 der weltweiten Bewässerungsflächen von Versandung und/oder Versalzung bedroht sind.
- Zudem besteht die Tendenz, daß in zunehmendem Maße Agrarflächen an Häuser-, Straßen- oder Fabrikbau verloren gehen.[12]
Woher sollen also die von der FAO erwarteten 83 Millionen Hektar kommen?
Towards 2000 gibt darauf eine entwaffnende Antwort: "Der größte Teil dieses Landes wird aus den tropischen Regenwäldern übertragen werden müssen."[13]
Die Folgen einer solchen Strategie für die Regenwälder liegen auf der Hand. Vielleicht liegt hierin auch der eigentliche Sinn des TFAP.
Ein weiterer Teil der zusätzlichen Anbauflächen soll nach den Vorstellungen der FAO durch eine Ausweitung der weltweiten Bewässerungsfläche erreicht werden. So weit, so gut. Leider versäumt es die FAO hier, zu erklären, woher denn das zusätzlich benötigte Wasser kommen soll. Gerade in der in weiten Teilen der Dritten Welt dramatischen Wasserknappheit sehen viele Experten das zentrale Hindernis für eine Ausweitung der landwirtschaftlich sinnvoll nutzbaren Fläche.
In ihrem unbeirrbaren Machbarkeitsglauben hofft die FAO, zusätzliche Wasserverschwendung mit Hilfe verbesserter Technik-und Management-Methoden verhindern zu können.
Für ihre vorgeschlagene Strategie prognostiziert die FAO selbst einen Investitionsbedarf bis zum Jahre 2000 von 1.5 Billionen US-Dollar. Wieder die Frage: Woher soll das Geld kommen?
Da der landwirtschaftliche Sektor allein das Geld selbst bei einer weiteren Ausweitung der Exportproduktion nicht aufbringen könnte, bleibt nur eine über Kredite multinationaler Entwicklungsbanken, bilateraler Geber und privater Banken finanzierte Entwicklung. D.h. der "Entwicklungsweg" der vergangen Jahrzehnte wird fortgeschrieben, mit den schon bekannten Folgen: verstärkte Abhängigkeit, verschärfte Verschuldungskrise, forcierte Verarmungsprozesse und damit weiter erschwerter Zugang zu Nahrungsmitteln für immer größere Teile der Bevölkerung.

In einem erschreckenden Maße blind erweist sich die FAO auch gegenüber den ökologischen Folgen ihrer vorgeschlagenen Strategie. Einige Fakten:
-Nach FAO-eigenen Angaben wird im Agrarbereich der Energieeinsatz bis zum Jahre 2000 um 30% steigen. Da diese Energie im wesentlichen von fossilen Brennstoffen erzeugt wird, ist mit einem weiteren Anstieg der CO_2-Emmissionen zu rechnen.
- Ähnliche Auswirkungen wird die vorgeschlagene Umwandlung von tropischen Regenwäldern in Agrarland haben, da diese Umwandlung in der Regel durch Brandrodung vonstatten geht.
- Die von der FAO verlangte Aufstockung des Viehbestandes sowie die schon erwähnte Ausweitung der Bewässerungsflächen werden zwangsläufig zu einem erhöhten Methan-Ausstoß in die Atmosphäre führen.
Der FAO-Plan zur Ausweitung der weltweiten Agrarfläche wird die ökologische Krise noch verstärken. Als eine Strategie zur Erweiterung der Nahrungsmittelproduktion und zur Sicherung der Ernährung

der Weltbevölkerung ist er honnungslos verfehlt.
Hierzu wäre in der Tat eine Strategie erforderlich, die in nahezu allen Punkten das Gegenteil der gegenwärtigen Politik der FAO darstellen würde:
"- anstatt die Ausbreitung von Monokulturen zu fördern, müßten Agrarsysteme bevorzugt werden, die eine Vielfalt von Produkten anbauen und so die genetische Vielfalt erhalten, den Schädlingsbefall auch ohne übermäßigen Gebrauch von Pestiziden minimieren und die Bauern vor den Unwegbarkeiten des Klimas besser schützen würden;
- anstatt der Förderung von Ressourcen-, Kapital- und Bürokratieintensiven Agrarsystemen wären Strukturen wünschenswert, die die Kontrolle und Entscheidung in die Hand der lokalen Bevölkerung, nicht in die von Mittelsmännern oder entfernten Regierungsbeamten, legen würde.
- anstatt den Anbau von Exportprodukten in den Vordergrund zu stellen, sollte der Nahrungsmittelanbau für die lokale Bevölkerung gefördert werden. Ihnen sollte dabei die Freiheit gelassen werden, anzubauen was sie wünschen und nicht, was der internationale Agrarmarkt diktiert.
- anstatt eine Handelsstruktur zu zementieren, die den Vorteil der Industrieländer und der Eliten der Dritten Welt im Auge hat, müßten neue Strukturen geschaffen werden, die die lokale Selbständigkeit fördern.
- anstatt die Konzentration von Land in den Händen derer, die kein Interesse an der Ernährung der einheimischen Bevölkerung haben, zu begünstigen, sollte die Kontrolle über die natürlichen Ressourcen denjenigen übertragen werden, die von ihnen abhängig sind."[14]

Michael Knüfer



Anmerkungen:

(1)V.Shiva: The Violence of the Green Revolution: Ecological Degradation and Political Conflict in Punjab, Dehra Dun, 1989.
(2)z.B.United Nations Research Institute for Social Development: Seeds of Plenty, Seeds of Want, 1980
(3)Aus dem Artikel eines ehemaligen FAO-Offiziellen, der unter Pseudonym mit der FAO abrechnet:. Khalil Sesmou: The Food and Agricultural Organisation of the United Nations: An Insider's View, Ecologist 2/1991 S.47ff.
(4)S.Postel: Defusing the Toxics Threat: Controlling Pesticides und Industrial Waste, Worldwatch Paper 79, Washington, 1987
(5)Public Health Impact of Pesticides Use in Agriculture, WHO 1989.
(6)Barbara Dinham: FAO and Pesticides: Promotion or Proscription, Ecologist 2/1991 S.61ff.
(7)Ebd.
(8)...Verkaufsstop, wenn ein sicherer Gebrauch nicht möglich ist; Test von allen Pestiziden auf ihre Sicherheit und Verträglichkeit; Förderung weniger giftiger Verbindungen; Gebrauch von sicheren und nicht wiederverwendbaren Behältern; Verpflichtung, die Benutzer von Pestiziden angemessen auszubilden und zu informieren; Gebrauchsanweisung in Landessprache mit Warnungen vor Wiederverwendung etc...Ebd.
(9)PAN: The FAO Code: Missing Ingredients, Prior Informed Consent in the International Code of Conduct on the Distribution and Use of Pesticides, London, 1989.
(10)Enquete-Kommission "Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre": Schutz der tropischen Wälder- eine internationale Schwerpunktaufgabe, Bonn, 1990, S.601
(11)George Marshall: FAO and Tropical Forestry, Ecologist 2/1991 S.66ff.
(12)Edward Goldsmith and Nicolas Hildyard: World Agriculture: Toward 2000-FAO's Plan to Feed the World, Ecologist 2/1991 S.81ff.
(13)N.Alexandratos(ed.): World Agriculture: Toward 2000-an FAO Study, London, 1988, S.257
(14)Nicholas Hildyard: An Open Letter to Edouard Saouma, Director-General of the Food and Agriculture Organization of the United Nations, Ecologist 2/1991 S.45

Der offene Brief kann in der englischen Fassung gegen eine Schutzgebühr von DM 2 in Briefmarken bestellt werden bei:
Aktion Dritte Welt, Postfach 5328, 7800 Freiburg.

Kontakt: The Ecologist, Corner House, Station Road, Sturminster Newton, Dorset, DT10 1BB, England.

Verhütung macht Frauen krank

In der letzten Zeit werden wir mit zwei bedrohlichen, nur scheinbar widersprüchlichen Szenarien konfrontiert. Einerseits wird vor der 'Bevölkerungsexplosion in der Dritten Welt' gewarnt, andererseits hören wir von sinkenden Geburten- und steigenden Unfruchtbarkeitsraten in den Ländern der 'Ersten Welt'. Der medizinischen Forschung und Therapie kommt bei der Lösung dieser Aufgaben eine Schlüsselfunktion zu. So avanciert die Medizin, insbesondere aber die Gynäkologie, zur Retterin der Menschheit in dem Sinne, daß sie sowohl einen wesentlichen Beitrag zur Reduzierung als auch zur Steigerung der Fruchtbarkeit leistet. Die Marschrichtung ist bereits vorgegeben, medizinisch-technische Wege werden zielstrebig verfolgt. "Die Steuerung und angemessene Kontrolle der menschlichen Fortpflanzung wird von verantwortungsbewußten Ärzten und Politikern als eine der größten Aufgaben der Menschheit an der Schwelle zum 21. Jahrhundert angesehen."[1]



Die anti-natalistische[2] Seite der Fortpflanzungstechnologien wird gerechtfertigt durch Horrorszenarien wie der 'Überbevölkerung', der 'Bevölkerungsexplosion' bzw. dem 'Sprengstoff Mensch'. Diese 'Ölsardinen-Büchsen-Bilder'[3] suggerieren, daß die Erde platzt, wenn nicht strategisch geplant, an der richtigen Stelle, nämlich in der 'Dritten Welt', das Bevölkerungswachstum reduziert wird.

Verhütung wird zur Entwicklungsstrategie und zum Umweltschutz deklariert, denn nicht mehr ökonomische Verhältnisse und ökologische Probleme, sondern die fruchtbaren Bäuche von Frauen sind die eigentlichen Verursacher von Armut, Hunger, von Umweltverschmutzung, ökologischen Krisen und Naturkatastrophen. Familienplanung muß ausgeweitet werden, um das Bevölkerungswachstum "... auf ein verträgliches Maß zu reduzieren. Dies wäre ein Beitrag dazu, unsere natürliche Umwelt zu schonen und für die nachfolgenden Generationen zu erhalten."[4]

Zwangssterilisationen: Kein Tabu für Familienplaner

Verhütungsmittel werden schon lange für bevölkerungspolitische Maßnahmen eingesetzt. Sterilisation beispielsweise ist derzeit die am weitesten verbreitete Verhütungsmethode: 1989 standen 103 Millionen Frauen 39 Millionen sterilisierten Männern gegenüber. Sterilisation ist in

Indien eines der am meisten gebräuchlichen Mittel der Familienplanung. So sind in den siebziger Jahren ca. acht Millionen Männer zwangssterilisiert worden. Inzwischen werden in erster Linie Frauen zu Opfern dieser Familienplanungsstrategie. Zwischen 1980 und 1985 wurden 17 Millionen Frauen sterilisiert. Der Fünf-Jahres-Plan 1985/90 sieht 31 Millionen Sterilisationen von Frauen vor. Dabei hat sich das Geschlechterverhältnis seit den siebziger Jahren umgekehrt: 1975/76 waren 75% der Sterilisierten Männer, 1983/84 waren 85% Frauen, so daß von einer Feminisierung dieser Verhütungsmethode gesprochen werden kann. Dieser Trend zur Sterilisation von Frauen läßt sich auch in anderen Ländern, z.B. Bangladesh, feststellen, auch dort nimmt die Anzahl sterilisierter Frauen zu.
(Zwangs-)Sterilisation ist eine Körperverletzung. Schon die medizinische Seite der Sterilisation ist in der 'Dritten Welt' äußerst problematisch: schlechte hygienische Bedingungen, kaum Vor- und Nachuntersuchungen, kaum Betreuung bei auftretenden Komplikationen. Vielen Frauen ist außerdem die Endgültigkeit des Eingriffes nicht bekannt, sie werden mit kleineren Geldbeträgen, Kleidung oder Nahrung geködert. Diese 'Anreize' und 'Belohnungen' sind weitverbreitete Mittel bei der Durchsetzung von Familienplanungsprogrammen. Aber auch die Erzeugung von Gruppendruck (beispielsweise werden Dorfbrunnen, die den Gemeinden versprochen wurden, nicht geliefert, wenn nur eine Frau nicht an den Familienplanungsmaßnahmen teilnimmt) und direkter Zwang beispielsweise durch lokale Geburtenkontrolleure, die die von der Regierung festgelegten Quoten erreichen müssen, sind kein Tabu für die Familienplaner, wie das Beispiel Indonesien zeigt. Oft drohen dort ledigen Frauen Geldstrafen, wenn sie schwanger werden, oder medizinische Behandlung wird nur Frauen gewährt, die sich an Familienplanungsprogrammen beteiligen.[5]
In Bangladesh dienen Nahrungsmittel-Programme für die Bedürftigen als Anreiz zur Sterilisation. Die Familienplanungsbehörde verteilt den sterilisierten Frauen Bescheinigungen, die beim Nahrungsmittelbezug vorgelegt werden müssen. In Indien werden in einigen Bundesstaaten Schwangerschaftsabbrüche nach dem dritten Kind nur in Verbindung mit Sterilisation durchgeführt und in Brasilien verlangen, nach einer Verlängerung des gesetzlichen Mutterschutzurlaubs, immer mehr Unternehmen bei Einstellungsgesprächen neben den bereits üblichen Schwangerschaftstests auch einen ärztlichen Sterilisationsnachweis.

Hohes Gesundheitsrisiko bei Injektionen und Implantaten

Hormonelle Verhütungsmittel gewinnen bei der Familienplanung zunehmend an Attraktivität.[6] Die empfängnisverhütenden Hormone können in unterschiedlicher Form verabreicht werden: nämlich als Pille, Injektion oder Implantat. Während die Pille nur bei täglicher Einnahme wirkt (1989 schluckten sie weltweit 55 Millionen Frauen, davon weniger als die Hälfte in den Industrieländern) sind Injektionen und Implantate längerwirkende Methoden. Mit der Einnahme der Pille besteht für die Frau die Möglichkeit sich zu entscheiden, ob und wann sie verhüten will, und sie kann z.B. bei gesundheitlichen Beschwerden damit aufhören. Eine Injektion oder ein Implantat ist kaum rückgängig zu machen.
Injektionen, wie Net-En, ein Produkt der Firma Schering (Berlin) und Depo-Provera, hergestellt von UpJohn (USA), wirken für ein bis drei Monate. Die Nebenwirkungen von Net-En und Depo-Provera sind vielfältig. 40-70% der Frauen leiden unter Zyklusbeschwerden, schweren Blutungen oder auch unter dem vollständigen Ausbleiben der Regel. Der oft schlechte Gesundheitszustand der Frauen wird durch eine mögliche Schwächung des Immunsystems noch verschlimmert. Des weiteren soll es zu sexueller Unlust führen, dies wird von den überwiegendmännlichen 'Experten' als 'subjektiver Faktor' abgetan. Werden die Hormone zu Beginn einer Schwangerschaft gespritzt, kann es zu Fehlbildungen beim Embryo kommen.
Depo-Provera, von der US-amerikanischen Gesundheitsbehörde wegen zu großer Risiken nicht zugelassen, darf nach US-amerikanischem Recht auch nicht exportiert werden. UpJohn umgeht dies jedoch, indem die Produktion ins Ausland verlegt wird, bzw. Tochtergesellschaften das Mittel produzieren.
Das Implantat Norplant besteht aus bis zu sechs Kapseln, die 3,4 Zentimeter lang sind, unter die Haut genäht werden und mit dem Hormon Levonogestrel gefüllt sind. Es ist das gleiche Gestagenhormon, das auch in der Mini-Pille 'Fermovan' enthalten ist. Die Nebenwirkungen sind ähnlich wie bei den Injektionen.
Bis 1989 fanden in 44 Ländern, darunter auch in der Bundesrepublik, Versuche mit dem Präparat statt. 1988 war es bereits 200.000 Frauen in dreißig Ländern implantiert worden, über 75% dieser Frauen waren Indonesierinnen. 1990 sollen es bereits 750.000 Frauen unter der Haut getragen haben.[7]

Injektionen und Implantate werden bevorzugt in der 'Dritten Welt' verabreicht, da mehr Frauen billiger 'behandelt' werden können und - im Gegensatz zur Pille oder zum Kondom - die langanhaltende Wirkung gesichert ist, da die Frauen die Wirkung nicht selbst aufheben können.[8]



Nach Pest und Cholera: Schwangerschaft als Epidemie

"Häufig auftretende Schwangerschaften werden zu Epidemien. Um eine Epidemie zu vermeiden, stellt der Anti-Schwangerschaftsimpfstoff eine sehr attraktive Waffe dar, die in das gegenwärtige Waffenarsenal integriert werden muß."[9]

Genau diese 'Waffe' ist Gegenstand der neuesten Untersuchungen von Verhütungsmittelforschern. Es handelt sich beim Anti-Schwangerschaftsimpfstoff um ein Serum, das eine Immunreaktion hervorruft. Grundsätzlich gibt es zwei Methoden. Zum einen wird erprobt, Frauen durch die intramuskuläre Injektion von Spermienbestandteilen für eine begrenzte Zeit unfruchtbar zu machen. Diese Wirkung wird erzielt, wenn sich bei Kontakten mit den Abwehrzellen im Blut Antikörper bilden. Eine ähnliche Immunreaktion könnte auch bei Männern erforscht werden, dies wird aber von Wissenschaftlern wegen der möglichen Schädigung des Immunsystems nicht befürwortet. Zum anderen wird ein Serum gespritzt, das bei Frauen eine Immunreaktion gegen das Schwangerschaftshormon Human-Choriongonatropin (HCG) hervorruft. Einmal verabreicht, soll es ein bis zwei Jahre wirken. Das HCG wird im Impfserum gentechnisch mit anderen Impfstoffen, wie zum Beispiel dem Tetanus- oder Diphterieerreger gekoppelt. Dadurch richtet sich die körpereigene Abwehr nicht nur gegen den Fremdstoff, sondern auch gegen das Schwangerschaftshormon. Diese als 'doppelter Nutzen' gepriesene Kombination mit anderen Impfstoffen macht für Frauen völlig undurchschaubar, was sie wann gespritzt bekommen - Verhütung ohne das Wissen der Frauen.
Bei klinischen Tests hatte bei einem Viertel der Frauen die Impfung zu einem Zusammenbruch des Immunsystems geführt. Noch völlig ungeklärt ist, ob die Wirkung auf ein bis zwei Jahre begrenzt



Verhütung ohne das Wissen der Frauen: Völlig undurchschaubar, was wann gespritzt wird

bleibt oder ob nicht jede befruchtete Eizelle auch nach Jahren noch abgestoßen wird, d.h. daß die Methode nichttemporär, sondern endgültig ist.

Wissenschaftler halten dagegen die Impfung für die natürlichste Art der Empfängnisverhütung, weil Impfstoffe nicht in den Hormonhaushalt eingreifen. Ebenfalls vorteilhaft aus der Sicht der Bevölkerungspolitiker ist, daß die Folgekosten niedrig sind, nur wenig qualifiziertes Personal benötigt wird, daß das Serum als Kombinationsimpfung gespritzt werden kann, daß wenig Fehler seitens der Patientinnen gemacht werden können und natürlich die Langzeitwirkung einer solchen Impfung.

Dies ist der momentan letzte Höhepunkt einer langen Entwicklung, der verdeutlicht, daß die gesamte Forschung und Anwendung von Verhütungsmitteln ausschließlich der Kontrolle der weiblichen Gebärfähigkeit dient, ohne daß nach den Bedürfnissen und Erfahrungen von Frauen gefragt wird. Im Gegenteil: Frauen verlieren den letzten Rest von Einflußnahme und individuellem Freiraum, der oft nur die Entscheidung für das kleinere Übel war und für Frauen in der 'Dritten Welt' noch weniger existierte als für weiße Frauen.

Reproduktionstechniken in der 'Ersten Welt'

Den geburtenverhindernden Methoden in der 'Dritten Welt' stehen in der 'Ersten Welt' die - mit immensen Mitteln vorangetriebenen - fruchtbarkeitssteigernden Methoden gegenüber.[10]
Ans Licht der Öffentlichkeit sind diese Methoden durch die Geburt des ersten Retortenbabies 1978 in England gekommen. Die Forschung auf diesem Gebiet hatte damals bereits eine jahrzehntelange Tradition.

Inzwischen ist die In-Vitro-Fertilisation, also die künstliche Befruchtung im Reagenzglas, gang und gäbe. Spermien, Eizellen und Embryonen werden eingefroren und wieder aufgetaut, ausgespült und eingepflanzt, auf genetische Defekte hin untersucht und selektiert.
All diese medizinisch-technischen 'Fortschritte' sind Ergebnisse von Experimenten an Frauen sind für diese verbunden mit erheblichen kurz- und längerfristigen Risiken.

So kommt es zum Beispiel bei der In-Vitro-Fertilisation in Folge der Hormonbehandlung zu Sehstörungen, Unterleibsbeschwerden, Depressionen, Schlaflosigkeit und Kopfschmerzen. Langzeitschäden sind heute schon absehbar. Momentane Forschungsschwerpunkte sind Bestrebungen, den gesamten Eierstock bzw. Teile davon zu entfernen, um die darin enthaltenen Hunderte von unreifen Eizellen 'ernten' zu können. Die unreifen Eizellen lassen die Forscher dann bei Bedarf in vitro heranreifen.
Des weiteren wird in den Labors emsig der Frage nach der Implantierung des Embryos nachgegangen. Dabei soll erforscht werden, wie die Kommunikation zwischen dem Embryo und seiner Mutter, der sogenannte embryonal-maternale Dialog, abläuft.

Fruchtbarkeit und Unfruchtbarkeit sind beides männlich konstruierte Krankheiten in dem vorherrschenden naturwissenschaftlichen und medizinischen Verständnis. Die Definitionsgewalt haben Wissenschaftler, Forscher, Politiker, Männer allgemein. Letztendlich geht es darum, Frauen nicht nur zu kontrollieren, sondern ihnen die Gebärfähigkeit gänzlich zu entreißen. Der Nachwuchs wird damit vollständig künstlich, angeblich rational, technisch herstellbar, Frauen werden zu planbaren Produktionsmaschinen reduziert. Durch den Anti-Schwangerschafts-Impfstoff wird es möglich, bei Frauen allergische Reaktionen gegen Schwangerschaften hervorzurufen. In letzter Konsequenz könnten damit ganze Gebiete, Generationen unfruchtbar gemacht werden. Und würde wieder Nachwuchs gewünscht, dann böte die Wissenschaft wiederum eine medizinisch-technische Lösung: die künstliche Gebärmutter.[11] Die neuen Fortpflanzungstechnologien als kinderherstellende, kinderverhindernde und qualitätskontrollierende medizinisch-technische Methoden beinhalten die Loslösung der Gebärfähigkeit von der weiblichen Körperlichkeit. Die Gebärfähigkeit der Frau steht nicht nur ideell, sondern auch materiell zur Disposition.

Ute Winkler

Anmerkungen:

1) Beier, H.M.: Die internationale Entwicklung der Reproduktionsmedizin und der Forschung an menschlichen Embryonen in: Fertilität 6, München 1990, S.74-84, hier S.75
2) geburtenbeschränkend
3) vgl. das Titelbild von GEO Nr.1, 17.12.1990
4) Dr. Nafis Sadik: Weltbevölkerungsbericht 1991. Freie Entscheidung oder Schicksal?, herausgegeben vom UNFPA (Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen). Bonn 1991, hier Deckblatt.
5) TAPOL - Indonesische Kampagne für Menschenrechte: Bevölkerungspolitik in Indonesien. In: E.coli-bri Nr.7, Hamburg 1991, S.37-41, hier S.37
6) vgl. Sumati Nair: Imperialism and the control of women's fertility. New hormonal contraceptives. London/Amsterdam 1989
7) vgl. Ingrid Schneider: Die ökologische Herausforderung Frau. In: Konkret 3/1991, S.56-62, hier S.58
8) vgl. TAPOL a.a.O., S.38
9) David Griffin, zitiert in: Malthus und die 'moderne Familienplanung'. In: E.coli-bri Nr.6, Hamburg 1990, S.2-4, hier Seite 4
10) Dieser Beitrag reißt den Aspekt der Reproduktionstechnologien in der 'Ersten Welt' nur an und vernachlässigt die Tatsache, daß diese Techniken auch in der 'Dritten Welt' bzw. daß die geburtenreduzierenden Praktiken auch in der 'Ersten Welt' angewandt werden. Ausführlichere Informationen zur Entwicklung der Gen- und Reproduktionstechnologien in den Industrienationen bieten die Bücher von Paula Bradish u.a., Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien, München 1989 (Dokumentation zum gleichnamigen Kongreß) und von Renate Klein (Hrsg.), Das Geschäft mit der Hoffnung. Erfahrungen mit der Fortpflanzungsmedizin. Frauen berichten. Berlin 1989.
11) 1987 wurde an der Universitätsklinik Bologna (Italien) mit der Extogenese, d.h. der künstlichen Herstellung von Kindern außerhalb des Frauenkörpers experimentiert. Dabei wurden in einen einer Frau operativ entfernten Uterus Embryonen eingesetzt, die sich danach weiter teilten.

Don't Kill Penang Hill

Ein gigantisches Tourismusprojekt ist auf der Insel Penang in Malaysia geplant. Es soll dem Land Devisen einbringen - die ökologischen Auswirkungen wären jedoch katastrophal. Ein wichtiges Naherholungsgebiet droht dem Tourismus geopfert zu werden.

Penang Hill - ein Symbol und Zentrum von Penangs berühmter natürlicher Schönheit - ist bedroht von einem riesigen Entwicklungsprojekt, das seine ruhige Atmosphäre zerschlagen und ernsthafte ökologische Probleme auf der Insel verursachen würde.

Was ist das für ein Entwicklungsprojekt, gegen das sich die entwicklungspolitische Konsumentenorganisation Consumers Association of Penang (CAP) in Malaysia wehrt?

Das Mammutvorhaben auf dem Hügelgebiet der westmalaysischen Insel Penang nenn sich "Penang Hill Resort Project". Bauen will die Firma "Bukit Pinang Leisure Sdn Bhd" unter anderem zwei neue Luxushotels mit je 200 Räumen, einen Komplex mt 350 Eigentumswohnungen und eine Siedlung für japanische Pensionierte, auf dem Gipfel eine "Akropolis" mit Planetarium und Theater in einem großen Kuppeldom sowie ein Einkaufszentrum, Sportanlagen, Kinos und Nachtklubs. Hinzu kommen soll eine große Volière. Mit dem Bau würde eine riesige Fläche von 3,6 km² verschandelt, deren größter Teil heute im Staatsbesitz ist.

Ein "Abenteuerpark" würde einen Golfplatz und einen 25 Hektar großen "Dschungelpfad" enthalten, auf dem ein Mondspaziergang, ein Weltraumflug, ein Labyrinth und ein Schiffswrack zu "erleben" wären. Parallel dazu will die Bauherrschaft auch Projekte am Fuß des Berges realisieren, zum Beispiel eine "Wasserwelt" mit 350 Autoparkplätzen. Auch der Botanische Garten wird als "unterentwickelt" eingestuft; die diesbezüglichen Ausbaupläne beinhalten die Errichtung von tausend Parkplätzen.

Erosion, Überschwemmungen, Wasserknappheit

Für die Kritiker ist die geplante Bebauung völlig überdimensioniert, insbesondere wegen ihrer ökologischen Folgen. Heute schützen Bäume, Vegetation und Felsen den Boden vor Erosion. Wenn jedoch großflächig gerodet wird und Tausende von Bäumen gefällt werden, wird der exponierte Boden durch den Regen ausgewaschen, Flüsse verschlammen, was Überflutungen und weitere Erosion verursacht. Die Abholzung bewirkt außerdem, daß das Regenwasser, statt zu versickern, oberflächlich abläuft. Damit werden die bereits stark belasteten Flüsse und Entwässerungsanlagen noch mehr beansprucht. Das Dammsystem wird überstrapaziert, Überflutungen im Tiefland - weit weg vom eigentlichen Projekt auf dem Hügel - werden in der Regenzeit zur Regel. Während der Trockenzeit muß hingegen mit Wasserknappheit gerechnet werden, denn die Wasserspeicherung im Boden wird abnehmen, Reservoirs werden auch wegen der Verschlammung weniger Wasser enthalten. Durch das Projekt würde außerdem das wertvollste Naherholungsgebiet der Insel privatisiert und damit der Öffentlichkeit entzogen werden. Auch würde der natürliche Charme und die Ruhe, für die das Gebiet bekannt ist, zerstört und der natürliche Artenreichtum ginge zurück.

Im September 1990 unterzeichneten der Chefminister von Penang und das Baukonsortium ein "memorandum of understanding". Kritiker beanstanden, daß damit die Behörden das Projekt viel zu rasch und ohne öffentliche Diskussion akzeptiert haben. Dabei wird noch im offiziellen Strukturplan von 1989 Penang Hill als Gebiet mit speziellem Charakter bezeichnet: "Seine natürliche Vegetation, seine Topographie und sein Charakter als Erholungsgebiet müssen erhalten bleiben, und jegliche Entwicklung sollte diesen speziellen Charakteristika angepaßt sein und sie nicht zerstören".

Das Umweltdepartment hat Ende Oktober 1990 die von der Firma vorgelegte Umweltverträglichkeitsprüfung zurückgewiesen. Es bemängelt, daß darin zum Beispiel die Auswirkungen der übermäßigen Bebauung auf den Wasserhaushalt viel zu oberflächlich und optimistisch behandelt werden. Gemäß Umweltschutzgesetz darf das Projekt also vorderhand nicht realisiert werden.

Sanfte Verbesserung der Infra struktur gefordert

Verschiedene Organisationen und Einzelpersonen haben sich als "Freunde des Penang Hills" organisiert. Sie verlangen von der Regierung, daß das Projekt in der vorliegenden Form nicht weiterverfolgt wird, und daß der Baufirma kein Land verkauft wird.

Als Alternative zu dem geplanten Bauvorhaben wird vorgeschlagen, unter Einbezug breiter Kreise einen generellen Nutzungsplan auszuarbeiten, der eine umweltfreundliche, sanfte Verbesserung der Infrastruktur des Berges zum Ziel hat. Während der Planungszeit soll ein Moratorium für jegliche Bauten gelten. Angestrebt wird eine Modernisierung der bestehenden Drahtseilbahn; die bessere Ausnutzung der bestehenden Bungalows der Regierung, um günstige Unterkünfte für die Öffentlichkeit zu schaffen; bessere Abfallsysteme und Toilettenanlagen; die klarere Einteilung der bestehenden natürlichen Pfade und die Erstellung von Informationsmaterial über den Reichtum des Gebietes an Pflanzen und Tieren, damit die Bevölkerung diese besser kennenund schätzenlernt. Überdies wird verlangt, daß ein Penang Hill-Gremium geschaffen wird, in dem Behörden und interessierte Organisationen vertreten sind. Das Gremium soll diese Planungen und Verbesserungen am Penang Hill koordinieren.

Europas Fehler nicht wiederho len

CAP-Präsident Mohammed Idris sagte Ende November 1990 auf einer Kundgebung: "Es gibt weltweit genug Beispiele dafür, wie solche auf den Tourismus ausgerichteten Projekte gerade den Tourismus selbst zerstört haben. So haben am Mittelmeer die Abwässer der Hotels und der Tourismusindustrie zu einer massiven Verschmutzung der Strände geführt. (...) Es wird geschätzt, daß in den Schweizer Alpen 49 Prozent der Wälder geschädigt, krank oder am Sterben sind, teilweise wegen der von den Menschen verursachten Luftverschmutzung, wie den Abgasen der Millionen Fahrzeuge, die jährlich die Alpen durchqueren (...)

Penang Hill sollte nicht dasselbe Schicksal erleben wie die europäischen Erholungsgebiete.

Markus Heiniger

Die "Friends of Penang" haben eine Petition mit den oben erwähnten Forderungen an den Chefminister von Penang gerichtet. Auch Ausländer können sich daran beteiligen. Wer unterschreiben möchte, kann einen Petitionsbogen bei Helvetas anfordern (Postfach, CH-8042 Zürich).

Markus Heiniger ist Redakteur der Zeitschrift "Partnerschaft", welche von der schweizerischen Entwicklungshilfeorganisation Helvetas herausgegeben wird. Helvetas arbeitet unter anderem mit der im Artikel erwähnten "consumers association of Penang" zusammen. Probenummern der "Partnerschaft" sind erhältlich bei: Helvetas, Postfach, CH-8042 Zürich, Schweiz.



Editorial



Seit dem Zusammenbruch des realen Sozialismus werden hierzulande die Chancen und Möglichkeiten der osteuropäischen Volkswirtschaften diskutiert. Die Risiken und Auswirkungen der gesellschaftlichen Umbrüche werden dabei vernachlässigt. Auch wenn sich in den nächsten Jahren in einigen Ländern Osteuropas Regionen mit relativem Wohlstand entwickeln werden: Es ist davon auszugehen, daß die Perspektiven für die Mehrzahl der Menschen dort nicht den Hoffnungen und Idealen vom Herbst 1989 entsprechen werden. Der erhoffte Wohlstand stellt sich nicht automatisch zur neugewonnenen politischen Freiheit ein. Arbeitslosigkeit, Armut und Verelendung gehören heute schon zum Alltag in Osteuropa.

Der wirtschaftliche Umbau in den unterschiedlichen Regionen Osteuropas ist vielschichtig und differenziert. Die CSFR hat mit den vorhandenen industriellen Kapazitäten immer noch bessere Ausgangschancen für einen Platz am Rande des Weltmarkts, als das durch feudalistische Strukturen noch stark geprägte Rumänien. Vergleiche dazu die Beiträge über die CSFR/Ungarn und Rumänien.

Heute sind die Staaten Osteuropas mit einer besonderen Variante des Kapitalismus konfrontiert. In nur wenigen Sektoren und in nur begrenztem Maße gibt es produktive Investitionen - ausländischen Investitionen im Bereich neugegründeter Joint Venture-Unternehmen. Nur wenige der ehemals staatsozialistischen Firmen werden aufgekauft und der Konkurrenz auf dem Weltmarkt ausgesetzt. Der Großteil der bestehenden Branchen wird für den Weltmarkt nicht mehr modernisiert und liegt brach. Selbst die vorhandenen inländischen Guthaben werden nur in Geschäften mit spekulativem Charakter riskiert.

Die Folge: Von Grundnahrungsmitteln bis High-Tech, immer höher steigen die Ausgaben für die teuren Importe. Zur gleichen Zeit brechen die, für die osteuropäischen Exportprodukte wichtigen Märkte in Osteuropa zusammen. Tatjana Chahoud vergleicht die Verschuldungskrise der bisherigen Peripherie, der "Dritten Welt", mit den Problemen der Länder Osteuropas. Sie zeigt, daß den Staaten Osteuropas, ähnlich wie den lateinamerikanischen Ländern Anfang der 80er Jahre, eine zunehmende Peripherisierung droht.

Die Apologeten der reinen Marktwirtschaft haben ihre Versprechen nicht einlösen können. Ohne marktwirtschaftliche Konzepte zu diskutieren kann die wirtschaftliche Entwicklung Osteuropas nicht gedacht werden. Horst Brezinski eröffnet die Debatte über Markt, Marktversagen und unter welchen Bedingungen der Markt produktive Kräfte für Umbauprozesse freisetzen kann.

Liberale Intellektuelle in Ost- und Westeuropa haben den Begriff Zivilgesellschaft in den Mittelpunkt ihrer politischen Analysen gestellt. Sie stehen damit im Widerspruch zu den von ihnen nicht reflektierten ökonomischen Umbauprogrammen, die den Menschen ihre erst 1989 erkämpften Freiräume zerstören. Einige linke Zeitschriften haben diese Diskussion unkritisch aufgenommen, wie die Rezension in diesem Themenblock zeigt.

Red.

Europa: ein Kontinent - zwei Welten

Die Länder Osteuropas sind europäische Peripherie. Das war zu Anfang unseres Jahrhunderts bereits so, und jeder heutige Lokalaugenschein bestätigt dies. Eine simple Weisheit also. Und doch kein einfacher, sondern ein komplizierter Tatbestand.

Die industriell hochentwickelte Tschechoslowakei kann man mit den übrigen osteuropäischen Ländern nicht vergleichen, sagen die einen. In den nordböhmischen Industrieruinen zwischen Pilsen und Ustí n.L. haben zwei Drittel aller Jugendlichen keine Chance auf einen Arbeitsplatz, sagen die anderen. Recht haben beide.

In der Bukarester Innenstadt begegnen einem herumstreunenende, ausgemergelte Kinder auf der Suche nach Brot und Lei. Die Szene erinnert an Mexico-City oder São Paulo. Ganz anders wiederum Budapest. Die Vaci utca im Zentrum der Donaumetropole gleicht den noblen Einkaufsstraßen Wiens. Im Vorort Ujpest allerdings sieht's eher wie im Liverpooler Schwarzenghetto Toxteth aus. Von Gleichmacherei im ehemaligen Ostblock jedenfalls keine Spur.

"Dritte Welt" in Osteuropa? Die Verschuldungszahlen Bulgariens, Ungarns und Polens sprechen dafür. Über zwei Drittel der jährlichen Exporteinnahmen müssen in diesen Ländern allein für den *Schuldendienst* (Zinszahlungen und Amortisationen) aufgebracht werden. Rumänien und die UdSSR stehen zwar statistisch, keinesfalls jedoch tatsächlich besser da. Für die These der Peripherisierung spricht auch die nach 1989 schnell vor sich gehende Herausbildung einer *schmalen Oberschicht*, die - ähnlich wie in Lateinamerika und Südostasien - Brückenkopffunktionen für die (west)europäischen Zentrumsinteressen wahrnimmt.

Im "Paris des Ostens", wie Bukarest in den 30er Jahren genannt wurde, gemahnen noch heute ganze Stadtviertel an den Reichtum der ca. eine Million starken "kreolischen" Oberschicht - der Verwalter der Erdöl- und Agrarkolonie -, die nach der kommunistischen Machtübernahme vertrieben bzw. beim Bau des Schwarzmeerkanals vernichtet wurde.

Der vor dem 2. Weltkrieg protzig zur Schau gestellte Reichtum basierte auf dem krassen sozialen Gegensatz von "Kreolen" und landarbeitender Bevölkerung. Heute, nach dem Ende der rumänischen "Entwicklungsdiktatur" kehren Teile der damals geflüchteten Oberschicht heim. In den Oppositionsparteien und in der Wirtschaft führen Exilrumänen wie Campeanu, Ratiu und Dragan das große Wort. Die unterdessen alphabetisierten und proletarisierten Bauern stehen dem Lebensstil der alten und neuen Oberschicht verständnislos und skeptisch gegenüber. Ihre ausweglose sozial Situation - das ahnen sie - wird im neuen Rumänien kein Thema mehr sein. Ihr Schicksal ist ungewiß. Wird es jenem der Slumbewohner in Lateinamerika, Südasien und Afrika gleichen oder eher jenen Ghettoisierten in Brixton (London), Handsworth (Birmingham) oder Santas Martas (Lissabon).

Der Hunger ist rumänische Alltäglichkeit geworden. Bilder von bis auf die Knochen abgemagerten Kindern flimmern über die westeuropäischen Fernsehschirme. Man sieht zumindest zweimal hin; denn in einem unterscheiden sich die Erbärmlichen von den gewohnten Reportagen aus der "Dritten Welt": Die rumänischen Kinder sind weiß.

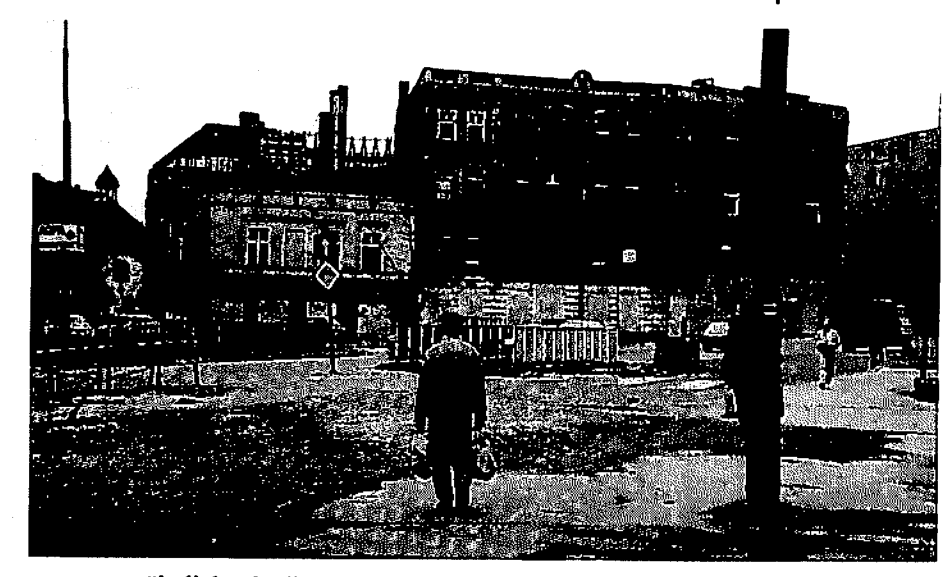
Keine Favela in Rio, kein Slum in Nairobi ist mit Weißen bevölkert. Auch in den Ghettos der (west-)europäischen Metropolen wohnen - fast - keine Weißen: Westinder in London, Afrikaner in Paris oder Lissabon ... sie alle haben eine schwarze Hautfarbe. Nicht so die hungernden Kinder in Rumänien. Ein unterschwelliger Rassismus, der europäische TV-Konsumenten die physische Not von Millionen von Schwarzen besser"verkraften" läßt, greift bei den Bildern über das Elend Weißer nicht. Dennoch, so hat es den Anschein, treten im Falle Rumäniens ähnliche Reaktionsmuster in Kraft, wie wir sie von Hilfsprogrammen für Äthiopien, Mittelamerika oder Indien kennen. Der unter dem Stichwort "Humanismus" stattfindende Eingriff reicht vom Entwicklungshilfeprojekt über karitative Spendenaktionen bis zum "Freikauf" einzelner Waisenkinder.

Ein neuer Rassismus teilt unseren Kontinent in Europa und Asien. Europa, das sind die weißen Zentrumsbewohner abzüglich der "nicht europareifen" Randgebiete und der Ghettos in den Großstädten. Knapp hinter Slowenien bzw. Kroatien, Budapest, Mähren und der Oder/Neiße-Linie hört Europa auf. Dort beginnt Asien. Wo die Massen der in der Verwertungslogik Unbrauchbaren leben, wird Europa für beendet erklärt. Serben, Zigeuner, Polen, Rumänen, Bulgaren, Russen werden in der Diktion der modernen Rassisten zu Asiaten im Dienste des aufstrebenden (west-)europäischen Imperialismus.

Der Osten Europas macht es dem Zentrum zusätzlich leicht, aus dem ökonomischen Überlegenheitsgefühl ein kulturelles und schließlich rassistisches zu entwickeln. Völkerhaß bestimmt zunehmend die Politik jenseits der oben beschriebenen Grenze.

Ultranationalistische Parteien und Bewegungen werden allerorts stärker, im Baltikum, in Moldawien und Kroatien haben sie bereits die politische Macht übernommen. Die Balten sehen sich als nordische, blonde Herrenrasse - den Russen überlegen. Die Kroaten und Slowenen blicken auf alle südlicheren slawischen Völker mit Verachtung. Die Polen betrachten die weißrussischen Nachbarn als bedrohliche Horden, selbst in Böhmen und Mähren ist Abschätziges über die slowakischen MitbürgerInnen zu hören. Nationalismus erlebt eine neue, gefährliche Hochblüte. Mit dem Ausbruch des slowenisch-jugoslawischen Krieges steht Osteuropa erst am Beginn nationalistischer Konfrontationen, die nur scheinbar einen Ausweg aus der tiefen ökonomischen Krise bieten.

Das als asiatisch deklarierte Elend wird zwar als Bedrohung im Zentrum wahrge-



"Die Neudefinition von Europa folgt letztlich dem Ziel, eine ideologische Grundlage für die Trennung von Wohlstand und Elend zu schaffen."

Fotos: Ralf Blasius

nommen - ähnlich wie die völkerwanderungsfreudigen Millionen aus Afrika, Südasien und Lateinamerika - die politische und moralische Zuständigkeit dafür jedoch wird negiert. Die neue europäische Welt hat sich ein Vorbild an "Amerika" genommen. Dort wird schon seit Generationen der Name des ganzen Kontinents von den - meist - weißen Medien und Politikern für den nordamerikanischen Zentralraum in Anspruch genommen. Die Neudefinition von Europa, die geografisch - noch - keine Entsprechung gefunden hat, folgt letztlich dem Ziel, eine ideologische Grundlage für die *Trennung von Wohlstand und Elend*, von Zentrum und Peripherie zu schaffen. Ein Vorhaben, das mit dem Ende der - "Sozialismus" genannten - Zweiten Welt dringend erforderlich geworden ist.

Bis 1989 wurde die Aufgabe der sauberen Trennung in zwei Welten von den Propagandafachleuten Osteuropas bewerkstelligt. Sie waren es, die dem Modell nachholender ökonomischer Entwicklung, wie es die osteuropäischen Kommunisten seit 1948/49 betrieben haben, das Etikett "Sozialismus" verpaßt hatten. Für den (west-) europäischen Zentralraum bildete dies eine ideale Möglichkeit, sich ideologisch vom Osten abzugrenzen. Selbst wirtschafts- und sozialpolitisch kam die sogenannte Nomenklatura für die Kosten der Trennung auf. Mauer und "Eiserner Vorhang" schieden seit ihrer Aufstellung das europäische Zentrum von seiner Peripherie. *Die Wurzeln der europäischen Teilung reichen weit in die Geschichte zurück.*

Die Ausnahme sind Böhmen und Mähren, beides Regionen, die bereits vor dem 1. Weltkrieg industriell entwickelt waren. Ungarn, Polen, Rumänien und Bulgarien waren agrarisch geprägte Gesellschaften. Daran änderte sich auch in der Zwischenkriegszeit wenig. 1938 wies die damalige Tschechoslowakei (CSR) einschließlich des industriell unterentwickelten slowakischen Teils ein mehr als doppelt so hohes Pro-Kopf-Einkommen wie Bulgarien und



Rumänien auf. Auch gegenüber Polen und Ungarn war der Abstand beträchtlich. Deutschlands Pro-Kopf-Einkommen betrug im selben Jahr 337 US-$, fast doppelt so viel wie das der CSR (176 US-$). Wenn auch diese Zahlen nichts über Glück und Elend einer Gesellschaft aussagen, so stellen sie doch einen Indikator für den Grad der industriellen Entwicklung dar.

Wie elend die Mehrheit der landarbeitenden bzw. bäuerlichen Bevölkerung im Osten Europas noch zu Zeiten unserer Großeltern gelebt hat, illustrieren ausgewählte soziale Indikatoren. In den 1930er Jahren betrug die durchschnittliche Lebenserwartung in Rumänien 42 Jahre (1980: 70 Jahre). Die auf dem gefürchteten Bojarenhof als Leibeigene gehaltenen Landarbeiter/Innen waren durchweg Analphabeten. Nur die Stadtbevölkerung - Verwalter der balkanischen Agrar- und Erdölkolonie -, die sich zu 80 Prozent aus Ungarn, Juden und Deutschen zusammensetzte, konnte lesen und schreiben. Die Menschen auf dem Land lebten wie Tiere, viele von ihnen in Erdlöchern, von der Mangelkrankheit Pellagra geschwächt. In Polen war die soziale Lage zwar ein wenig besser, mit Westeuropa, das in der Zwischenkriegszeit weder Analphabetimus noch Mangelkrankeiten kannte, freilich nicht vergleichbar. 54 Jahre alt wurde der/die durchschnittliche Pole/in damals (1980: 72 Jahre). 60 Prozent der Bevölkerung war des Lesens und Schreibens unkundig.

Wirtschaftlich wurden die Länder Osteuropas nach dem 1. Weltkrieg zum Tummelplatz westeuropäischen Kapitals. Nach der Befreiung der Tschechen, Slowaken, Ungarn, Polen, Ukrainer, Kroaten und Slowenen aus dem "Völkerkerker" der österreichisch-ungarischen Monarchie wandten sich die meisten der neuen Staaten an England und Frankreich, in der Hoffnung auf rasche und effiziente wirtschaftliche Unterstützung. Die Geschichte wiederholt sich. Schon nach 1918 klappte die ökonomische Sanierung nicht. Französische und britische Bankhäuser (Banque des Pays de'l Europe Centrale, Bank of England) sowie Großindustrielle (z.B. Schneider-Creusot's Beteiligung an Skoda) pickten sich die Rosinen aus dem osteuropäischen Industriekuchen. Einzig in Böhmen und Mähren waren ausländische Beteilungen weit gestreut.

In den Jahren 1944/45 kam die Rote Armee. Und mit ihr nationale kommunistische Parteien, die zwischen 1944 und 1948 die Macht übernahmen. Außer in der sowjetischen Zone Deutschlands und in der CSR verfügten die neuen politischen Verwalter nirgends über eine Massenbasis. Der Frontverlauf bei Kriegsende und alliierte Abkommen bestimmten den zukünftigen politischen und wirtschaftlichen Kurs. Es ist eine Ironie der Geschichte, daß ausgerechnet jene beiden späteren Ostblockstaaten, die eine starke Arbeiterbewegung besaßen - die DDR und die CSSR - in der Periode des "Sozialismus" einen wirtschaftlichen Rückfall erlitten, während die ehemaligen Agrarländer Ungarn, Polen, Bulgarien und Rumänien den Entwicklungsrückstand zu Westeuropa verringern konnten - zumindest bis Mitte der 70er Jahre.

Die sozial fortschrittliche Utopie, von der manch kommunistischer Funktonär nach dem Ende des 2. Weltkrieges geträumt

haben mag, wich bald einer wirtschaftlichen Notlösung. Geblieben ist nur der Name: Sozialismus. Spätestens mit dem einsetzen des European Recovery Program (vulgo: Marshallplan) im Jahre 1948 und der Erstellung der ersten Cocom-Listen im Jahre 1947 war aus der sozialistischen Zukunft in Osteuropa eine Gegenwart des Krisenmanagements geworden. Die Länder Westeuropas, bis 1939 wichtige Wirtschaftspartner der osteuropäischen Nationalstaaten, wurden via Marshallplan zur Einhaltung der Cocom-Verbotslisten und damit zur Embargopolitik gegenüber dem Osten verpflichtet. Die Sowjetunion und ihre osteuropäischen Verbündeten versuchten, aus der Not eine Tugend zu machen. Die Stalinsche Autarkiepolitik war weniger ein freiwilliger Akt, als eine Folge des Westembargos. Erst die Ideologisierung dieser Politik der Abschottung bildete dann für Länder wie Ungarn, Polen, Bulgarien und Rumänien die Grundlage ihrer Industriepolitik. Alle Kraft wurde in einen nationalstaatlichen schwerindustriellen Aufbau gesteckt, um die vor 1939 getätigten Westimporte substituieren zu können. Diese Phase der Importsubstitution erinnert ökonomisch an Brasilien zu Zeiten von Vargas und Argentinien zur Zeit Perons. Dort allerdings stand der nationale Wirtschaftsaufbau im Dienste der lokalen Bourgeoisien, während die Nachkriegsregime zwischen Berlin und dem Balkan eben diese ausschalteten.

Die planmäßige wirtschaftliche Dynamisierung zeigte - unterbrochen durch eine Krise Mitte der 50er Jahre - bis Ende der 60er Jahre Erfolg. Rumänien und Bulgarien konnten zwischen 1955 und 1970 das Pro-Kopf-Einkommen ihrer ProletarierInnen vervierfachen, in Ungarn und Polen verdreifachte es sich, während in der BRD, der Schweiz und Österreich das Pro-Kopf-Einkommen im selben Zeitraum um 250 Prozent anstieg. Die Schere zwischen West- und Osteuropa wurde kleiner.
Gleichzeitig riefen die ProduzentInnen des kleinen osteuropäischen Wirtschaftswunders nach mehr Konsum und Freiheit. Kohle und Stahl konnte man nicht essen, die Zeitungen nicht lesen. Von Land zu Land unterschiedlich begannen die Ökonomen auf eine Reform der Schwerindustrie-orientierten Planwirtschaft zu setzen. Ungarn ging am weitesten. Dort gab es ab dem Jahre 1968 keine Fünf-Jahres-Pläne mehr. Komplizierte Eigentumsformen, die sowohl dem Staat, wie auch den ArbeiterInnen des jeweiligen Betriebes Einfluß zubilligten, sollten einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung bringen. Das Ziel von Kadar, Gierek und Dubcek war es, die Massen der ProduzentInnen am Wohlstand zu beteiligen. Die politische Macht wollte sich - außer der tschechoslowakischen KP bis August 1968 - niemand streitig machen lassen. Das Ende des Prager Frühlings war dann das Signal für eine spezifisch osteuropäische Form der Sozialpartnerschaft, wie sie vor allem in Polen, Ungarn, aber auch in Bulgarien und - zeitweise - in Rumänien Fuß faßte: *Unbestrittene Parteiherrschaft bei gleichzeitiger sozialer Befriedung des Volkes.*

Kadarismus hieß der Idealtypus dieser Herrschaftsform, die in der DDR zur biedermeierlichen "Nischengesellschaft" führte, in Polen zum Kleinkapitalismus, in Ungarn zum "Gulaschkommunismus" und auch auf dem Balkan zu einer politisch entrechteten, aber wirtschaftlich satten Bevölkerung.
Neben den ökonomischen Modernisierungserfordernissen war es nicht zuletzt die soziale Erwartungshaltung, die die Staats- und Parteiführungen dazu verleitete, ab Anfang der 70er Jahre billiges Geld auf dem Weltkapitalmarkt aufzunehmen. Die Hoffnung ähnelte jener in Brasilien, Argentinien und Mexiko. Mit billigen Krediten wollte man auf dem Weltmarkt konkurrenzfähige Wirtschaftszweige aufbauen, um die Nachfrage nach westlichen Konsum- und Produktionsgütern durch eigene Erzeugung zu ersetzen. Die Kredite sollten durch vermehrte Westexporte zurückgezahlt werden, die erwarteten Gewinne hoffte man - im Falle Osteuropas - zum weiteren Ausbau des spezifisch sozialpartnerschaftlichen Konsummodells verwenden zu können.

Längst wissen wir, daß zehn Jahre später die Schuldenfalle zugeschnappt ist. Geld wurde, unter anderem wegen des "militärischen Keynesianismus" in den USA, teuer. Die Planer im Osten hatten die tech-

In Mark und Pfennig BMZ-Topf wird für Osteuropa aufgestockt

Das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) will zusätzlich zur Förderung der "traditionellen Entwicklungsländer" finanzielle Mittel zur Unterstützung der Reformstaaten in Osteuropa zur Verfügung stellen.

Für 1990 wurden 10 Mio. Mark für Projekte in Ungarn und Polen bereitgestellt. Um die Arbeit längerfristig zu sichern, stehen zur Projektbetreuung bis 1993 weitere 45 Mio. Mark bereit.

Im Haushalt 1991, über den jetzt im Bundestag debattiert wird, sollen mit 19,8 Mio. Mark neben den Ländern , die sich schon 1990 zu radikalen Reformen bereit erklärt haben, auch die CSFR, Rumänien und Bulgarien bedacht werden.

Ziel des BMZ-Programms: die Förderung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in den Ländern Osteuropas, in denen bereits konkrete Schritte zur Strukturanpassung durch die EG, IWF und Weltbank gefördert werden.

Maßnahmen zur beruflichen Aus- und Weiterbildung wurden 1990 mit rund 1,5 Mio. Mark gefördert. Die Seminare richteten sich nur an leitende Angestellte oder Personen, die in der Management-Ebene osteuropäischer Unternehmen beschäftigt sind. Maßnahmen zur Verbesserung der Lehrlingsausbildung in Polen und Ungarn wurden "aus Mangel an Mitteln" (Antwort der Bundesregierung auf eine entsprechende Anfrage von Bündnis 90/ Die GRÜNEN) im Etat nicht berücksichtigt.

Von der Qualitätssicherung im Maschinenbau bis zum Umweltschutz in der Industrie - durchgeführt werden diese Seminare unter anderem vom TÜV Rheinland, dem Verein unabhängig beratender Ingenieure (VubI) oder der Deutschen Stiftung für Entwicklung (DSE).

Zur Förderung der Sozialstruktur wurden 1990 ebenfalls 1,5 Mio. Mark bereitgestellt. Über die Regenbogenstiftung wird so zum Beispiel der polnische ECOLAND-Verband gefördert, der "zukunftsweisende Ernährungskonzepte vertritt und in Fragen des ökologischen Landbaus" beraten möchte. Daneben fördert der Regenbogen-Stiftungsverband das Warschauer Büro einer bislang unbekannten Gefangenenhilfsorganisation PATRONAT.

Ganz anders die übrigen Parteistiftungen, die den Löwenanteil von 3,5 Mio. Mark aus dem 90er BMZ-Topf erhielten. Während die Hans-Seidel-Stiftung der CSU und die Konrad-Adenauer-Stiftung der CDU sich ihre Kontakte zur konservativen Regierungspartei Ungarisch-Demokratisches Forum (UDF) fördern lassen, berät die Friedrich-Naumann-Stiftung der FDP in Sachen Wirtschaftspolitik und betreibt mit dem Danziger Forschungsinstitut für Marktwirtschaft und Eigentumsrechte ganz praktische Entwicklungshilfe in Sachen Deregulierung, Arbeitslosigkeit und Verelendung.

Den letzten großen Posten 1990 erhielten deutsch-ungarische Handwerkskammer-Patenschaften. Mit mehr als 2 Mio. Mark sollen über diese Kontakte privatwirtschaftlich Strukturen in dem ungarischen Partnerland gefördert werden.

hh

nologische Revolution verschlafen, derentwegen sie die Kredite aufgenommen hatten. Die in den 70er Jahren aufgebaute Exportindustrie konnte schon kurze Zeit später mit den High-tech-Entwicklungen des Westens nicht mehr Schritt halten. Wieder war man im Osten konkurrenzunfähig ... und saß zu allem Überdruß noch auf einem wachsenden Schuldenberg. 1980 waren Polen, Jugoslawien, Rumänien und Ungarn de facto zahlungsunfähig. Der IWF trat auf den Plan. Anstatt pervertierter Sozialpartnerschaft ohne politische Beteiligung war nun harte Sanierung angesagt. In Polen führte das im Jahre 1981 zu den ersten IWF-Riots, die nur mit Hilfe eines Generals (Jaruzelski) und des Kriegsrechts unter Kontrolle gebracht werden konnten. Streiks und Gewerkschaften (auch die kommunistische) wurden verboten, Aufruhr in der Werft und im Fleischerladen militärisch unterdrückt.

In Rumänien begann Ceausescu päpstlicher zu agieren als der Papst. Er übernahm persönlich die Rolle des IWF-Sanierers und preßte in einem historisch einmaligen Akt binnen acht Jahren einen Schuldentitel von 10 Mrd. US-$ mit Zins und Zinseszins aus seinem Volk. Im April 1989 konnte er auf dem Parteitag der rumänischen KP strahlend verkünden: Rumänien ist schuldenfrei. Zu spät, denn mittlerweile begann sich ringsum der osteuropäische Wirtschaftsraum aufzulösen. Der Wende konnte Ceausescu allein nicht entgegentreten.

An die Stelle der sozialen Befriedungsstrategie, wie sie - in den einzelnen Ländern unterschiedlich - bis Anfang der 80er Jahre vorherrschte, traten nun vereinzelt soziale Kämpfe. Das Ende des Modells nachholender Entwicklung war gekommen, und mit ihm das Ende der Partei, die dafür das Wort "Sozialismus" mißbraucht hatte.

Mit dem Zuschnappen der Schuldenfalle war für die KP-Machthaber auch der Kredit in der eigenen Bevölkerung dahin. Zwischen 1945 und 1980 hatten sie sich von Krisenmanagern zu Befriedungsstrategen gemausert. Jetzt war ihr Scheitern offensichtlich.

Der politische Zusammenbruch im Jahre 1989 kann weniger als Revolution bezeichnet werden. Er war vielmehr Ausdruck einer stufenweise vor sich gehenden gesellschaftlichen Erosion, die nur den Schlußpunkt einer Ära markiert, der schon mindestens zehn Jahre lang jeder gesellschaftliche Konsens fehlte.

Die Frage, ob die wirtschaftlich, sozial und politisch destabilisierten Staaten Osteuropas in Richtung Erste oder "Dritte Welt" unterwegs sind, ist durch den historischen Exkurs bereits beantwortet. In dem Moment nämlich, in dem das Projekt nachholender Entwicklung gescheitert war, waren die positiven wirtschaftlichen Indikatoren, die für die RGW-Staaten bis Mitte der 70er Jahre charakteristisch waren, wertlos. Der westlichen Konkurrenz schutzlos ausgeliefert, brechen die - mehr quantitativen-wirtschaftlichen und sozialen Erfolge in sich zusammen. *Einzelne Zentralräume mögen den Anschluß an die technologisch weit fortgeschrittenen westlichen Dienstleistungsgesellschaften finden.* Prag, Budapest, und Ljubliana können zu Subzentren (west)europäischer Investitionstätigkeit werden. *Der Rest bleibt Peripherie.* Wie vor den beiden Weltkriegen.

Mit dem Andocken Osteuropas an die Prinzipien der Marktwirtschaft haben die neuen Entscheidungsträger das Primat der Politik, wie es 40 Jahre lang zum Prinzip des sogenannten Ostblocks gehörte, aufgegeben. Nun herrscht auch dort, wie fast überall sonst auf der Welt, das Primat der Ökonomie. Periphere Gesellschaften ohne politisches Primat sind nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch instabil. Da in Osteuropa mit dem Scheitern des "Sozialismus" genannten Systems die soziale Frage als ganzes diskrediert ist, droht sich der politische Handlungsspielraum zwischen liberaler und nationalistischer Ideologie einzuengen. Dementsprechend werden sich nationalistische Populisten, klerikale Konservative, liberale Hayek-Jünger und diverse Generäle die Klinken der Regierungspaläste in die Hand geben. Das voraussehbare permanente Scheitern an der strukturellen Krise wird zu rasch aufeinanderfolgenden Regierungswechseln führen. An der Nichtkonvertibilität der nationalen Währungen werden neue Regierungen ebenso zerbrechen wie an der auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähigen, technologisch zurückgebliebenen Industrie und Landwirtschaft und den trotz Exportsteigerungen steigenden Schulden (z.Zt. vor allem in der CSFR und Rumänien.

Ganze zwei Mrd. US-$ sind bis Ende 1990 vom Westen in Osteuropa investiert worden, nicht einmal die Hälfte der allein von der Firma Siemens in Westeuropa, den USA und Japan investierten Summe. Und die neugegründete Ost-West-Bank schätzt, daß sie in den nächsten fünf Jahren einen Kreditrahmen von 5 Mrd. US-$ zur Verfügung stellen kann. Angesichts der Schuldtitel, mit denen allein Ungarn (20 Mrd. US-$) und Polen (41 Mrd. US-$, ohne die in Aussicht gestellte partielle Schuldenstreichung) zu kämpfen haben, eine ziemlich geringe Summe. Schon deshalb, weil - erstmals in der Geschichte des internationalen Bankwesens - auch politische Konditionen für Kreditvergabe eingefordert werden. Parlamentarische Demokratie als Voraussetzung für Kreditwürdigkeit ist vor allem in jenen Ländern zynisch, in denen Millionen von RentnerInnen und ArbeiterInnen in Staatsbetrieben der Inflation zum Opfer fallen. Die in der kapitalistischen Verwertungslogik Unbrauchbaren werden es auch sein, die die jeweiligen Regierungen unter Druck setzen. Denn mit dem Abbau des Subventions- und Betriebsstützungssystems stellt sich heraus, daß hinter den abgebauten Subventionen *kein soziales Netz* existiert. Millionen RumänenInnen, BulgarenInnen, PolenInnen, aber auch UngarnInnen und SlowakerInnen stürzen von einem Monat zum nächsten ins blanke Elend. Durchschnittliche Monatslöhne von 30-40 US-$ in Rumänien und 60-80 US-$ in Polen reichen nicht zum Überleben, vor allem dann nicht, wenn immer mehr Preise westeuropäisches Niveau erreichen.

Der Leiter der Europaratsabteilung für sozioökonomische Fragen, Jean-Claude Chesnais, hat Ende Jänner 1991 auf der Wiener Ost-West-Wanderungs-Konferenz Schreckensszenarien an die Wand gemalt. Demnach haben 50 Prozent der Ost-Jugendlichen zwischen 15 u. 25 Jahren keine Chance auf einen Arbeitsplatz. Für das zukünftige Polen hat Chesnais fünf Millionen Arbeitslose errechnet, für die Sowjetunion gar 40 Millionen.

Vor diesen Menschen fürchtet sich auch Westeuropa. Der drohenden Völkerwanderung begegnet man hier - vorläufig noch - mit zwei verschiedenen Strategien: Abschottung und Grenzöffnung. Abschottung gegenüber den Ärmsten der Armen in Rumänien und Bulgarien, Grenzöffnung für die CSFR, Ungarn und - teilweise - Polen. Der Kompromiß im - vermeintlichen - Ideologienstreit von Ausländerhassern und Freunden der multikulturellen Gesellschaft ist bereits in Sicht. Sein *Zauberwort: Quotierung;* Integration für eine festgesetzte Anzahl von jungen, qualifizierten Arbeitswilligen, Festung Europa gegen den Rest. Im so kontrollierten Liberalismus findet beides seinen Platz: Ausländerhaß und liberale Integrationspolitik.

Für Osteuropa bedeutet der vom Westen dirigierte Abzug menschlicher Ressourcen nicht nur Erniedrigung, sondern massiven Verlust an qualifizierten Arbeitskräften und gleichzeitig steigende soziale Kosten für Alte, Kranke und Arbeitslose. Staatlich kontrollierter Liberalismus im Westen bewirkt somit letztlich staatlich unkontrollierbares Elend im Osten.

Hannes Hofbauer

... Millionen von RentnerInnen und ArbeiterInnen fallen der Inflation zum Opfer.



Schuldentango in Osteuropa

Verschuldungskrisen in Osteuropa und der Dritten Welt

Verblendet von eigenen Wunschträumen und Phantasien kam nicht nur Fukujama zur Ansicht, die Umbrüche in Osteuropa läuteten nunmehr das "Ende von Geschichte" ein. Auch das hochkarätige Expertenteam bei der Weltbank prophezeite noch im letzten Weltentwicklungsbericht (1990) den "Beginn einer neuen und einmalig vielversprechenden Ära der Weltgeschichte" (S.8).
Ein Blick auf die gegenwärtige Situation der Länder hinter dem einstigen Eisernen Vorhang zeigt jedoch einen Befund, der in vielerlei Hinsicht Analogien zu den Problemen und Konfliktpotentialen aus den Ländern der sog. Dritten Welt aufweist.

Bis heute sind die Handelsbeziehungen zwischen den ehemaligen RGW- Staaten und den OECD-Ländern durch asymetrische Strukturen gekennzeichnet: Bei den RGW-Exporten dominieren eindeutig Rohstoffe bzw. rohstoffintensive Produkte. Auffallend ist in diesem Zusammenhang, daß diese Konstellation sich auch im Zeitverlauf kaum veränderte. Tatsächlich ging der Anteil der rohstoffintensiven Produkte an den Exporten in den OECD-Länder in den letzten zwanzig Jahren nicht zurück, vielmehr erhöhte sich hier der Anteil sogar leicht von 55,6% (1965) auf 57,8% (1986). Betrachtet man diese Entwicklungen im einzelnen so wird deutlich, daß dieser Trend maßgeblich auf die Exporte der rohstoffreichen Sowjetunion zurückgeführt werden kann (ca. zwei Drittel der Devisenerlöse werden in dieser Gütergruppe erzielt). Allerdings weisen die Exporte der übrigen RGW-Staaten ebenfalls einen überdurchschnittlichen Anteil an rohstoffintensiven Gütern auf, der sich zwar im Verlauf der letzten Dekaden verminderte (1965: 40,7%, 1986: 33,6%), aber mit einem Drittel gegenwärtig immer noch einen wichtigen Posten der Exportpalette bildet. [1]

Ein Vergleich mit den Entwicklungstrends in den sog. asiatischen Schwellenländern macht das Zurückbleiben der RGW-Staaten besonders anschaulich. Im Jahre 1965 liegt auch hier der Anteil der Exporterlöse aus rohstoffintensiven Produkten bei 38,5%, allerdings konnten diese Schwellenländer ihren Anteil inzwischen auf 8,8% reduzieren (1986) und erreichten damit ein Niveau, das für hochentwickelte Industrieländer charakteristisch ist. [2]

Im Verlauf dieser Entwicklungen verloren die RGW-Länder zunehmend ihre Marktanteile gerade auch im EG-Raum. Die asiatischen Schwellenländer konnten ihre Position ausbauen und auch von den dynamischen Effekten der westeuropäischen Integration profitieren. Anders die RGW-Staaten, die als Staatengruppe durch die handelsumlenkenden Effekte der EG-Integration weiter an Boden verloren und ständig wachsende Handelseinbußen hinnehmen mußten. [3]

Mit der anhaltend hohen Rohstoffabhängigkeit einerseits und der gleichzeitig sinkenden Wettbewerbsfähigkeit der osteuropäischen Ökonomien gerade auch im Bereich Maschinenbau wie auch der chemischen Industrie andererseits, war das Scheitern des sowjetischen Industrialisierungsmodells, dessen ursprüngliches Herzstück die Förderung der Schwerindustrie bildete, nicht mehr zu übersehen. [4] Die einstige Position Osteuropas als sog. zweite Welt ging somit im Verlauf der letzten 20 Jahre sukzessiv verloren. Die Schere gegenüber den OECD-Ländern konnte nicht verringert werden, sondern öffnete sich zusehends. Jüngste Schätzungen zufolge erreicht die Pro-Kopf-Produktion in Osteuropa gegenwärtig im Durchschnitt nur noch 40% derjenigen der BRD. [5]

Anwachsen der Außenverschuldung

Die abnehmende Wettbewerbsfähigkeit und die Unmöglichkeit, vormalige Marktanteile halten zu können sowie die ansteigenden Schwierigkeiten der Systemstabilisierung, veranlaßten die meisten osteuropäischen Länder während der 70er Jahre zu wachsenden Kreditaufnahmen auf den westlichen Kapitalmärkten. Gegenwärtig liegt die gesamte Auslandsverschuldung Osteuropas bei 152,1 Mrd. US $. An diesem Gesamtvolumen sind die einzelnen Länder allerdings sehr unterschiedlich beteiligt.
Mit rund 60 Mrd. US $ rangiert die Sowjetunion an der Spitze. Es folgen Polen mit 45,2 Mrd. US $, Ungarn mit 21,6 Mrd. US $, den vierten Platz nimmt Bulgarien mit 9,8 Mrd. US $ ein, dicht gefolgt von der Tschechoslowakei mit 8,0 Mrd. US $. Für Rumänien fehlen genaue Angaben für 1990. Die vorliegenden Daten zeigen jedoch, daß hier die Auslandsschulden während der zweiten Hälfte der 80er Jahre drastisch abgebaut wurden und 1989 nur noch 0,5 Mrd.US $ ausmachten. [6]

Wie in den meisten lateinamerikanischen Ländern dominieren Kredite von westlichen Geschäftsbanken. Nur im Falle Polens geht der überwiegende Teil (ca. zwei Drittel) auf öffentliche Kredite zurück.

Das absolute Volumen dieses Schuldenberges scheint auf den ersten Blick, verglichen etwa mit der Lage zahlreicher lateinamerikanischer Staaten, eher niedrig. Die schwere Bürde der Auslandsschuld zeigt sich v.a. in der Relation zum BSP. Für Polen erreicht dieser Anteil inzwischen rund 60%, für Ungarn sogar 90%. Der jährliche Schuldendienst erreicht auch bei den meisten osteuropäischen Ländern inzwischen 30% bis 40%, in Ungarn sogar 44%. [7]

Abgesehen von den Bestrebungen der Systemstabilisierung zeigen die Hintergründe der Auslandsverschuldung deutliche Analogien zur Peripherie. Die international außerordentlich niedrigen Zinssätze

begünstigten umfangreiche Kreditaufnahmen, und die gleichzeitig eingeleitete Entspannungspolitik während der 70er Jahre brachte in den Handels- und Finanzbeziehungen der OECD-Länder gegenüber Osteuropa einen zusätzlichen Aufschwung. Wirtschaftsfachleute in Ost und West und ebenso die jüngste Studie der UN-Kommission für Europa weisen allerdings darauf hin, daß die seinerzeit aufgenommenen Kredite weniger für produktive Zwecke, sondern zu einem beträchtlichen Umfang für den Import von Konsumgütern eingesetzt wurden. Soweit gleichzeitig Anstrengungen unternommen wurden, den Produktionsapparat zu effektivieren, erwiesen sich, diese Reformversuche als zu zeitraubend oder wurden auch nur halbherzig eingeleitet. In jedem Fall blieben die Maßnahmen deutlich hinter den Erfordernissen zurück, um die Exportproduktion bzw. Deviseneinnahmen entsprechend der zunehmenden Auslandsverschuldung steigern zu können. [8]

Die externen Schwierigkeiten, wie höhere Zinssätze, wurden weiter verschärft durch interne Ungleichgewichte, die sich in der letzten Dekade noch zuspitzten. Dazu zählen v.a. die versteckte Inflation, die ausgesprochene Mangelwirtschaft im produktiven Bereich, forciert durch das sog. Prinzip des "low-budget constraint", wonach mangelhafte Produktionsergebnisse auf Unternehmensebene nicht zu Betriebsstillegungen führten, sondern durch staatliche Kredite stets aufs neue kompensiert wurden. Überdeckt werden konnte diese Mißwirtschaft nur durch riesige Defizite in den Staatshaushalten. Offiziellen Angaben zufolge betrug das Defizit im sowjetischen Staatshaushalt 1989 81 Mrd. (SU-Rubel) bzw. 8,8% des BSP. Insgesamt erreichte hier die Staatsschuld 1989 ca. 400 Mrd. SUR bzw. 44% des BSP. In Ungarn liegt das Haushaltsdefizit in Relation zum BSP bei "nur" 3-4% (1989) und erreichte damit die höchste Rate in Europa. [9]

Die Konsequenzen der wachsenden Verschuldung wie auch der internen Mißwirtschaft ähneln vielfach den Problemen und "Teufelskreisen", mit denen zahlreiche Länder der Peripherie seit Beginn der 80er Jahre konfrontiert sind. Die Anpassungsmaßnahmen führen zu drastischen Preissteigerungen, massenhaften Betriebsstillegungen und Produktionsrückgängen, Arbeitslosigkeit und sozialer Verelendung großer Bevölkerungsteile. In Polen stiegen die Preise inzwischen um 30-50%, ebenso in Ungarn, die Produktion fiel um ca. ein Drittel, während die Löhne und Gehälter ins Bodenlose rutschen. So liegt das Durchschnittseinkommen in der Tschekoslowakei und Polen gegenwärtig bei umgerechnet monatlich ca. 140-270 DM, in Moskau z.B. können 3/4 der Schulkinder inzwischen die Preise für die tägliche Schulspeisung nicht mehr bezahlen und in einigen Regionen der Sowjetunion ist die Versorgung der Bevölkerung mit überlebensnotwendigen Nahrungsmitteln nicht mehr gewährleistet. [10]
Nicht zuletzt muß auch hier hervorgehoben werden, daß die zu Beginn der 80er Jahre von den USA eingeleitete Hochzinspolitik einerseits sowie die gegenüber den RGW-Staaten errichteten Handelshemmnisse andererseits (vgl. besonders die sog. COCOM-Liste, die z.B. den Handel mit hochwertigen Elektronikprodukten verbietet) die Schuldenbedienung bis in die jüngste Zeit nachhaltig erschwerten. Ein spezielles Problem ergab sich für Osteuropa bislang auch aus dem Verrechnungsmodus im Rahmen des RGW, demzufolge der Außenhandel als Barter (Tausch)-Geschäft abgewickelt wurde, mithin die Spielräume für Deviseneinnahmen und somit das Abtragen von Auslandsschulden weiter eingeschränkt wurde.

Krisenmanagement

Der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus und die eingeleiteten Reformen zur Reintegration Osteuropas in die kapitalistische Weltökonomie haben nicht nur die neuen Regierungen vor immense Problemberge gestellt, sondern auch die diversen westlichen Akteure, die OECD-Regierungen, die internationalen Finanzinstitutionen, die Geschäftsbanken und Großkonzerne auf den Plan gerufen.

Öffentliche Finanztransfers und Handelsabkommen

Zur Unterstützung des Reformprozesses in Osteuropa wurden inzwischen zahlreiche bi- und multilaterale Hilfsprogramme mit einem Finanzvolumen von ca. 25 Mrd. US $ für die nächsten Jahre zugesagt. Davon entfallen ca. 12 Mrd. US $



auf den sog. PHARE-plan der EG, der in Zusammenarbeit mit anderen OECD-Ländern umgesetzt wird. Ursprünglich nur für die Reformvorreiter Polen und Ungarn konzipiert, wurden inzwischen aber auch die übrigen osteuropäischen Länder in der Empfängerliste aufgenommen. Mit Hilfe des PHARE-Programms sollen prioritäre Projekte im Agrarsektor, der Leichtindustrie sowie im Umweltschutz gefördert werden. Allerdings sind hier bereitgestellte Devisen keineswegs frei verfügbar, sondern dürfen nur für Importe aus den Kreditgeberländern verwendet werden. [11]

Als weiterer wichtiger Geldgeber fungiert die Weltbank-Gruppe, die bis 1994 Kredite in einer Gesamthöhe von 7,5 Mrd. US $ zugesagt hat. Ebenso wie bei den hochverschuldeten Dritte-Welt-Ländern vergibt die Weltbank auch hier ihre Finanzmittel nicht ohne strikte Konditionen: Unabdingbare Voraussetzung für die finanzielle und technische Unterstützung ist die Vorlage eines umfassenden Stabilisierungsprogramms. Als neue zusätzliche Säule für den öffentlichen Ressourcentransfer soll die neu gegründete "European Bank for Reconstruction and Development" (EBRD) fungieren. Diese Mini-Weltbank wurde mit einem Startkapital von 10 Mrd. ECU (21 Mrd. DM) ausgestattet. Statutengemäß besteht ihre Hauptaufgabe in der Förderung marktwirtschaftlicher Strukturen und der Unterstützung des privaten Unternehmertums. Wie die Weltbank vorrangig die Interessen der weltweit wichtigsten Finanziers vertritt, so die EBRD für den europäischen Raum: die 12 EG-Länder, inkl. EG Kommission und Europäischer Investitionsbank, vereinigen über 51% der Kapitalanteile, während die osteuropäischen Länder über nur 15% verfügen, die Stimmrechte sind entsprechend asymetrisch aufgeteilt.

Neben den finanziellen Hilfsprogrammen hat die EG inzwischen zahlreiche Handels- und Kooperationsabkommen mit den meisten osteuropäischen Ländern abgeschlossen, um so die Marktzugänge für ihre Exportgüter zu verbessern. Ungarn und Polen wurden sogar ähnliche Handelspräferenzen wie den meisten Dritte Welt Ländern eingeräumt.

Direktinvestitionen und "joint ventures"

Bis vor kurzem spielten ausländische Direktinvestitionen in den Ost-West-Beziehungen de facto keine Rolle. Erst mit Beginn der "Perestroika" in der zweiten Hälfte der 80er Jahre stieg hier die Errichtung von "joint ventures" sprunghaft an.

Für das Jahr 1988 meldet die UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) 400 "joint ventures", im Jahr darauf wurden bereits 2700 entsprechende Unternehmen registriert. Mit rund 1000 "joint ventures" rangiert die Sowjetunion eindeutig an der Spitze, gefolgt von Jugoslawien mit ca. 670 Unternehmen, Ungarn und Polen belegen mit 600 bzw. 400 die folgenden Plätze, während die Tschechoslowakei mit 50 solcher Unternehmen erst an fünfter Stelle steht. Das gesamte ausländische Investitionsvolumen wird hier auf ca. 2,2 Mrd. US $ geschätzt. Diese rasante Entwicklung wird jedoch beträchtlich relativiert, da es sich hier nur um die Registrierung bei den zuständigen Behörden handelt, die Aufnahme realer Unternehmensaktivitäten liegt in den meisten Fällen noch in weiter Ferne. So dürften in der Sowjetunion gegenwärtig von den derzeitig 1300 "joint ventures" Schätzungen zufolge allenfalls 150 bis 200 (besonders im Bereich Dienstleistungen) tätig sein. [12] Jüngste Umfragen unter Großunternehmen aus den USA, Japan und der EG bestätigen, daß man mit der Registrierung von "joint ventures" gewisse Startpositionen bezogen hat, ebenso wird aber betont, daß man sich auf keinen Fall Hals über Kopf in irgendwelche Investitionsabenteuer stürzen wolle. Ungefähr 2/3 der befragten Unternehmer bekundete ein prinzipielles Interesse an Direktinvestitionen in Osteuropa, über den Zeitrahmen schwieg man sich jedoch aus. Die Mehrheit der japanischen Firmen erklärte lediglich, daß sie ihre Investitionspläne nicht vor 1995 umsetzen würde, und man sich zunächst allein auf Im- und Exportgeschäfte konzentrieren wolle. [13]

Zur Rolle der Geschäftsbanken

Obwohl einzelne osteuropäische Länder (besonders Polen und Ungarn) ihre Leistungsbilanzdefizite im Zuge ihrer drastischen Austeritätsprogramme und einer entsprechenden Exportoffensive verbessern konnten, sehen die internationalen Geschäftsbanken hier kaum Aussichten für weitere Fortschritte , geschweige denn eine Trendwende in dieser Region. Im Gegenteil: Verbreitete Rückzahlungsprobleme, die Unwägbarkeiten der Umbruchprozesse und nicht zuletzt die Auflösung des RGW bzw. die einhergehenden Probleme bei der Umstellung auf Weltmarktpreise veranlassen die Geschäftsbanken inzwischen zu äußerster Zurückhaltung. Das Jahr 1990 markiert hier inzwischen eine abrupte Zäsur gegenüber Osteuropa. Noch 1989 hatten die Banken Kreditmittel von insgesamt 6,6 Mrd. US $ bereitgestellt, 1990 erfolgte dann ein fast panikartiger Abzug in Höhe von 6,8 Mrd. US $. Die jüngste BIZ Studie (Bank für Internationalen Zahlungsausgleich) kommentiert diesen Rückzug als spektakulär. [14]

Land	BIP/Kopf US-$ 1990	BIP-Wachstum in % 1990	Brutto-Auslands-Verschuldung 1990 in Mrd. US-$	Schuldendienstquote 1990 in % vom Exporterlös	Exporte fob [1] 1990	Importe fob [1] 1990	Inflation 1990 in %
	und die Trends für das Jahr 1991				in Mrd. US-$		
Irland	12.100 sinkend	+ 4,5 sinkend	13,0 sinkend	—	26,4 steigend	23,1 steigend	3,2 steigend
Portugal	4.300 steigend	+ 5,5 sinkend	16,3 sinkend	23,5 sinkend	14,0 steigend	19,8 steigend	12,5 konstant
Ungarn	3.000 sinkend	- 6,0 sinkend	21,6 steigend	47,3 steigend	7,7 steigend	6,5 steigend	30 steigend
CSFR	2.800 sinkend	- 5,0 sinkend	7,5 steigend	16,4 steigend	13,0 sinkend	13,1 sinkend	10 steigend
Polen	1.500 [2] sinkend	- 20 —	44,0	8,1	9,3 steigend	6,5 steigend	500 — [3]
			Die Zahlungsunfähigkeit Polens begründet die niedrige Schuldendienstquote und führte 1991 zu Verhandlungen mit den öffentlichen Gläubigern. Im Mai wurden in diesen Verhandlungen eine Mindestquote von 50% der fast 25 Mrd. US-$ öffentlichen Schulden ausgehandelt.				
Bulgarien	1.830 sinkend	- 11 sinkend	14 steigend	55 steigend	4,4 steigend	4,0 sinkend	46 —
Algerien	1.810 sinkend	— sinkend	25,5 steigend	50 steigend	12,1 steigend	8,1 steigend	10 steigend

Tabelle iz3w

1) fob-free on bord: Ausdruck aus dem Speditionswesen und bedeutet, daß der Preis einer Ware die Anlieferung (im Schiffsverkehr) bis auf das Schiff beinhaltet - aber eben im Exporterlös enthalten ist.

2) für Polen wurde im vergangenen Jahr für 1991 eine Steigerung des BIP erwartet. Dieser Trend ist nach den ersten Monaten 1991 nicht mehr aktuell, ohne genaue Zahlen angeben zu können, wird erwartet, daß das BIP sinkt.

3) Auch für die Inflationsrate wrude - entsprechend den Vorgaben v on IWF und Weltbank - für 1991 nur eine Quote von 30% prognostiziert. Zwar wird sie 1991 unter dem Vorjahreswert von 500%, aber deutlich über 30% erwartet.

Anders als in den hochverschuldeten Ländern Lateinamerikas ist das Bankengeschäft in Osteuropa vorrangig in deutschen und japanischen Händen. Laut BIZ entfielen 1990 auf die deutschen und japanischen Banken 20% bzw. 18% aller Forderungen. Die österreichischen und französischen Banken kamen auf je 9%, gefolgt von den italienischen und britischen Geschäftsbanken mit 6% bzw. 4%. Die restlichen 34% verteilen sich auf ein breites Spektrum von Bankengruppen, wobei der Anteil der USA bei nur 2,7% liegt. Der seit 1990 eingeleitete Rückzug wurde von den meisten großen Bankengruppen vorgenommen, eine Ausnahme bildeten nur die deutschen Banken, die weiterhin Kredite an Polen und die Sowjetunion bereitstellten. Hätte es nicht so beträchtliche Zahlungsrückstände gegeben, wäre der Rückzug vermutlich sogar noch drastischer geworden. [15]

Insgesamt - so die internationalen Geschäftsbanken - besteht derzeit wenig Neigung neue Kredite an diese Länder zu gewähren. Zwar werden die Reformanstrengungen durchweg begrüßt und es wird auch nicht übersehen, daß der Übergang zur Marktwirtschaft mit Produktionsrückgängen sowie zunehmender Arbeitslosigkeit verbunden ist, und somit auch die Schwierigkeiten, die Reformmaßnahmen politisch durchzusetzen, eher steigen werden, der immense Finanzbedarf könne jedoch unter den gegenwärtigen Bedingungen nur von öffentlichen Stellen bereitgestellt werden. Die Banken verweisen daher allen voran auf die staatlichen Finanzinstitutionen, die ganz im Stile der bekannten Entwicklungshilfeideologie auch hier die Katalysatorenfunktion für den perspektivischen Zustrom von privatem Kapital übernehmen sollen.

Der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus in Osteuropa hat den bisherigen Ost-West-Konflikt hinfällig gemacht. Die jetzt nach dem Fall des Eisernen Vorhanges zutage tretenden wirtschaftlichen Strukturen, die Abhängigkeit von Rohstoffexporten bzw. rohstoffintensiven Produkten, die schmale Angebotspalette und die fehlende Wettbewerbsfähigkeit wie auch die rasche Zunahme der Verschuldung deuten darauf hin, daß diese neuen Beziehungen typische Formen der Nord-Süd-Konfiguration aufweisen. Da weder die westlichen Großkonzerne noch die Geschäftsbanken sich in absehbarer Zeit hier in einem bedeutenden Umfang engagieren werden, bleibt die Frage nach dem Stellenwert bzw. der Rolle öffentlicher Institutionen. Die hier bisher zugesagten Finanztransfers seitens der OECD-Länder, der EG wie auch der Weltbank werden nicht nur über mehrere Jahre gestreckt vergeben, sie fließen wie schon aus den übrigen Regionen der Dritten Welt in bekannter Manier an die westlichen Unternehmen zurück. Mindestens ebenso gravierend ist, daß diese Finanztransfers nicht wie seiner Zeit im Rahmen des Marshall-Plans auf Zuschußbasis vergeben werden, mithin die Verschuldung weiter steigen wird, während Kredit und Zins eines Tages, mit welchem "overkill-Programm" auch immer, zurückzuzahlen sind. Einzelne Politiker und Wirtschaftsfachleute haben daher verschiedentlich die Forderung nach einem neuen Marshall-Plan für Osteuropa erhoben. Die Resonanz der westlichen Expertencommunity, angefangen von der Weltbank, über die EG-Kommission bis hin zur UN-Kommission für Europa war in diesem Punkt jedoch eindeutig ablehnend: Die institutionellen Voraussetzungen für das Funktionieren von Märkten - so der Haupteinwand - sind hier nicht gegeben, etwaige Unterstützungsmaßnahmen müßten sich daher auf die Bereitstellung von Technischer Hilfe, Nahrungsmittelhilfe sowie ausgewählte Einzelprojekte beschränken. [16]

Wenig hoffnungsvoll dürften auch die Effekte der bisher abgeschlossenen Handels- und Kooperationsabkommen sein. In diesem Sinne warnt auch der Sonderreport der Deutschen Bank, daß der Erwartungshorizont für eine Ausweitung des Ost-Westhandels nicht zu hoch angesetzt werden sollte, eine Umlenkung der Handelsströme vom vormaligen RGW-Markt auf Märkte der westlichen Industrieländer sei auf absehbare Zeit kaum zu erwarten. [17]

Die Durchsetzung marktförmiger Regulierungsformen auf Weltebene geht keineswegs mit einer Verringerung von Konfliktpotentialen einher. Tatsächlich addieren sich zu den globalen Instabilitäten der Nord-Süd-Beziehungen neue Asymetrien im Ost-West-Gefüge, die nicht zuletzt durch die jetzt offener zutage tretenden Ungleichgewichte und Konkurrenzkämpfe zwischen den unterschiedlichen Machtzentren (USA, Japan, EG) weiter destabilisierend wirken. Wenn auch gegenwärtig keine präzisen Prognosen zu den Entwicklungsperspektiven Osteuropas möglich sind, so ist doch zumindest klar, daß die gegenwärtige Konstellation keinen Anlaß zu euphorischen Erwartungen bietet.

Wirtschaftlicher Verfall, steigende Auslandsverschuldung und ein Wiederaufflammen nationaler bzw. ethnischer Spannungen deuten hier eher auf ein hochexplosives Gemisch mit weitreichenden sozialen und politischen Verwerfungen. Die "vier kleinen Drachen" können daher kaum als realistisches Szenario herangezogen werden, eher zutreffend scheint wohl das lateinamerikanische "Modell".

Die jüngst vom Pariser Club beschlossene 50%ige Streichung der polnischen Auslandsschulden, selbstredend nicht ohne die Verordnung eines strikten Autoritätsprogramms, ist hier dennoch als ein erster Schritt in die richtige Richtung zu sehen. Bekanntlich ist gerade auch in der sog. Dritten Welt eine umfassende Schuldenstreichung eine erste Voraussetzung zur Lösung der drastischen Probleme.

Tatjana Chahoud

Anmerkungen:

1) Kostrzewa, W.: Verpaßt Osteuropa den Anschluß auf den Weltmärkten, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 144, Sept. 1988, S.22
2) ebda
3) Kostrzewa, W./Schmieding, H.: Die EFTA-Option für Osteuropa: Eine Chance zur wirtschaftlichen Integration des Kontinents, Kieler Diskussionsbeiträge No. 154, Sept. 1989, S. 6 f.
4) Winiecki, J.: Eastern Europe: Challenge of 1992 Dwarfed by Pressures of Systems Decline, in: Siebert, H. (ed.): The Completion of the Internal Market, Symposion 1989, Institut für Weltwirtschaft Kiel, Tübingen, 1990, S. 283 f.
5) Economic Commission for Europe (ECE) (Hrsg.): Economic Survey of Europe in 1989-90, New York 1990, S. 14
6) Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ): Entwicklung des internationalen Bankengeschäftes und der internationalen Finanzmärkte, Basel 1991, S.24
7) Chahoud, T.: Osteuropa - Neue Verschuldungsfallen, in: Weltwirtschaft und Entwicklung, 1990, Nr. 7
8) Vgl. ECE, a.a.O. S. 13 f.
9) Vgl. ebda, S. 244 f.
10) Sachs, J./Lipton, D.: Polands Economic Reform, in: ForeignAffeirs, 1990, No. 3, S. 59 f.; vgl. ferner: Süddeutsche Zeitung v. 11.5. 1991
11) Vgl. Ost-Wirtschaftsreport, 18. Jg. 1990, Nr. 22
12) Vgl. ECE (Hrsg.): Economic Survey of Europe in 1988-89, New York, 1989
13) Vgl. Ost-Wirtschaftsreport, 18. Jg. 1990, Nr. 21
14) Vgl. BIZ, a.a.O. S. 2
15) Vgl. ebda
16) Vgl. EG-Kommision (Hrsg.): Stabilisierung, Liberalisierung und Kompetenzverlagerung nach unten. Eine Bewertung der wirtschaftlichen Lage und des Reformprozesses in der Sowjetunion, in: Europäische Wirtschaft, Nr. 45, Brüssel 1991; ferner: IMF/World Bank/OECD/EBRD (Hrsg.): The Economy of the USSR, Washington D.C. 1990
17) Deutsche Bank (Hrsg.): Osteuropa-Special, Frankfurt/M. 1990, S. 65

Marktwirtschaft ist keine Traumlösung

Zur Entwicklungsperspektive osteuropäischer Volkswirtschaften

Marktwirtschaftliche Modelle haben sich in Osteuropa auf ganzer Linie durchgesetzt. Offensichtlich beweist sich hier die ideologische Kraft und Faszination der "unsichtbaren Hand" des Marktes bei Bevölkerung und Regierung. Wir kennen allerdings die Folgen, die marktwirtschaftliche Modernisierungskonzepte in Afrika und Lateinamerika angerichtet haben. Es ist zu erwarten, daß sich in Zukunft Menschen gegen den in Osteuropa als Heilsbringer verkündeten Kapitalismus wenden werden. Es gilt daher einerseits die verordneten Programme der Marktapologeten zu kritisieren, andererseits, wenn der Begriff Markt von dem ideologischen Schutt der Neo-Liberalen entschlackt ist, zu fragen, wo und unter welchen Bedingungen Markt ein Steuerungsinstrument sein kann.

Seit Mitte der achtziger Jahre hat in Osteuropa eine wirtschaftliche Talfahrt eingesetzt. Dieser Niedergang war bedingt durch die Ineffizienz der Planungsmechanismen, die Starrheit der Preissysteme, die in keiner Weise Angebots- und Nachfragekonstellationen widerspiegelten und die weitgehende bis völlige Zurückdrängung des privaten Wirtschaftssektors. Durch das staatliche Außenwirtschaftsmonopol, das direkte Kontakte der nationalen Betriebe mit dem Ausland verhinderte, und die Unmöglichkeit, nationale Währungen frei in fremde Währungen einzutauschen, gelang es, die heimische Wirtschaft mit ihrem willkürlich festgelegten Preissystem von der Entwicklung der Weltmärkte weitestgehend abzuschotten. Das Resultat dieser Abkopplung war eine zurückgehende internationale Wettbewerbsfähigkeit dieser Staaten im Ost-West-Handel, die sich letztendlich auch negativ in der Binnenwirtschaft bemerkbar machte. Die Verschuldung in westlichen Währungen nahm in den meisten Ländern zu. Die ökologischen Probleme verschärften sich und die schrittweise Öffnung der Grenzen in einzelnen Staaten führte zu einer besseren Information der Bevölkerung und wirkte sich eher negativ auf die Motivation aus, sich in diesem System für die Gemeinschaft einzusetzen. In den einzelnen Ländern kam es, mit Ausnahme Rumäniens, zu Versuchen, das System durch Reformen effizienter zu machen. Diese Versuche stellten aber nur ein Kurieren an den Krankheitssymptomen dar. In dieser Situation wird der Übergang zur Marktwirtschaft von den führenden Politikern und Ökonomen als der einzige Ausweg angesehen. Bei der Masse der Bevölkerung finden diese Entwicklungsperspektiven zunächst einmal großen Anklang. Nur durch ein eindeutiges Bekenntnis zur Marktwirtschaft war es auch den regierenden Politikern möglich, Unterstützung im Westen zu erlangen. In der Sowjetunion, wo die Hinwendung zu einer Marktwirtschaft bisher noch umstritten ist, werden Zusagen über westliche Hilfen unmißverständlich an Schritte zur Errichtung einer Marktwirtschaft gekoppelt, wie die Diskussionen im Vorfeld des Londoner Weltwirtschaftsgipfel im Juli 1991 verdeutlichen. Die Diskussion über alternative Entwicklungsmodelle findet nicht statt.

Mit dem Zusammenbruch der bisherigen planwirtschaftlichen Systeme begann eine Übergangsgsphase, in der die Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme völlig umstrukturiert werden sollten. Die Schritte hierzu verliefen recht unterschiedlich. In Polen wurden noch von der letzten sozialistischen Regierung Teilreformen in Angriff genommen, die durch eine partielle Preisliberalisierung unter Beibehaltung der alten monopolistischen Strukturen und Marktungleichgewichte, einen ungeheuren Inflationsprozeß erzeugten. Vorrangig wurde zunächst ein großer Teil der Preise von defizitären, hochsubventionierten Konsumgütern freigegeben, so daß teilweise durch Streiks erzwungene Lohnerhöhungen eine Inflationsspirale in Gang setzten. Dieser Inflationsschub, der in ähnlicher Weise nur noch in Jugoslawien stattfand, wird 1991 auch die anderen Länder erfassen, die ihre Preissysteme liberalisieren, ohne daß ein Gleichgewicht auf den Märkten bzw. eine Wettbewerbssituation auch nur annähernd besteht. Am drastischsten vollzieht sich diese Entwicklung in der Sowjetunion, in der noch typischer als in den anderen Ländern das alte planwirtschaftliche System außer Kraft gesetzt worden ist, ohne daß ein neuer funktionsfähiger Wirtschaftsmechanismus existiert. Das entstandene Vakuum, das noch durch die offen zu Tage tretenden Nationalitätenkonflikte verschärft wird, soll stabilisiert werden, indem die Regierung via Notenpresse Realeinkommensrückgänge einzelner Gruppen kompensiert. Das dadurch entstehende Staatsbudgetdefizit wird 1991 mindestens 25% des Staatshaushaltes ausmachen. Sowjetische Experten erwarten im Zuge dieser Entwicklung zum Jahresende eine Inflationsrate von 100 bis möglicherweise 1000%. In den anderen Ländern, wie der CSFR, Polen und Ungarn rechnet man mit Inflationsraten zwischen 30 und 60%.

Gleichzeitig mit der Abschaffung der Grundpfeiler der planwirtschaftlichen Systeme brach auch das System der internationalen Arbeitsteilung zwischen den RGW-Ländern zusammen. Wurde 1989 noch 52% des Außenhandels der osteuropäischen Länder im Rahmen des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe abgewickelt, so ging 1990 der Handel zwischen diesen Ländern um 20% zurück, während der Welthandel mit plus fünf Prozent expandierte.[1] In diesem Jahr dürfte der Einbruch noch stärker werden, da jetzt der Außenhandel direkt auf der Basis der Weltmarktpreise erfolgt und in konvertiblen Währungen abgerechnet werden soll. Dementsprechend hat die Sowjetunion ihren osteuropäischen Partnern im ersten Quartal 1991 nur noch 10% der letztjährigen Warenlieferungen abgenommen. Angesichts mangelnder Wettbewerbsfähigkeit werden sich die Leistungsbilanzdefizite der osteuropäischen Länder vergrößern und die Nettoverschuldung in westlichen Währungen, die von 1985 bis 1990 um 83% anstieg, dürften in einigen Staaten, insbesondere in der Sowjetunion weiter sprunghaft zunehmen.

Die Vorstellungen von der Marktwirtschaft

Der Begriff "Marktwirtschaft" ist in Osteuropa ausgesprochen unscharf. Nach Aussagen des tschechoslowakischen Finanzministers Vaclav Klaus existieren mehr als 50 verschiedene Bedeutungen des Begriffes "Marktwirtschaft" in Osteuropa.[2] Die Spannweite reicht von Vorstellungen, die sich an das sozialstaatliche schwedische Modell anlehnen, bis hin zu Vertretern der neoliberalen Schule. Zwischen den einzelnen Reformern gibt es keinen Konsens hinsichtlich der zentralen Ziele des Systemwandels. [3] Dementsprechend erstaunt es auch nicht, daß in den einzelnen Ländern die Konzeptionen für den Übergang zur Marktwirtschaft diffus sind. Die Stabilisierungsprozesse der Wirtschaft, die darauf abzielen, die Inflationsraten zu reduzieren und Marktgleichgewichte zu erzielen, eilen den strukturellen und institutionellen Anpassungsprozessen, die auf die Herstellung wettbewerbsfähiger Marktstrukturen abzielen, voraus, da es relativ leicht ist, die Stabilisierungsziele festzulegen. Schwieriger wird es jedoch, einen Konsens zu finden über die zukünftige Wirtschaftsstruktur eines Landes und den Aufbau neuer institutioneller Gegebenheiten. Damit werden nämlich Anpassungskosten, Arbeitslosigkeit, Reallohnverluste und der Zusammenbruch des sozialen und medizinischen Systems im Regelfall der Bevölkerung aufgebürdet. Auch über die Anpassungsgeschwindigkeit herrschen sehr unterschiedliche Meinungen. Deutlich werden bei einer Schocktherapie die kurzfristig sehr hohen Anpassungskosten gesehen, die zum jetzigen Zeitpunkt nicht sozial abgefedert werden können. Soziale Sicherungssysteme müssen erst noch geschaffen werden. Dementsprechend wird bei einer Entscheidung für die Schocktherapie eine politische Instabilität befürchtet. Bei einem langsamen Übergang besteht die Gefahr, daß die noch existierenden Verwaltungskader und Mitglieder der alten Nomenklatura versuchen, im Zuge der Veränderungen bisher staatliches Eigentum zu privatisieren.[4] Trotz allem Gerede über Schocktherapie muß man konstatieren, daß selbst in Polen, das von den Vertretern der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds beraten wird, eine Strategie nicht durchgesetzt werden konnte, die gleichzeitig die gesamtwirtschaftliche Situation zu stabilisieren beabsichtigte und die Errichtung neuer institutioneller Strukturen, wie den Aufbau eines Sozialversicherungssystems oder einer Behörde zur Wettbewerbskontrolle durchzusetzen vermochte. Die Ursachen für eine nur langsame Durchführung des Systemwandels sind zum einen zu sehen in der Unerfahrenheit und Unwissenheit über die theoretischen Grundlagen einer Systemtransformation und zum anderen in den fehlenden Erfahrungen mit den Grundlagen eines marktwirtschaftlichen Systems.

Die Voraussetzungen für die Schaffung einer Marktwirschaft

Gegenwärtig wird die Diskussion über die Schaffung der Voraussetzungen für die Errichtung einer Marktwirtschaft bestimmt von der Idee der Preisliberalisierung und der Schaffung privaten Eigen-

Foto: Ralf Blasius



tums an den Produktionsmitteln. Durch die Preisfreigabe glaubt man die bisherigen Fehler der zentralen Planung vermeiden zu können, denn Preise werden als Signale verstanden, die anzeigen, wie man die knappen Ressourcen einer Volkswirtschaft am besten nutzen kann. Dabei wird von der These ausgegangen, daß die Preissignale nur dann Beachtung finden, wenn die Ressourcen sich auch in privatem Besitz befinden.[5] Hieraus wird die Forderung nach Privatisierung der Wirtschaft abgeleitet. Darüber hinaus geht man davon aus, daß bei Vorhandensein von privatem Kapitalbesitz ein Streben nach effizientem Kapitaleinsatz gegeben ist. Somit wird Kapital nicht mehr verschwendet, da die Gefahr des privaten Verlustes besteht. Diese naive Sichtweise



Foto: Ralf Blasius

blendet das Vorhandensein von Marktversagen in Bezug auf eine ganze Reihe von Gütern aus. So besteht die Gefahr,daß ehemals staatliche Monopole nur durch private ausgetauscht werden. In Osteuropa, insbesondere in Polen und der CSFR,[6] hat die vereinfachte Sichtweise der Vorteile einer Privatisierung von Unternehmen zu einer vehementen Diskussion über verschiedene Möglichkeiten geführt, bisher staatliche Unternehmen in private Unternehmen umzuwandeln. Dieser Privatisierungsprozeß "von oben" führt aus mehreren Gründen nicht zum gewünschten Erfolg und geht am Kern der Sache, eine funktionierende Marktwirtschaft zu errichten, vorbei.

1. Das in den Ländern verfügbare Kapital reicht bei weitem nicht aus, um die bisherige staatliche Industrie zu kaufen. In Polen schätzt man, daß das vorhandene private Sparguthaben bestenfalls ausreicht, um 6 - 10% der nationalen Unternehmen zu privatisieren.[7])

2. Aber auch wenn ein Teil der bisherigen staatlichen Unternehmen der Bevölkerung, wie in der CSFR, in Form von Anteilen geschenkt wird, ergeben sich Probleme. Da viele Unternehmungen technologisch veraltet sind und die Kapitalausstattung weiterhin desolat ist, arbeiten die Unternehmen mit einer geringen Produktivität.

3. Hinzu kommt noch, daß die Unternehmen häufig Produkte herstellen, die veraltet bzw. von geringer Qualität und somit nicht mehr wettbewerbsfähig sind.

4. Des weiteren sind viele Unternehmen von der Schließung aus Umweltgründen bedroht bzw. für erhebliche ökologische Altlasten verantwortlich.

5. Häufig sind auch die Produktionsanlagen zu groß dimensioniert, um wirtschaftlich arbeiten zu können.[8]

Vor dem Hintergrund dieser Argumente wird sich zeigen, daß viele Firmenanteile, die verteilt werden sollen, mehr oder weniger wertlos sind und ihrem neuen Besitzer unerwartete Verpflichtungen aufbürden. Die Bevölkerung dürfte letztlich noch unzufriedener sein als zuvor, da der naive Glaube an die Wunderwirkungen einer Marktwirtschaft schwer erschüttert wird. Im Zusammenhang mit der von den Wirtschaftspolitikern verfolgten Strategie einer Privatisierung "von oben" wird das Dilemma der ehemals sozialistischen Staaten deutlich. Man versucht, wirtschaftspolitische Konzepte durchzusetzen, die ein Wirtschaftssystem voraussetzen, das sich erst im Stadium des Entstehens befindet. Eine derartige Privatisierung "von oben" setzt voraus, daß das neue Management sich an die Spielregeln einer Marktwirtschaft hält und sich dem Wettbewerb aussetzt. Des weiteren braucht man auch eine Infrastruktur, die eine reibungslose Versorgung mit Rohstoffen, Investitionsgütern und Krediten gewährleistet.

Die Gefahr der übereilten Anpassung an die Bedingungen des Weltmarktes besteht zum einen in einer dauerhaften Ausgrenzung großer Bevölkerungsteile aus den Bereichen Arbeit, Bildung und medizinische Versorgung. Die zweite Gefahr ist, daß Lehrbuch-Marktwirtschaftler die tatsächlichen Möglichkeiten osteuropäischer Industrien und Handelsstrukturen überschätzen und mit einer verfehlten Wirtschaftspolitik die Menschen in Osteuropa binnen zwei oder drei Jahren voll in die Abhängigkeit von den Metropolen bringen. Genau das ist zur Zeit der Fall. Daher ist es wichtig, eine Privatisierung von 'unten' als Alternative zu diskutieren. Damit sind die Schaffung von Rahmenbedingungen für die erfolgreiche Gründung von privaten Unternehmen und die Schaffung der Voraussetzungen für eine funktionierende Marktwirtschaft gemeint.[9]

Voraussetzungen sind:

1. Die Herstellung von privaten Eigentumsrechten, die neben einer weitestmöglichen Vertragsfreiheit auch ein Geschäftsrisiko vorsehen;

2. Die Errichtung eines funktionsfähigen Preissystems, das die Knappheit der Güter adäquat widerspiegeln sollte. Dabei darf nicht übersehen werden, daß das Preissystem dort seine Funktionsfähigkeit verliert, wo keine Eigentumsrechte durchgesetzt werden können, also z.B. bei kollektiven Gütern wie Umweltschutz oder Infrastruktur. Hier müssen staatliche Institutionen einspringen, um einen effizienten Einsatz der Ressourcen zu erreichen.

3. Ein funktionsfähiges Preissystem kann nur existieren, wenn auch eine stabile Währungsordnung besteht, so daß Inflationsgefahren beseitigt werden.

4. Gleichzeitig ist aber auch eine funktionsfähige Wettbewerbsordnung vonnöten. Dies trifft insbesondere auf die osteuropäischen Länder zu, in denen bis jetzt starke monopolistische Wirtschaftsstrukturen existierten; insbesondere die Zutrittsschranken für die einzelnen Märkte müssen sehr niedrig gehalten werden, um einen funktionsfähigen Wettbewerb zu gestalten. Nur dadurch wird gewährleistet, daß neue Anbieter in bisher monopolistische Märkte gelangen und Monopolgewinne abgeschmolzen werden.

5. Eng damit verbunden ist aber auch die Existenz von Kapitalmärkten. Private Unternehmen müssen die Möglichkeit haben, sich Fremdkapital durch die Banken zu besorgen, sei es in Form von Krediten oder in Form der Ausgabe von Aktien. Gerade durch funktionsfähige Kapitalmärkte wird das private Sparkapital der Finanzierung von Unternehmen zugeführt;

6. Nicht vergessen werden sollte, daß das Management der privaten Unternehmen die Funktionsweise einer Marktwirtschaft verstehen und über die spezifischen betriebswirtschaftlichen Kenntnisse verfügen muß, um Unternehmen erfol-

greich zu führen. Auch von den Arbeitnehmern sind neue Verhaltensweisen gefordert. Sie müssen erkennen, daß Interessensgegensätze für eine Marktwirtschaft normal sind und diese im Rahmen institutioneller Strukturen auch konstruktiv ausgetragen werden können. Diese Verhaltensweisen lassen sich nicht über Nacht erreichen, sondern sind das Ergebnis eines langen Lern-und Erfahrungsprozesses.

Angesichts der Tatsache, daß der Aufbau einer Marktwirtschaft sich nicht kurzfristig erreichen läßt und angesichts der Hypotheken des bisherigen planwirtschaftlichen Systems, muß der Transformationsprozeß hin zu einer Marktwirtschaft durch eine stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik und eine vorausschauende Strukturpolitik begleitet werden, die die Entwicklungsrichtungen für eine zukünftige an verstärkter Effizienz und Umweltbewußtsein orientierte Wirtschaftspolitik aufzeigen sollte. Dies bedeutet letztlich, daß der Staat gefordert ist, ein klares Konzept für den Übergang zu entwerfen und in der Anfangsphase bestimmt, wie die zukünftigen Wirtschaftsstrukturen aussehen sollen.

Die Rolle westlicher Staaten im Transformationsprozeß Osteuropas

Um eine dauerhafte Instabilität der gesamten Region zu vermeiden, ist der Westen gefordert, sich schnellstens zu überlegen, wie und wo gehandelt werden kann. Für die öffentliche Hilfe bedeutet dies nicht so sehr, projektungebundene Kredite zu vergeben, sondern Konzepte für die zukünftige Entwicklung der Wirtschaft in diesen Ländern zusammen mit osteuropäischen Politikern und Experten zu entwickeln. Des weiteren muß eine umfassende Bildungshilfe erfolgen, um die Defizite hinsichtlich der Funktionsweise von marktwirtschaftlichen Systemen zu beseitigen. Ein dritter Bereich ist die Verbesserung der Infrastruktur, um die Ansiedelung von neuen Unternehmen zu ermöglichen. Gerade durch eine Verbesserung der Distributionssysteme, d.h. z.B. Verbesserung der Transportmöglichkeiten und Lagerhaltungskapazitäten, ließen sich rasch die größten Ungleichgewichte bei der Konsumgüterversorgung vermeiden. Damit muß aber auch der Aufbau eines effizienten Verwaltungssystems verbunden sein, das auf der einen Seite die immer stärker blühende Untergrundwirtschaft eindämmen und auf der anderen Seite die Voraussetzungen für privatwirtschaftliche Direktinvestitionen bieten könnte. Betrachtet man die Anzahl der Joint Ventures, die in den letzten beiden Jahren entstanden sind, so scheint sich ein ungeheurer Boom in allen osteuropäischen Ländern abzuzeichnen. Allein im Jahre 1990 sind fast 10.000 solcher Gemeinschafts- oder Tochterunternehmen durch westliche Unternehmen gegründet worden. Doch der damit verbundene Kapitalzufluß ist spärlich. Die 2616 bis zum 1.1.1991 registrierten Direktinvestitionen in Polen werden nur zu einem ausländischen Kapitalzufluß in Höhe von 352,6 Millionen US $ führen, d.h. daß die durchschnittliche westliche Investition pro Firma nur 134.800 US $ beträgt. Daraus wird ersichtlich, daß es sich bei den meisten dieser Gemeinschaftsunternehmen nur um Kleinunternehmen, Repräsentanzen, Läden oder Verkaufsbüros handelt. Auch in der Sowjetunion mit 2050 ausländischen Direktinvestitionsobjekten zum 1.1.1991 belief sich der zugesagte Anteil des westlichen Kapitals nur auf 3.151 Millionen US $, was einer durchschnittlichen Kapitalbeteiligung von 1,5 Millionen US $ pro Joint Venture entspricht. Bei der Bewertung dieser bescheidenen Direktinvestitionen ist noch zu berücksichtigen, daß von Land zu Land unterschiedlich höchstens 20 - 30 % dieser Unternehmen ihre Arbeiten aufgenommen haben. Die Gründe für ein zögerliches Engagement sind darin zu sehen, daß gerade in der Sowjetunion die politische Lage als sehr instabil angesehen wird, die Kreditwürdigkeit (Bonität) sehr gering eingestuft wird und die fehlende Infrastruktur als ein entscheidendes Hindernis angesehen wird. Insbesondere tritt bei westlichen Geschäftspartnern immer wieder Verunsicherung ein durch die sich permanent im Fluß befindliche Gesetzgebung. Die organisatorischen Kosten für Direktinvestitionen werden als sehr hoch angesehen. Eine Bonitätsbewertung der internationalen Consultingfirma Ernst and Young zeigt sehr deutlich, daß für ausländische Investoren sich hinsichtlich der Geschäftsmöglichkeiten, politischen Risiken, Kreditwürdigkeit der betreffenden Länder, Wirtschaftslage, Stabilität und Infrastruktur eine deutliche Abstufung zwischen den einzelnen osteuropäischen Ländern ergibt. Als interessante Länder für Investitionen gelten Ungarn und die CSFR. Investitionen in Polen erscheinen noch vielversprechend, während die Investitionsmöglichkeiten in der Sowjetunion, Bulgarien und Rumänien skeptisch beurteilt werden.

Nur wenn die marktwirtschaftliche Entwicklung sich in Osteuropa als stabil erweist, sind die benötigten Direktinvestitionen in dieser Region zu erwarten.

Schlußfolgerungen

In Osteuropa wird die gegenwärtige Situation vor allem von verklärten Wunschträumen über die Erfolge der Marktwirtschaft bestimmt. Es wäre besser, nicht nur die verlockenden potentiellen Vorteile für die Bevölkerung in den Vordergrund zu stellen, sondern auch die Nachteile, insbesondere die Last der Anpassungskosten, klar zu erwähnen, und deutlich zu machen, wie diese Lasten zu bewältigen sind. Versäumt man dies, so wird man auf mittlere und längere Sicht eine gravierende Instabilität des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems hervorrufen. Eine Chance für eine bessere Zukunft wäre vertan, wenn man nicht nüchtern, realistisch und offen marktwirtschaftliche Entwicklungsperspektiven analysiert. Marktwirtschaft per se ist keine Traumlösung.

Horst Brezinski

Anmerkungen:

1. "Roßkur für den RGW", Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft, 18.4.1991, S.4.
2. Mont Pelerin Society: Was folgt dem Sozialismus?, Wirtschaftswoche, No. 38, 14.9.1990.
3. H. Brezinski, The Institutional Framework of Reforms: A Discussion, in: M. Kaser, A.M. Vacic (eds.), Reforms in Foreign Economic Relations of Eastern Europe and the Soviet Union, United Nations Economic Commission for Europe, Economic Studies No. 2, New York 1991, S.45.
4. Vgl. L. Radzhikovsky, "Amnesty for a Thief", Moscow News, No. 34, 1990, S. 10.
5. Vgl. "From Marx to the Market", The Economist, 11.5.1991, S.11.
6. Vgl. "Creating the Invisible Hand", The Economist, 11.5.1991, S.65ff.
7. Vgl. B. Mróz, Poland at the Threshold of the Mark et Economy: Private Sector Gains Momentum, in: Osteuropa Wirtschaft, Jg. 36, 1991, Heft 2.
8. Vgl. P. Murrell, 'Big Bang' versus Evolution: East European Economic Reforms in the Light of Recent Economic History, in: PlanEcon Report, Vol. VI, 26.6.1990, S.8f.
9. Vgl. H. Brezinski, Gründungs- und Wachstumsbedingungen für Privatunternehmen in postsozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen, in: A. Schüller (Hrsg.), Neuere Entwicklungen im Bereich der Eigentumsformen in Polen, Ungarn, in der CSFR und den neuen Bundesländern, Marburg 1991.
10. Vgl. H. Gabrisch, Schwierigkeiten bei der Gründung von Joint Ventures in Osteuropa, Forschungsberichte des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftssystemvergleiche Nr. 171, Wien 1991, S. 20. Vgl.
11. United Nations Economic Commission for Europe, East-West Joint Ventures News, No.7, Feb. 1991, S. 16.
12. Vgl. H. Brezinski, Joint Ventures in Poland: Western Experiences, in: Marie Lavigne (ed.), The Soviet Union and Eastern Europe in the Global Economy, Cambridge, im Erscheinen.

Auf dem Weg nach Europa

Eindrücke aus Ungarn und der CSFR

Mit dem Auseinanderbrechen der Machtstrukturen in Osteuropa, dem Ende der Herrschaft von zentralem Plan und Partei sind die ehemaligen Ostblockstaaten unvermittelt und unvorbereitet mit dem Weltmarkt konfrontiert. Die Bedingungen sind knallhart. Kredite gegen Strukturanpassung. Dazu gehört: Der Ruin der alten - zugegeben ineffizienten - Betriebe, das Ende der Vollbeschäftigung und die Verarmung breiter Bevölkerungskreise. Zur gleichen Zeit stößt sich eine kleine Elite gesund.

Die CSFR, Ungarn und Polen befinden sich nach eigenem Bekunden auf dem Weg in die - fast schon zum Mythos gewordene - Europäische Gemeinschaft. In Brüssel und Straßburg will aber von einer Erweiterung nach Osten niemand etwas wissen. Wirtschaftlich und von seiner Infrastruktur ist selbst Ungarn noch weit von den armen Ländern der EG, Portugal und Irland, entfernt. (1) Osteuropa ist auf dem Weg an die Europäische Peripherie.

Grenzübergang Weiden, Oberpfalz. Bei der Einreise steckt der Zollbeamte Werbezettel für eine nahe gelegene Wechselstube in die Ausweispapiere. In den Orten hinter der Grenze haben die meisten Häuser keinen Verputz, die Bürgersteige sind provisorisch angelegt, kaum Autos auf den Straßen. Die Luft stinkt nach Auspuffabgasen aus Zweitaktern und schlecht eingestellten Dieselfahrzeugen. Sonntags in Pilsen: Straßen und Plätze sind leer. Baustellen und Fabriken wirken verlassen - nicht erst seit dem Wochenende. In der Innenstadt Ruinen.

Ein ganz anderer Eindruck: Prag. Auf dem Wenzelsplatz vergoldet eine gutgekleidete Jugend ihre Zeit. Nur wenige sind Tschechoslowaken. Die meisten: junge Deutsche, Italiener und US-Amerikaner. Vielleicht sind auch ein paar Prager darunter: "Tauschen, Change?" Die D-Mark wird hier zu abenteuerlichen Kursen gehandelt.

Im Café Europa, ganz im Stil der Gründerzeit eingerichtet, fühlen sich die Devisenbringer wohl. Gepflegte Atmosphäre, ein junger Mann spielt Klavier. Einheimische können sich den Besuch hier nicht leisten.

Vom Wenzelsplatz weg durch die grauen und verlassenen Seitenstraßen der Prager Innenstadt. Jiri Danhelka, Pressereferent der Skoda-Werke ist skeptisch, was die Privatisierungen angeht. An der ganzen Privatisierung verdienen nur irgendwelche Karrieristen, sagt er. "Das Haus da vorne ist nun privatisiert. Da können Sie Billard spielen, da gibt es Striptease und solche Dinge." Der Rest, die vielen kleinen Läden in der Straße, ist noch staatlich.

Privatisierung

Seit Anfang 1991 läuft in der Tschechoslowakei die Kleine Privatisierung. Gaststätten, Einzelhandels- und Handwerksbetriebe werden meistbietend verkauft. Aber das Geschäft läuft schleppend. Erst 1350 der 70.000 zu versteigernden Unternehmen haben einen Käufer gefunden. Zugelassen sind bei den Versteigerungen nur Tschechoslowaken. Daß Ausländer aus dem Westen bei öffentlichen Versteigerungen mit ihren Strohmännern dabei sind, ist weder ein Geheimnis, noch scheint es irgend jemanden zu stören. 98 Mill. Kronen brachte das Prager Warenhaus PROSEC ein. Eine Summe, die kein Tscheche zahlen könne, so ein Mitarbeiter des Prager Finanzministeriums.[2]

Die Große Privatisierungsrunde steht 1992 an. Jeder der knapp 16 Mill. Tschechoslowaken kann im Herbst 1991 für 1000 Kronen (rund 70 Mark) Gutscheine, sogenannte Vouchers, kaufen. Diese können ab Januar 1992 gegen Aktien von Tschechoslowakischen Großbetrieben eingetauscht werden. Für die Große Privatisierung reicht das so aktivierte Privatvermögen aber nicht. Mehr als die Hälfte der Anteile sollen ab 1992 deshalb über die geplanten Börsen in Prag und Bratislava an internationale Anleger verkauft werden.

Die Erträge aus der Privatisierung werden für die Tilgung der Dauer- und Problemschulden der tschechoslowakischen Unternehmen verwendet. Das Modell: Die neugegründete Konsolidierungsbank in Prag, die direkt dem Finanzministerium unterstellt ist, übernimmt von den tschechoslowakischen Geschäftsbanken die nicht rückzahlbaren Unternehmenskredite. Die Einnahmen aus der Privatisierung, die über den Nationalen Eigentumsfonds an die Konsolidierungsbank gehen, werden dann zur Tilgung dieser Kredite verwendet. Bisher stehen aber Schuldentitel in Höhe von 600 Mrd. Kronen nur Einnahmen in Höhe von 950 Mill. Kronen gegenüber. Zusätzlich soll der Nationale Eigentumsfonds aus seinen Mitteln Entschädigungsforderungen früherer Eigentümer finanzieren und die Kassen von Städten und Gemeinden entlasten.

Wirtschaftliche Situation

1989 war die Ausgangsbedingung für den Weg der CSFR in die Marktwirtschaft im Vergleich zu anderen Ostblockländern gut: Niedrige Auslandschulden und eine vergleichsweise gute Versorgung der Bevölkerung auch mit Konsumgütern. Heute allerdings steht die tschechoslowakische Wirtschaft vor einem Dilemma. 1989 betrug der Anteil der COMECON-Länder am Außenhandel der CSFR noch 60%. Zwei Jahre später bricht der Exportmarkt Osteuropa weg. Auf dem Weltmarkt aber sind die Exportgüter nicht zu verkaufen.

Nur noch ein Fünftel der Exporte in die Sowjetunion im ersten Quartal 1990 konnten im ersten Quartal 1991 realisiert werden. Nur knapp ein Drittel der von Prag für den Export in die Sowjetunion aufgelisteten Waren wurden von der Moskauer Regierung akzeptiert. Zwar

nimmt der Handel mit westlichen Industrieländern zu, aber für das Gros der produzierten Waren gilt: weder können die Waren qualitativ auf den Weltmärkten konkurrieren noch passen die bisher geltenden technischen Normierungen und Standards mit westlichen Anforderungen zusammen. Der Handel mit der Sowjetunion bleibt auf Jahre unverzichtbar. Politische Unruhen dort, die Zahlungsunfähikeit der sowjetischen Kombinate lassen den Handel zum Erliegen kommen. 400.000 Arbeitsplätze in der CSFR sind bedroht.

Trotz der angespannten Haushaltslage und gegenteiliger Absichten greift hier die Regierung in Prag zu Subventionen. Zinsen, die Unternehmen für Kredite bezahlen, die sie aufnehmen mußten, weil ihr sowjetischer Partner nicht innerhalb der Zahlungsfrist bezahlen konnte, werden aus einem Regierungsfonds getragen.

Der ohnehin schwache Export ist zudem gefährdet. Die jahrelang geförderte rohstoff- und energieintensive Schwerindustrie hat, wie das Beispiel Hüttenbetriebe zeigt, aufgrund des weltweiten Rückgangs der Nachfrage nach Eisen- und Stahlerzeugnissen nur geringe Überlebenschancen. Zusammen mit Brasilien bieten die Ostblockstaaten jetzt ihren immer noch hochsubventionierten Stahl zu Dumpingpreisen auf dem Weltmarkt an. Ein anderes Problem: Seit der Skoda-Favorit einen Arbeiter oder eine Arbeiterin 50 Monatslöhne kostet, gibt es für den Favorit keinen Inlandsmarkt mehr. Die einzige Zukunft für Skoda: 95% der 1991 gefertigten Automobile sollen exportiert werden. Hauptimporteur: das krisengeschüttelte Jugoslawien. Und die Konkurrenz aus Japan oder Südkorea, die mehr Qualität zu ebenfalls günstigen Preisen anbietet, läßt auf dem internationalen Automarkt für den Billigproduzenten Skoda wenig Raum.

Probleme hat die Wirtschaft der CSFR auch durch die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten. Da die Betriebe der ehemaligen DDR nicht mehr bei ihren alten Lieferanten aus den RGW-Ländern, sondern im westlichen Ausland einkaufen, ist den tschechoslowakischen Betrieben auch der erhoffte Export ins Devisenland BRD nicht geglückt. Im Gegenteil: Sie wurden aus dem Markt gedrängt. Aus diesem Grund erhebt die Regierung in Prag gegenüber der Bundesregierung eine Forderung in Höhe von 600 Mio. Transferrubeln. Diese Forderung die der Wirtschaftsminister der Föderation, Vladimir Dlouhy, bei einem Besuch Mitte Juni in Bonn erhob, kam dort nur als Bitte an. Ganz unverbindlich und ohne nähere Angaben stellte die Bonner Regierung eine Entschädigung für betroffene tschechoslowakische Export-Unternehmen in Aussicht.

Sank im Gesamtjahr 1990 die Industrieproduktion noch um drei Prozent, waren es allein im März 1991 insgesamt 25%[3]. Die Schätzungen, wonach die Zahl der Arbeitslosen von rund zwei Prozent im Februar 1991 auf nur sechs Prozent Ende des Jahres steigen würde, werden sich als falsch erweisen. Die jüngsten Angaben zur Arbeitslosigkeit liegen schon im Mai bei knapp fünf Prozent. Schlüssel zum wirtschaftlichen Aufschwung sind dringend benötigte Investitionssummen, um die veraltete Industrie, deren Produktion 72% des Nationalprodukts ausmacht, zu modernisieren. Aber außer der Beteiligung von VW an Skoda, Mlada Boleslav, zeichnen sich keine größeren Abschlüsse ab.

"Ein gutes Lebensniveau erhalten und den Bedürftigen bessere Chancen geben", sagt Milan Kysely, verantwortlich für das Ressort Arbeitsförderung im Arbeitsministerium, seien die Hauptaufgaben der tschechoslowakischen Regierung. Im März wurden die Minimallöhne in Verhandlungen zwischen den Tarifpartnern auf 2000 Kronen festgelegt. Für die Regierung war dieser Abschluß zu hoch. Wegen der hohen Löhne, 2000 Kronen entsprechen rund 140 Mark, würden viele Betriebe ihre Arbeitskräfte entlassen. Lieber nicht produzieren. Die Forderung der Gewerkschaft lag bei 2600 Kronen im Monat. Im Mai einigten sich Regierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften nach erneuten Verhandlungen dann auf einen Mindestlohn von nur noch 1700 Kronen. Tatsächlich aber braucht eine dreiköpfige Familie rund 3500 Kronen monatlich, um leben zu können. "Und das ist schon sehr knapp bemessen", sagt Milan Kysely. Das Arbeitslosengeld ist mit 60% des letzten Gehalts auf sechs Monate berechnet. Danach gibt es noch 50%, mindestens aber 1800 Kronen. Nach einem Jahr bleibt dann nur noch die Sozialhilfe: 1200 Kronen im Monat. "Zum Sterben zuviel, zum Leben zu wenig".

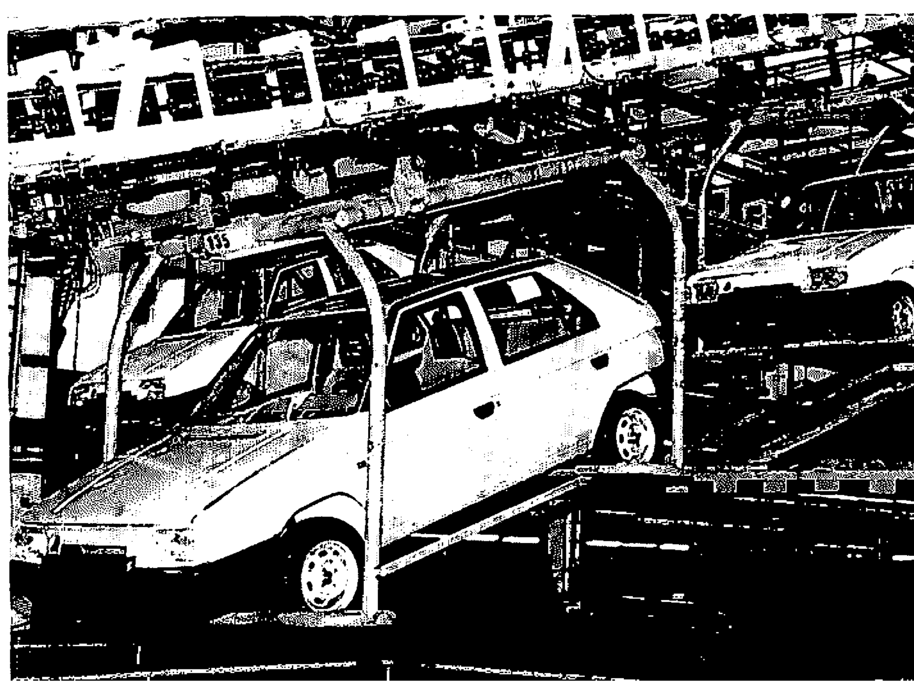
Trotz allem herrscht im Ministerium Zuversicht. Umschulungs- und Requalifizierungsmaßnahmen, Managerkurse im Westen und Modernisierung der Betriebe sollen dem wirtschaftlichen Zerfall entgegensteuern. Finanziert werden sollen die Maßnahmen aus den Budgets der lokalen Arbeitsverwaltungen. Mit finanziellen Mitteln für die Arbeitsverwaltungen ist es aber schlecht bestellt. Milan Kysely gibt das nicht gerne zu.

"Es gibt ein großes Interesse unserer Bevölkerung, im Ausland zu arbeiten", sagt Milan Kysely, aber "die Bevölkerung hat vereinfachte Vorstellungen, wie man im Ausland zu Arbeit kommt." Die Kontingente sind begrenzt. In einem Abkommen zwischen der CSFR und der Bundesrepublik gibt es nur drei Möglichkeiten, in der Bundesrepublik zu arbeiten. Über Werkverträge zwischen Firmen in der BRD und der CSFR, zur Schulung auf Managerebene oder im kleinen Grenzverkehr. Milan Kysely befürchtet, daß eine große Zahl Tschechoslowaken im Ausland schwarz beschäftigt ist. In Deutschland, Österreich, Italien und Jugoslawien.

Angesichts der Probleme, die auf die CSFR in den nächsten Jahren zukommen, ist es wichtig, daß das Ministerium für Arbeit und Soziales bis 1993 ein Sozialversicherungssystem aufbauen möchte. Bei den steigenden Arbeitslosenzahlen und den sich abzeichnenden sozialen Problemen ist es fraglich, wer in diese Sozialversicherungskassen noch einbezahlt und was ein solches System überhaupt leisten kann.

Reallohnverlust

In der Zeit von November 1990 bis März 1991 stiegen die Einzelhandelspreise insgesamt um 70%. Die Löhne aber sind im Vergleichszeitraum nicht gestiegen. Während Pensionen 1991 nur um 8 bis 11% steigen sollen, sind für die Löhne ganze 4% vorgesehen. Die Gewerkschaften fordern aber zu Recht mehr: 40%.



Exportschalger Nr. 1, der Skoda Favorit rollt vom Band: 95% gehen in den Export. Für Arbeiter ist der Favorit unerschwinglich.

Damit wäre wenigstens der Reallohnverlust aufgrund der Inflation ausgeglichen. Zum Jahresende 1990 wurde die Krone um 14% abgewertet, für 1991 werden nochmals 25% erwartet. Mit den drastischen Sparprogrammen soll das Vertrauen westlicher Investoren in die tschechoslowakische Wirtschaft gewonnen werden: Keine Subventionen mehr für einheimische Produkte und ein "funktionierender Arbeitsmarkt". Für Ende des Jahres werden rund eine Million Arbeitslose erwartet.

Nationale Spannungen

Die Spannungen innerhalb der Föderation, zwischen Slowaken und Tschechen, haben soziale Ursachen. Hundertausend Menschen demonstrierten Mitte März in Bratislava, der Hauptstadt der Slowakei, für eine größere Autonomie ihrer Teilrepublik. Die Forderungen reichten von größerer wirtschaftlicher Selbständigkeit bis zur Abspaltung aus der Föderation. Hintergrund ist die Politik des Föderalen Finanzministeriums unter dem Konservativen Vaclav Klaus. Subventionsstreichungen, Privatisierungen und Pleiten treffen die slowakische Wirtschaft hart. Gerade die hier ansässigen Maschinenbau-, Rüstungs- und Hüttenbetriebe sind vom Rückgang der Industrieproduktion stärker als die eher in der Tschechei angesiedelte Konsumgüterindustrie betroffen.

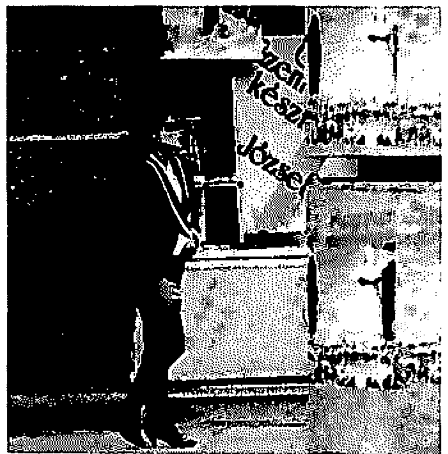
Die Separatisten haben aber keine Lösungen anzubieten. Die Palette reicht von der Vorstellung, die Exilslowaken in den USA würden eine autonome Slowakei vergolden, bis hin zum verklärten Blick auf den klerikalfaschistischen Staat in den 40er Jahren unter dem katholischen Geistlichen Josef Tiso.

"Ein Stück mehr Autonomie ist für die Slowakei aber wichtig", sagt Peter Namitzki, Redakteur beim Slowakischen Rundfunk in Bratislava. Möglich wäre dann ein Weg in die Marktwirtschaft ohne die einschneidenden Maßnahmen, hoffen gemäßigte Kreise in Bratislava. Eine vage Hoffnung. Bis Ende April hat der slowakische Ministerpräsident Meciar diese Position vertreten. Nachdem verschiedene Fraktionen im Parlament aus unterschiedlichen Gründen sich von der Regierung Meciar distanzierten, nutzten politisch klerikale Kreise die Gelegenheit zum Sturz der Regierung Meciar. An die Macht kam Jan Carnogursky, ein "Katholik von beinahe penetrantem Bekenntniseifer"[4], der einen Mittelweg zwischen den abgemilderten Reformen Meciars und dem Schockprogramm von Vaclav Klaus anstreben will. Demonstranten beschimpften den gerade gewählten Ministerpräsidenten schon als Verräter. Eine Woche später streikten im slowakischen Ziar nad Horem mehrere tausende Arbeiter gegen die Absetzung Meciars.

Die Tschechoslowakei kann, wenn sich die sozialen Spannungen entlang der Nationalitätengrenzen innerhalb der Föderation verschärfen, auseinanderbrechen. Der bisher nicht gerade für Wohlstand sorgende Wirtschaftsapparat der CSFR - der ohnehin vom Zerfall bedroht ist - könnte an den inneren Spannungen zerbrechen. Das aber wäre nicht mehr als der letzte Akt in der Tragödie von der sanften Revolution: Die voneinander abhängigen Landesteile würden sich nach der Befreiung vom Prager Zentralismus auseinanderdividieren und jeder für sich seinen eigenen Weg in die Armut suchen. Aber auch ohne ein Auseinanderbrechen der Föderation führt der Weg der Tschechoslowakei zunächst nicht zum erhofften Wohlstand, sondern an den Rand des wirtschaftlichen und sozialen Kollaps. Einer "Marktwirtschaft ganz ohne Adjektive", wie sie der konservative Finanzminister Vaclav Klaus schon seit 1989 propagiert. Auf Widerstand oder Opposition, die oder der sich jetzt erst organsieren muß, werden wir noch einige Jahre warten.

Kurz hinter der Grenze zwischen der CSFR und Ungarn, nicht weit von Österreich: Am Straßenrand eine Imbißbude. Hinter der Theke eine Frau mittleren Alters. An einem der Tische ein österreichisches Paar. Bier trinken und König sein im Nachbarland. Der Schmerbauch beleidigt fortgesetzt die Bedienung. "Die kapieren hier gar nichts", die Ungarn seien halt dumm.

In Ungarn die Sau rauslassen. In der ersten Stadt hinter der Grenze fallen allein bei der Durchfahrt fünf oder sechs Striptease-Lokale auf. Budapest gilt fast schon als Bangkok des Westens. Babystrich im Bahnhofsviertel der Donaumetropole. Gerade junge Frauen vom Land sind es, die nach Budapest kommen, und die hier über die Stricis, die Zuhälter, zur Prostitution kommen. Eine andere Perspektive gibt es für sie hier nicht. Als Prostituierte verdienen sie hier Summen, die sich nicht mit ihrem früheren Leben vergleichen lassen. Auf dem Plattensee lassen findige Jung-Unternehmer ihre Sex-Kreuzer vor Anker gehen.



Börse, utca Ferenc 5

In den Auslagen der Geschäfte an der Budapester Flaniermeile utca Ferenc locken Uhren, Schmuck und italienischer Designer-Chic. Modeboutiquen, Banken und Reiseagenturen wechseln sich ab.

Als hier an der Börse vor ein paar Monaten Aktien der Firma Fotex Rt. eingeführt wurden, standen hunderte Menschen mit Koffern voller Geld Schlange, so Anton Kunszt, Repräsentant der Dresdner Bank in Budapest.

Auf kaum 50 Quadratmetern drängen sich 25 Händler hinter ihren Terminals. Der Handel läuft schleppend. Erika Schalkhammer, Chief of Department Heads der Budapest Stock Exchange, nennt Zahlen: 100 bis 150 Geschäfte täglich mit Tagesumsätzen zwischen 50 bis 80 Mill. Forint.

Was diese Handvoll young urban professionals börsentäglich abzieht, ist mehr eine Show. Zumal das Handelsblatt die Umsätze geringer einschätzt: 6 bis 60 Millionen Forint [5]. Von den 30 Unternehmen, die vor knapp einem Jahr an den Start gingen, sind bis April 1991 noch acht übriggeblieben. Der Rest, heißt es lapidar, konnte den internationalen Bilanzierungsrichtlinien nicht entsprechen.

Die Börse habe sich als Ordnungsfaktor auf dem ungarischen Kapitalmarkt etabliert, so Erika Schalkhammer. Seit 1982 wurden unter Banken bereits festverzinsliche Wertpapiere gehandelt. Mitte der 80er Jahre waren auch Anteile an Joint-Venture-Unternehmen zu haben. Mit der Zulassung von privaten Anlegern Anfang 89 war die Börse als Institution zur Bündelung des Marktgeschäfts unverzichtbar. Beteiligt an dem Projekt sind ungarische Banken, Versicherungen und internationale Brokerhäuser mit Niederlassung in Budapest.

Inländisches Kapital werde meistens aus Spekulationsgründen in Aktien investiert, sagt Erika Schalkhammer. Die Leute seien sehr auf Kursgewinnmitnahmen aus. Ausländische Anleger begreifen die Börse als Privatisierungsmotor und kaufen sich in ungarische Unternehmen ein.

Verarmung

Zu Budapest gehören auch die 30.000 Obdachlosen, die Suppenküchen, die zum Teil von den Gewinnern der Privatisierung, der neuen Unternehmerschicht, betrieben werden.

Ob es nun ein Drittel der Bevölkerung ist, das nach offiziellen Angaben unter der Armutsgrenze lebt oder die Hälfte, wie der Dresdner-Bank-Repräsentant Anton Kunszt und Thomas Kraus, Historiker an der Elte-Universität und Mitglied der "Linken Alternative" übereinstimmend meinen, ist keine Zahlenspielerei. Durchschnittslöhne von umgerechnet 330 Mark, steigende Preise und eine jährliche Inflation von über 30% lassen in Ungarn keinen Optimismus aufkommen. Für eine Einzimmerwohnung in der Innenstadt von Budapest müssen schon mal 600 Mark gezahlt werden - in Devisen. Um-

fragen, die zum Jahresende 1990 durchgeführt wurden, zeigen, daß 84% der Ungarn schlechtere Zeiten erwarten[6].

Profitiert haben in Ungarn verschiedene Gruppen von dem wirtschaftlichen Umbruch. So die ehemaligen Parteikader, die aufgrund ihrer guten Beziehungen in die Leitungsebene der Betriebe gelangten. Profitiert haben auch die jungen Technokraten. Leitende Angestellte im Bank- und Versicherungswesen verdienen so viel wie ihre Kollegen im Westen, sagt Anton Kunszt. Etwa 500.000 Ungarn können aufgrund ihres Einkommens als wohlhabend bezeichnet werden.

Wirtschaftliche Situation

Während in den westlichen Medien behauptet wird, Ungarn sei der Vorreiter Osteuropas auf dem direkten Weg in die Europäische Gemeinschaft - und die Verhandlungen über ein EG-Assoziierungsabkommen scheinen dem Recht zu geben - ist die Situation alles andere als vielversprechend. Obwohl der Rückgang des Bruttosozialprodukts, 1991 voraussichtlich um 6%, bewußt in Kauf genommen wird, gibt es Anzeichen, daß die Regierung in Budapest nicht so erfolgreich ist, wie sie glauben machen will. Das Land mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung in Osteuropa muß trotz aller Anstrengungen eine steigende Auslandsverschuldung hinnehmen. Die Schuldendienstquote steigt, nachdem sie seit 1988 rückläufig war, wieder an. Trotz des zu erwartenden Zusammenbruchs der Exportmärkte im Osten macht Almos Kovacs, stellvertretender Staatsekretär im Finanzministerium, die Milchmädchenrechnung auf, der schon viele Schuldnerländer aufgesessen sind: mit den Einnahmen aus den Exporterlösen sollen die Zinsen der internationalen Gläubiger bedient werden. Die Gesamtschulden sollen nicht steigen, davon ist Almos Kovacs fest überzeugt. Nein, mit den Problemen der Dritten Welt hat Ungarn nichts zu tun.

Die Situation auf dem Weltmarkt ist für Ungarn immer noch alles andere als rosig. Unverändert hoch ist der Exportanteil an Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Halbfabrikaten. Zwar wurde in Folge der Joint-Ventures die Produktpalette erweitert. Aber grundlegend geändert hat sich nichts.

Die großen Betriebe in Ungarn sind hoch verschuldet. Was Anton Kunszt vorsichtig als fehlende betriebliche Substanz bezeichnet, ist die Tatsache, daß die technischen Einrichtungen in ungarischen Firmen keinen Wert mehr darstellen. Wegen fehlender Rücklagen können sich die Betriebe zudem eine Eigenfinanzierung der Modernisierung nicht einmal teilweise leisten. Die Produktion wird von den Banken immer noch als unrentabel und die Produkte als nicht konkurrenzfähig bezeichnet, so daß eine Finanzierung durch inländische Banken nicht in Frage kommt. Nur wenige Unternehmen können überleben, weil sie einen ausländischen Partner gefunden haben.

Interesse gibt es da schon eher für Joint-Venture-Projekte. Rund 5000 Unternehmen sind in Ungarn realisiert, von denen haben allerdings nicht alle den Geschäftsbetrieb aufgenommen. Das Interesse für bestehende Unternehmen aber sei zu niedrig. Denn der Kapitalbedarf ungarischer Betriebe wird auf 400 bis 500 Mrd. US-Dollar geschätzt. Eine Summe, die auch in Jahrzehnten nicht erreicht werden kann[7]. Und die ungarischen Haushalte selbst haben nur eine Milliarde US-Dollar auf ihren Konten gespart. Zwar zahlen die Geschäftsbanken 33% Guthabenzinsen, aber die für 1991 erwartete Inflation beträgt 30%. Eine Quellensteuer von 20% läßt Löhne, Gehälter und Erspartes statt auf die Sparkonten in den Konsum fließen.

Privatisierungen

Ab Juni diesen Jahres beginnt in Ungarn die Privatisierung von 20 Großunternehmen. Interesse an der Abwicklung des Big Deal haben 25 westliche Consulting-Firmen angemeldet. Ein bis drei Prozent vom Verkaufserlös werden von der Budapester Vermögensagentur, einer Art Treuhandanstalt, als Provision an die Consulting-Unternehmen gezahlt. Ein Erfolg zeichnet sich beim ungarischen Aluminiumtrust (MAT) ab. Bis Ende Juli sollen die Betriebe der MAT zu einer Holding (Hungalu AG) zusammengefasst werden. Bis zu 50% der Gesellschaftsanteile sollen ausländischen Investoren angeboten werden. Einen westlichen Partner benötigt die Hungalu vor allem, weil Ende diesen Jahres die Lieferverträge mit der Sowjetunion auslaufen und die Umorientierung auf westliche Absatzmärkte bisher nicht den erhofften Erfolg gebracht hat. Hauptinteressent an dem ungarischen Aluminium-Trust ist die österreichische Aluminium AG, Teil des Staatskonzernes Austrian Industries.

Undurchsichtige Geschäfte

Ganz durchsichtig sind die strukturpolitischen Entscheidungen nicht, die von der ungarischen Regierung gefällt werden. Das mangelhafte Telefonnetz soll in den kommenden Jahren modernisiert werden. 250 Millionen Dollar wurden von der Weltbank und der EG zur Verfügung gestellt. Den Zuschlag für 65% des Lieferumfangs 1991 bekam der ungarische Partner des schwedischen Konzerns Ericsson: Müszertechnika. Der Betrieb hat erst vor ein paar Jahren mit dem Zusammenbau von Computerteilen, die aus dem Fernen Osten importiert wurden, angefangen[8]. Erfahrungen mit Nachrichtentechnik hat der Betrieb nicht. Mehr als nur eine Randnotiz ist, daß der Präsident der Aktiengesellschaft Müszertechnika der Regierungspartei Ungarisches Demokratisches Forum sehr nahe steht und an der Ausarbeitung des Regierungprogramms federführend mitgearbeitet hat.

Auf dem Weg nach Europa

Mit einer Aufnahme Ungarns in die Europäische Gemeinschaft sei in diesem Jahrtausend nicht mehr zu rechnen, so der stellvertretende Vorsitzende der Wirtschaftskommission im ungarischen Parlament, Tardos. Allein über einen Assoziierungsvertrag, der frühestens am 1.1.1992 in Kraft treten kann, wird Ungarn zum Markt der westeuropäischen Industrieländer Zutritt erhalten.

Mit dem noch nicht ausgehandelten Vertragswerk sollen vor allem die gegenseitigen Importbeschränkungen fallen, und die Zölle, die bei der Einfuhr von ungarischen Gütern in die EG erhoben werden, sollen abgebaut werden. Bis auf Ausnahmen. Die EG wird weiterhin in sensiblen Bereichen das Nachbarland vom Markt fernhalten. Der für Ungarn so wichtige Export von Agrarprodukten wird weiterhin kontingentiert sein. Und die Zölle auf Stahl- und Textilprodukte, wichtige Ausfuhrgüter Ungarns, werden die ungarische Wirtschaft in ihrem Drang nach Westen bremsen.

Selbst die Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten, die schon Ende 1989 mit Assoziierungsverträgen um einige Staaten Osteuropas geworben hatten, erklärten auf ihrer Frühjahrstagung am 6.Juni 1991 in Kopenhagen, daß eine Ausweitung des Bündnisses nicht in Frage kommt. Damit verfolgt die NATO - ähnlich wie die EG - gegenüber den osteuropäischen Ländern einen Kurs, der an wirtschaftlicher und politischer Stabilität interessiert ist. Verpflichtungen eines Bündnisses wollen sich die Staaten Westeuropas offensichtlich aber ersparen. Zu unwägbar sind die Risiken, die von den nationalchauvinistischen Gewaltpotentialen wie in Jugoslawien oder Rumänien und der zu erwartenden politischen Instabilität aufgrund der verschärften Lebensbedingungen ausgehen. Thomas Kraus, Historiker an der Elt-Universität in Budapest und einer der Gründer der "Linken Alternative" in Ungarn sagt: "Wir rechnen noch diesen Herbst mit sozialen Unruhen in Ungarn, weil sich die Lebensbedingungen verschlechtern."

Hilmar Höhn

Anmerkungen

(1) Die Statistik im Anhang des Weltentwicklungsberichtes 1990 führt Ungarn zusammen etwa mit Algerien oder Uruguay unter den "armen Ländern mit mittleren Einkommen" auf.
(2) Süddeutsche Zeitung, 2.5.1991
(3) Handelsblatt, 24.4.1991
(4) Süddeutsche Zeitung, 30.4.1991
(5) Handelsblatt, 14.3.1991
(6) Süddeutsche Zeitung, 22.1.1991
(7) Handelsblatt, 12.2.1991
(8) Süddeutsche Zeitung, 12.2.1991

Rumänien - Rückbesinnung auf nationale Werte

"Die Quadratur des südosteuropäischen Kreises ist die gleichzeitige Überwindung von Unterentwicklung und Nationalismus" [1]

Über Rumänien ist in der Tagespresse wenig zu lesen. Wenn doch, dann wird über die Engpässe bei der Versorgung mit Milchprodukten, über handgreifliche Bürgerkonflikte und die wachsende Basis für die Wiederherstellung der Monarchie berichtet.
Der Tenor ist klar: leere Regale in den Läden, Verhinderung eines demokratischen Wandels durch die regierende "Front zur Nationalen Rettung", Radikalisierung der politischen Auseinandersetzungen, Korruption und Schwarzmarkt. Hierzulande fallen einem noch die Rumäniendeutschen ein, die in der Nachbarschaft wohnen, und daß in rumänischen Kinderheimen grausige Zustände herrschen. Letzteres hat deutsche Ehepaare schnell zur Eigeninitiative getrieben. Sie fahren nach Rumänien, schauen sich in den Heimen um und adoptieren Kinder, ohne die hierzulande vorgeschriebenen Formalitäten erledigen zu müssen. Schließlich war da noch das wahnsinnige Projekt der Zwangsumsiedlung von Dörfern in der Schlußphase der Ceausescu-Herrschaft, das medienwirksame Verhör und die anschließende Exekution Ceausescus. Das alles erscheint weit weg und sehr fremd.
Der Wahlsieg der "Front zur Nationalen Rettung" (66% der Stimmen) und ihres Präsidentschaftskandidaten Ion Illiescu (85% der Stimmen) im Mai 1990 ließen zunächst Gerüchte über einen Wahlbetrug aufkommen. Gerüchte gibt es viele in Rumänien, und mit ihnen wurde in der Vergangenheit und heute Politik gemacht. Der Vorwurf des Wahlbetruges stellte sich aber als nicht haltbar heraus. Die Zeit arbeitete für die "Front". Da war die schnell im Januar 1990 für den Mai angesetzte Wahl. Die "Front" wollte zunächst kein Mehrparteiensystem zulassen, entschied sich aber nach öffentlichen Protesten für extreme Parteienvielfalt. 256 Unterschriften und ein Wahlprogramm waren die Voraussetzungen für die Zulassung zur Wahl. Folglich gründeten sich zahllose Parteien. Ende des Jahres 1990 soll es weit über 110 Parteien und politische Gruppierungen in Rumänien gegeben haben.[2] Neugründungen und kurzer Wahlkampf sprachen für die Front. Jegliche Opposition wurde im Keim erstickt. Das einzige, was unter Ceausescu existierte, war eine überall und jederzeit gegenwärtige Securitate (die sich heute bei der Front aufgehoben fühlt) und ein Personenkult um Ceausescu. Letzteres machte sich die Front bei der Wahl zu nutze. Illiescu hatte sich schon Anfang der siebziger Jahre mit Ceausescu überworfen und galt nach einem Sturz des Conducators (Führer) als potentieller Nachfolger.
Es fanden sich auch bekanntere Oppositionelle und "kritische" KP-Mitglieder bei der Front. Die Front hat zwar - wie andere Parteien auch - kein nennenswertes Programm, dafür aber eine populäre Führung. Nach außen präsentiert sich die "Front" sozialdemokratisch und populistisch. Im Gegensatz zu den anderen Parteien konnte sich die "Front" als "Garant der sozialen Sicherheit"[3] glaubhaft darstellen. Sicherheit und Ruhe wollte die Bevölkerung.

Nationalisten und Minderheiten

Nur diejeniegen oppositionellen Parteien hatten einige Erfolge, die an ihre Traditionen aus der Zwischenkriegszeit anknüpfen konnten. So die Nationale Bauernpartei, die National Liberale Partei und die Sozialdemokratische Partei. Im Parlament vertreten ist auch die Allianz "Rumänische Union", als parlamentarischer Arm der Kulturbewegung "Vatra Romanesca" (Rumänische Heimstatt). Diese Gruppe steht in der rumänischen nationalchauvinistischen Tradition. Zwischen der "Vatra" und der "Front" soll es Verbindungen geben. Die Inhalte der "Vatra" erläuterte kürzlich ihr Chefideologe Ion Coja.[4] Nationalistisch sei sie in der Tradition des rumänischen Nationaldichters Mihai Eminescu (1850-1889). Eminescu war ein nationalistischer Vordenker, der seinerzeit in rassistischer und antisemitischer Manier gegen das Judentum agitierte. Coja hält dies für völlig legitim. Lebten 1938 noch 800.000 Juden in Rumänien, so sind es heute ganze 30.000. Coja weiter: "Ceausescu ermöglichte uns eine Wiederbesinnung auf unsere nationalen Werte." Heute sieht er das Problem in erster Linie bei den Ungarn in Rumänien. Sie sind "nicht antikommunistisch, sondern antirumänisch" und die "Demokratische Union der Ungarn in Rumänien", die auch im Parlament vertreten ist, müsse "als KP-Nachfolger angesehen werden." Überhaupt seien die zwei Millionen Ungarn in Rumänien "privilegiert". Die "Vatra" organisiert hingegen Demonstrationen "zur Verteidigung des Rumänentums" und hat ein "Verleumdungskomplott gegen Rumänien" ausgemacht. Die bisher größten Auseinandersetzungen gab es im März 1990 in Tirgu Mures, Siebenbürgen.
Die nationalistischen Auseinandersetzungen schürte aber auch der ungarische Ministerpräsident Antall, als er sich im Sommer 1990 als Präsident aller Ungarn, auch außerhalb der Staatsgrenzen (!), präsentierte.
Die Rumäniendeutschen sind mittlerweile auf 200.000 (1938: 800.000, Ende der vierziger Jahre: 400.000) geschrumpft. Ihr Ziel ist auch in Zukunft die Ausreise, trotz des Aufrufs von Illiescu, zu bleiben. Schließlich könnten sie deutsches Kapital anziehen und haben in der rumänischen Wirtschaft, v.a. im Handwerk, einen bedeutenden Stellenwert.

Ganz am Rande stehen die rumänischen Roma. Geschätzt werden sie auf zwei bis drei Millionen. Sie gelten für große Teile der Bevölkerung als minderwertig. Verfolgt und unterdrückt wurden sie zu jeder Zeit. Bis ins 19. Jahrhundert wurden sie als Sklaven behandelt. Im rumänischen Faschismus, der Antonescu-Diktatur, unter dem Stalinismus, unter Ceausescu ging die Verfolgung der Roma weiter bis heute. Für Ceausescu gab es schlicht keine Roma in Rumänien.[5]



Demonstration in Temesvar gegen Preiserhöhungen.

Foto: Reuter

Unter Ceausescu erlebte der rumänische Nationalismus einen neuen Aufschwung. Die Schriften der rumänischen Rechts- und Nationalideologen ließen sich auch für Ceausescus nationales, staatskapitalistisches Entwicklungsmodell gebrauchen. So darf es denn auch nicht verwundern, wenn es heute gewisse Toleranzen und Gemeinsamkeiten zwischen "Front" bzw. Nomenklatura und "Vatra" gibt.

Opposition

Die Opposition, im Parlament als "Nationalkonvention für die Schaffung der Demokratie" vertreten, wird durch die Regierung unterdrückt und verleumdet. So ließ die rumänische Regierung den von Studenten am 22. April 1990 aus Protest besetzten Universitätsplatz in Bukarest Mitte Juni 1990 durch angekarrte Bergarbeiter räumen. Die Bergleute veranstalteten in diesen Tagen eine Art Pogrom. Gejagt und geprügelt wurden alle, die nach Intelligenz aussahen.

Smaranda Enache, Wahlkandidatin und Vorstandsmitglied der "Bürgerallianz", wurde im April 1991 aus politischen Gründen aus ihrem Amt als Direktorin einer Puppenbühne in Neumarkt entlassen. In einem Interview[6] kritisiert sie die mangelnde Demokratisierung und die (immer noch) herrschende Nomenklatura. Beispielsweise sei ein Gesetz in Vorbereitung, das den Einsatz der Armee gegen die Bevölkerung ermöglicht und rumänischen Staatsbürgern, die "den guten Ruf des Landes" (Zitat aus dem Gesetzesentwurf) schädigen, die Staatsbürgerschaft aberkennen kann. Frau Enache sieht in der Rückkehr König Michael I. eine gewisse Garantie für eine demokratische Entwicklung. Er sei halt in Rumänien "sehr populär". Einer jüngsten Umfrage zufolge wollen 17% der Rumänen wieder die Monarchie.[7]

Die Opposition zeichnet sich durch mangelhafte Programmatik und dumpfen Antikommunismus aus.

Wirtschaftliche Perspektive

Rumänien war in den dreißiger Jahren noch Agrarland und Rohstofflieferant. Nach sowjetischem Vorbild wurde zunächst die Schwerindustrie und in den sechziger Jahren die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie aufgebaut. Ende der siebziger Jahre war die rumänische Wirtschaft vor dem Ruin. Verfehlte Investitionen (beispielsweise völlig überdimensionierte Industrien), eine heruntergewirtschaftete Infrastruktur und ein starrer Planungsapparat, der all das nicht sah, waren die Gründe. 1981 war Rumänien mit 10,1 Mrd.$ im Ausland verschuldet. Bis April 1989 waren diese Schulden restlos zurückgezahlt worden. Die Importe wurden drastisch reduziert, exportiert wurde alles, was sich verkaufen ließ, und die Bevölkerung wurde zu Sparmaßnahmen gezwungen. So wurden Wohnungen nur bis max. 13° C geheizt und am Arbeitsplatz wurde im Mantel gearbeitet. Eine Rückkehr zu diesen Verhältnissen wünscht sich keiner in Rumänien.

In einem Interview vom August 1990 in einer rumänischen Tageszeitung sagt ein Sprecher der rumänischen Jungliberalen: "Wir müssen zugeben, daß Rumänien (...) wegen des Chaos in der Wirtschaft und wegen des Rückstands, was die Fähigkeit der schnellen Umstellung der ökonomischen Strukturen anbelangt, zur Dritten Welt gehört. Es gibt Beispiele aus der Dritten Welt für eine Politik, die rapide zur Bildung einer *middle class* und zu wirtschaftlichem Wohlstand führten. Südkorea ist diesbezüglich aufschlußreich". [8] Südkorea bezahlte dies bekanntlich mit einer vierzigjährigen Entwicklungsdiktatur. Der mittlerweile zurückgetretene Chefideologe der "Front", Silviu Brucan, geht dabei in die gleiche Richtung, wenn er behauptet, man hätte in Rumänien gerne eine Ökonomie wie in Südkorea und eine Sozialpolitik wie in Österreich. Seiner Ansicht nach ist die Strategie der Abkopplung vom Weltmarkt gescheitert. Man wolle auch nicht eine Schocktherapie wie in Polen und Ungarn, sondern "eine schrittweise Einführung der Marktwirtschaft, die, soweit möglich, die Kontrolle über den ganzen Prozeß behalten will, um die negativen Auswirkungen des Marktsystems abzuschwächen."[9]

Im Oktober 1990 wurden die Löhne freigegeben, im November wurde der Lei abgewertet und die Preise - mit Ausnahme von Grundnahrungsmitteln, Mieten und Energie - freigegeben. Die Subventionen werden nach und nach abgebaut, ausländische Kapitalanleger erhalten im Zuge der Privatisierung weitreichende Vergünstigungen.[10]

Was aus der europäischen Peripherie wird, deutet R. Wagner sehr treffend an: "Osteuropa ist im Begriff sich zu teilen:in Ostmitteleuropa und Südosteuropa. Eine unsichtbare Linie zieht sich entlang der ehemaligen südosteuropäischen Grenzen des k.u.k. Reiches. Sie spaltet nicht nur Jugoslawien, wo Slowenien und Kroatien sich nach Mitteleuropa tasten, und Rumänien, dessen Regionen Banat und Siebenbürgen sich auf eine ostmitteleuropäische Identität berufen, sondern selbst die Ukraine". [11]

uju

Anmerkungen:

1) Richard Wagner, Sonderweg Rumänien, Rotbuch Verlag, Berlin 1991, S. 131
2) SZ v. 1.12.1990
3) Wagner (1991), S. 15
4) taz v. 15.5.1991
5) s. Pogrom Nr. 154, Juli 1990,
6) FAZ-Magazin v. 23.5.1991
7) FAZ v. 23.5.1991
8) Wagner (1991), S. 42
9) Monatszeitung (Wien) v. Juli 1990
10) HB v. 27.5.1991
11) Wagner (1991), S. 9
weitere Quellen: Osteuropa-Info Nr. 70/71, Junius Verlag, Hamburg 1987, R. Wagner/H. Frauendorfer (Hg.): Der Sturz des Tyrannen, Reinbek 1990

Zivilgesellschaft in Osteuropa

Der endgültige Zusammenbruch des Realsozialismus in Osteuropa Ende der 80er Jahre hinterließ ein Vakuum. Erst nach und nach beginnt eine Diskussion darüber,wie der Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft zu gestalten wäre. Einer der wichtigen theoretischen Vordenker in dieser Frage, der US-Ökonom Jeffrey D. Sachs, flüchtet sich bei seiner Analyse der 'Übergangsprobleme' in der Zeitschrift 'Transit - Osteuropäische Revue' in Vergleiche: "Die Philosophie des Übergangs zur Marktwirtschaft heißt: Schnell und umfassend operieren, jeden Dritten Weg meiden. Die kommunistische Wirtschaft hat ihre Logik, die kapitalistische Wirtschaft hat ihre Logik; aber die Mischung von beiden hat keine Logik. Die Idee einer schrittweisen Reform läuft auf das gleiche hinaus, wie wenn man in England den Linksverkehr auf rechts umstellen würde, indem man mit den Lastwagen anfängt" (Transit,S.107).
Dieses Credo des Marktapologeten Sachs, der den Menschen nicht nur in Polen (dort ist Sachs Regierungsberater) eine sogenannte 'Schocktherapie' aufzwingt und ihnen gleichzeitig das ökonomische Himmelreich verspricht, kann sich die Mitsprache der Werktätigen bei der Gestaltung ihrer Arbeitsverhältnisse nicht vorstellen. "Ein großes Problem in Polen besteht heute darin, daß die Arbeiterräte immer noch meinen, die Arbeiterselbstverwaltung sei eine legitime Alternative" (ebd.).

In deutlichem Widerspruch zu Forderungen nach einer 'freien' Marktwirtschaft stehen die in 'Transit' geäußerten Beschwörungen einer 'Zivilgesellschaft'. Zivilgesellschaft wird dabei mit westeuropäischer Demokratie und der Versöhnung von Ökonomie und gesellschaftlicher Partizipation gleichgesetzt.
Da wird von Ralf Dahrendorf euphorisch der große historische Bogen geschlagen. Von 1789 über 1848 bis 1989; "überall finden sich die Keime des Freiheitsstrebens" (Transit S.35). Heute wird Zivilgesellschaft von liberal-bürgerlicher Seite als Stütze bzw. als gesellschaftliches Pendant zur Wirtschaftsform Kapitalismus interpretiert. Aber genau diese Verbindung ist seit Bestehen der bürgerlichen Gesellschaft (1789) gestört. Politische Partizipation und private Verfügung über Produktionsmittel sind nicht harmonisierbar, sondern führen unausweichlich zu Konflikten. Liberale Wirtschaftspolitik kennt keine moralischen Werte, wie Gerechtigkeit etc., sie ist allerdings im abstrakt ökonomischen Sinn scheinbar effektiv.
Geprägt hatte den Begriff der 'societa civile' (Zivilgesellschaft) allerdings der marxistische Theoretiker Gramsci. Er suchte in den dreißiger Jahren, nach dem Ausbleiben der von Lenin prognostizierten Revolutionen in Westeuropa, nach neuen Wegen die kapitalistische Formation zu überwinden.
An die Tradition Gramscis knüpfen Theodore Friedgut und Lewis Siegelbaum an, in ihrem Essay 'Perestroika from Below: The Soviet Miners Strike and its Aftermath', in der Nr. 181 der New Left Review (London). Es geht um die Neuorganisierung des Lebens sowjetischer Kumpels im Donezbecken nach dem Zusammenbruch der sie bevormundenden Strukturen des 'Realen Sozialismus'. Ihre Sicht und ihre Vorstellungen von gesellschaftlicher Partizipation, sozusagen die sowjetische Variante der Zivilgesellschaft (Perestroika von unten) stehen im Zentrum der Analyse. Es werden Lebens- und Organisationsformen beleuchtet,die in den bundesdeutschen Debatten viel zu kurz kommen.

Typisch für den hiesigen Umgang mit osteuropäischer Realität sind die Beiträge im Kursbuch Nr.102 (Mehr Europa).Zum einen wird deutlich das klägliche Versagen der westdeutschen Linken beim Umgang mit der ehemaligen Opposition in Osteuropa angeprangert (Krisztina Koenen). Die Menschen, die im Dezember 1981 nach dem Militärputsch in Polen auf die Straße gingen, waren für den großen Teil der Linken eine kleinbürgerliche Minderheit. Überhaupt hatte die Linke, laut Koenen, ein zwiespältiges Verhältnis zu Osteuropa. "Manches wurde zwar hochstilisiert, aber wirklich gemocht haben sie diese Länder nie. Auf jeden Fall nicht so wie die Länder der Dritten Welt. Wenn man sich schon gegen das Elend der anderen engagierte, mußte dieses Elend etwas Spektakuläres sein, Hunger, Ausbeutung, schroffe soziale Gegensätze. Es mußte auf einen Klassenbegriff zu bringen sein. Aber auf jeden Fall mußte es hier die Guten (Dritte Welt) und dort die Bösen (Imperialismus) geben" (S.20).
Zum anderen steht man hilflos vor der heutigen sozialen und politischen Realität dieser Länder. "Einerseits findet eine schnelle Kapitalisierung und Verwestlichung in der Realität statt, andererseits eine ebenso radikale Patriarchalisierung und Konservatisierung in den Köpfen und Herzen. Der Traum vom tausendjährigen Königreich Ungarn steht die Perspektive einer computergesteuerten, womöglich gentechnologisch ausgerüsteten Republik Ungarn des Jahres 2000 gegenüber - die Welt von gestern und die Welt von morgen in mehr oder weniger friedlicher Koexistenz. McDonalds zieht in die Pußta, und Piroschka entdeckt ihr Herz für Eduscho" (S.68).
Ein eigenständiges, kritisches Verhältnis zur osteuropäischen Revolution und zu ihren gesellschaftlichen Trägern hat sich bis heute nicht eingestellt, da weder die Fehler der Vergangenheit aufgearbeitet, noch die Lebensrealitäten und Zukunftsvorstellungen der osteuropäischen Menschen zur Kenntnis genommen werden.
Zwar wurde Gorbi seit Mitte der 80er Jahre zu einem neuen Kennedy hochstilisiert und bei "Konkret" konnten jetzt endlich wieder Poster geordert werden. Durch solcherart oberflächliche Betrachtungsweise verfiel die Linke aber, nachdem das sozialistische Experiment Ende der achtziger Jahre auch in der Sowjetunion gescheitert war, in eine auch bei anderen Themen bekannte Ratlosigkeit.

gelu

Transit (Europäische Revue) Nr.1, Frankfurt/M, 1990

Kursbuch Nr.102, Berlin 1990

Theodore Friedgut/Lewis Siegelbaum: 'Perestroika from Below: The Soviet Miners Strike and its Aftermath', New Left Review, Nr.181, London 1990

Buchtip

Der wilde Osten

Die Neuordnung Europas kennt zwei gegenläufige Tendenzen: Wohlstand und Integration im Westen, Verelendung und Desintegration im Osten. Nach dem Fall von Mauer und Stacheldraht hat sich Osteuropa den Kräften der Marktwirtschaft schutzlos ausgeliefert. Die sozialen und wirtschaftlichen Folgen sind umso unabsehbarer, als 40 Jahre deformierte Planwirtschaft den Erben der kommunistisch genannten Parteidiktaturen kein stabiles soziales Sicherungssystem, sondern eine "Mondökonomie" hinterlassen haben.
Hannes Hofbauer beschreibt in sieben Reportagen "vom Rande Europas" jene hochexplosive Mischung aus Elend und aufkommendem Nationalismus. Seine Stationen sind Ungarn, die Sowjetunion, Bulgarien, Rumänien, die Ex-DDR, Polen und die CSFR. Das Buch ist soeben im Pro Media Verlag, Wien, erschienen. 184 Seiten mit zahlreichen Fotos, DM 28,-

Von der Befreiungsbewegung zur Staatsmacht

Bücher zu Zimbabwe

Veröffentlichungen in deutscher Sprache, die sich mit den politischen Herrschaftsstrukturen in Zimbabwe seit der Unabhängigkeit auseinandersetzen, sind selten. 1990, im zehnten Jahr der Unabhängigkeit Zimbabwes, erschien mit dem Buch **Von der Befreiungsbewegung zur Staatsmacht** von Renate Kreile die erste ausführliche Publikation in deutscher Sprache zu diesem Thema. In ihrer Einleitung nennt die Autorin als ihr Ziel, "Möglichkeiten und Grenzen einer Befreiungsbewegung an der Macht angesichts restriktiver externer Rahmenbedingungen und interner Voraussetzungen zu analysieren sowie die Widersprüche und Perspektiven des komplexen nachkolonialen Transformationsprozesses zu verdeutlichen." Als theoretischen Bezugsrahmen wählte sie dabei ein dependenztheoretisches Analysekonzept, welches von einer relativen Autonomie, d.h. einem begrenzten Handlungsspielraum der zimbabwischen Staatsbürokratie gegenüber dem metropolitanen Kapital ausgeht.

Das Buch ist in sechs Abschnitte untergliedert. Neben den theoretischen Ausführungen im ersten Abschnitt werden zunächst die Ausgangsbedingungen und das sozioökonomische Erbe dargestellt. Darauf aufbauend werden die Entwicklungspolitik der ZANU-Regierung und ihre Auswirkungen auf die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen analysiert. Sozioökonomische Krisentendenzen, die Zunahme gesellschaftlicher Konflikte und die Herausbildung des Einparteienstaates sind die Schwerpunkte der Abschnitte vier und fünf. Zuletzt wird die Abhängigkeit von Südafrika als Entwicklungshemmnis und der Versuch sich durch regionale Kooperation, z.B. mit Hilfe der Southern African Development Coordination Conference - SADCC zu befreien, näher beleuchtet.

Das Buch bietet einen guten Überblick über die nachkoloniale Entwicklung Zimbabwes. Die Änderungen in den verschiedenen Politikfeldern (Agrarreform, Bildungswesen, Frauenpolitik u.a.) werden ausführlich dargestellt und in den sozioökonomischen Kontext eingeordnet.
Das Kapitel zum Einparteienstaat (EPS) hätte durchaus ausführlicher sein können. Der (mittlerweile vom ZK der ZANU aufgegebene) Anspruch, den EPS de jure einzuführen, seine Funktion als Herrschaftssicherung für die ZANU, die Auswirkungen des EPS auf die politische Kultur sowie die Partizipationsmöglichkeiten der gesellschaftlichen Gruppen unter diesem ZANU-regierten EPS werden zu kurz beleuchtet, obwohl es gerade bei diesen Themen interessant gewesen wäre, die Frage der Handlungsspielräume und -alternativen zu diskutieren.

Interessante Innenansichten bietet das ebenfalls 1990 erschienene Buch **Der Weg nach Zimbabwe** von Klaus-Jürgen Schmidt, der mehrere Jahre als Medienexperte beim zimbabwischen Hörfunk beschäftigt war und jetzt als Rundfunkkorrespondent und Journalist in Zimbabwe arbeitet.
Der Autor läßt die Leser hinter die Kulissen der Medienmacher in Zimbabwe, aber auch bei seinem früheren Arbeitgeber Radio Bremen blicken, zeigt auf, mit welchen Problemen der Aufbau eines Rundfunk- und Fernsehwesens im nachkolonialen Afrika konfrontiert ist.
Das Buch ist in zwei voneinander relativ unabhängige Teile untergliedert. Teil I (ca. 200 Seiten) reflektiert sein "eigenes Hineinwachsen in den Beruf eines professionellen Beobachters der Fremde", ist sozusagen ein "persönlicher Rechenschaftsbericht", wie er es selbst bezeichnet. In Teil II (ca. 80 Seiten) werden in zahlreichen Stichworten die Entwicklung aller Bereiche der zimbabwischen Gesellschaft von der Kolonialzeit bis heute dargestellt.
In Rückblenden versucht Schmidt zu Beginn des Teil I seinen persönlichen Weg nach Zimbabwe nachzuvollziehen. Stationen auf dieser Reise in "fremde Denk- und Kommunikationsstrukturen" sind Mexiko, China, Vietnam und eben Zimbabwe.
Selbstkritisch versucht Schmidt in seinem Buch aufzuzeigen, warum ein Dialog zwischen Menschen unterschiedlicher Kulturen häufig nicht gelingt und Mißverständnisse unerkannt bleiben. In einem spannenden und amüsanten Erzählstil berichtet er von zahlreichen Episoden mit seinen Kollegen, von Problemen und Erfolgen bei den Produktionen, von gut gemeinten Vorschlägen seinerseits, die aus zimbabwischer Sicht völlig absurd sind, von unterschiedlichen Wahrnehmungsweisen z. B. darüber, ob ein Bild schief ist oder nicht und was dies bedeutet. Gerade die Szene über das schiefe Bild zählt zu den interessantesten des Buches, denn sie bietet auch Erkenntnisse darüber, wie ein Expertenverhalten - zwar durchaus gut gemeint - schief liegen kann, ohne daß dies wahrgenommen wird.

Aus nicht ganz verständlichen Gründen verläßt Schmidt gegen Ende des Teil I diesen persönlichen Erzählstil. Die anschließenden eher allgemein gehaltenen Berichte über politische, gesellschaftliche und ökonomische Probleme in Zimbabwe (von der Korruption bis zu den Problemen des Artenschutzes), führen zu einem Bruch und sind weitaus weniger spannend, zumal vieles davon auch in anderen Büchern oder Artikeln schon geschrieben wurde. Gleiches gilt für den gesamten Teil II, dessen Informationen zumeist in den vorhandenen Reiseführern über Zimbabwe zu finden sind. Durch dieses Zusammenmischen völlig unterschiedlicher Themen und Darstellungsweisen fehlt dem Buch daher gegen Ende der rote Faden, wirkt es willkürlich zusammengesetzt. Trotzdem ist die Lektüre von "Der Weg nach Zimbabwe" nicht nur Zimbabwe-Reisenden zu empfehlen, sondern allen, die versuchen, die Fremde zu verstehen.

Renate Kreile: Zimbabwe - Von der Befreiungsbewegung zur Staatsmacht, Band 144 Sozialwissenschaftliche Studien zu internationalen Problemen, Verlag Breitenbach Publishers, Saarbrücken, Fort Lauderdale 1990, 236 S., 33,- DM

Klaus-Jürgen Schmidt, Der Weg nach Zimbabwe oder Versuche, die Fremde zu verstehen, Ergebnisse Verlag, Hamburg 1990, 283 S., 29.80 DM

Richard Brand

"Bärliner Kaffeegenossenschaft" gibt auf

Im Juni dieses Jahres hat die Bärliner Kaffeegenossenschaft e.G. den Import und Vertrieb von Nicaragua-Kaffee eingestellt. Diese Entscheidung resultiert einerseits aus der veränderten Lage in Nicaragua seit dem Regierungswechsel, andererseits aber auch aus den Problemen der Solidaritätsbewegung in Deutschland.
Der Direktimport von Kaffee aus Nicaragua erfolgt über die staatliche Exportfirma Encafé, d.h. der Kaufpreis fließt zunächst in die Kassen der Chamorro-Regierung. Die BärlinerKaffeegenossenschaft hält es daher für fraglich, ob die Gelder weiterhin zu den vorgesehenen Projekten und Organisationen gelangen.
Die Finanzierung des Projektes "La Paz del Tuma" - eine Kaffeeverarbeitungsanlage -, in das bisher die Spendengelder geflossen sind, ist nahzu abgeschlossen. Neue Projekte sind zur Zeit nicht in Sicht, da es unklar ist, ob die zu unterstützenden Kooperativen weiterbestehen werden.
Die Bärliner Kaffeegenossenschaft versteht sich nicht als reine Handelsorganisation, sondern will auch in der Bundesrepublik politische Arbeit leisten. Mangelnde Unterstützung, wohl bedingt durch eine allgemeine Orientierungskrise der Solidariätsbewegung mit Nicaragua und nachlassende Motivation innerhalb der Gruppe selbst, veranlaßten die "Bärliner" zur Aufgabe.
Die Kundschaft braucht deshalb jedoch nicht auf ihre "Sandino-Dröhnung" zu verzichten, da sie in Zukunft von dem Hamburger Verein "El Rojito" beliefert wird. Diese Gruppe, die 1987 aus ehemaligen Mitgliedern einer Nicaragua-Arbeitsbrigade entstanden ist, hält es auch zukünftig für sinnvoll, Kooperativen und Gewerkschaften in Nicaragua durch den Kaffeehandel zu unterstützen. Die Erlöse werden weiterhin in das Projekt "La Paz del Tuma" fließen, da andernfalls die Anlage nicht in Betrieb gehen kann. Außerdem wird ein Ausbildungs- und Schulungsprogramm der Landarbeitergewerkschaft ATC gefördert.

uli

Adresse:
"El Rojito" e.V.
Große Brunnenstr. 74
2000 Hamburg 50
Tel.: 040/390 68 98

Internationale Bildungshilfe

Mitarbeiter des Berliner Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung haben an die Adresse der Fraktionen in den neuen Landtagen des bundesdeutschen Anschlußgebietes ein Schreiben mit dem Ziel gerichtet, daß jeweils ein Prozent der für den Schulsektor aufgewendeten Mittel als internationale Bildungshilfe zur Verfügung stehen soll. Mindestens 50 Prozent dieser Mittel sollen nach Vorstellung der Initiative der UNESCO bzw. sonstigen im Bildungsbereich arbeitenden Einrichtungen der UN direkt zur Verfügung gestellt werden. Der Rest ist für unmittelbare Kooperationsprogramme des jeweiligen Bundeslandes im Bildungssektor gedacht.
Diese Konzeption bietet einige Vorteile: Zum einen verfügen die Länder angesichts der innerstaatlichen Kompetenzaufteilung über ein größeres Fachwissen, zum anderen sind sie - was die Förderung von Kooperationsprogrammen angeht - in der Lage, 'basisnäher' zu arbeiten. Während bei einer Förderung durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) nicht selten die Tendenz besteht, daß Förderungsentscheidungen beispielsweise durch außenwirtschaftliche Erwägungen oder sonstige 'übergeordnete Belange' nach Gusto der jeweiligen Regierungsmehrheit in Bonn festgelegt werden, besteht bei einem Länderengagement eine Chance, daß insgesamt eine Politik greift, die sich weniger als die des BMZ an Überlegungen zur "wirtschaftlichen Zusammenarbeit" orientiert.
Das vorgeschlagene Verfahren könnte ein erster Baustein für ein System des 'internationalen Finanzausgleichs' sein. Vom unmittelbaren Geberland wird nämlich die Entscheidungsbefugnis über die Mittelzuweisung auf Gremien internationalen Zuschnittes übertragen. Damit würden direkte Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Geber- und Empfängerland zwar nicht gänzlich vermieden, aber zumindest minimiert. Außerdem kann diese Finanzkonstruktion die Gelegenheit bieten, die internationalen Organisationen 'unmittelbar' an der Basis zu verankern und deren Arbeit der Öffentlichkeit vorzustellen.
Die vorläufige Beschränkung auf die sogenannten 'Fünf Neuen Bundesländer' ist nicht prinzipieller, sondern vielmehr rein pragmatischer Natur. Dort befindet man sich nämlich zur Zeit in der Gesetzgebungsphase, so daß diese Situation praktischerweise mit größerer Aussicht auf Erfolg für Versuche genutzt werden kann, innovative Vorschläge umzusetzen.

Sobald Bundesländer der 'alten' BRD in den Grenzen vom 2.10.1990 Novellierungen der entsprechenden Gesetze vorbereiten, wird auch dort die Notwendigkeit bestehen, mit entsprechenden Vorschlägen vorstellig zu werden.

Jochen Fuchs

Allianz der brasilianischen Völker des Regenwaldes

Kautschukzapfer, landlose Kleinbauern und Indianer haben sich in Brasilien zur Allianz "Para os povos da floresta- Für die Völker des Waldes" zusammengeschlossen. Ihr Ziel ist es, den Regenwald vor weiterer Zerstörung zu schützen und die Autonomie seiner Bewohner zu sichern.
Die Völker des brasilianischen Waldes haben eine Infrastruktur geschaffen, die es ihnen erlauben würde, europäische Märkte mit Produkten aus dem Regenwald zu beliefern. Zwischenhändler sind ausgeschaltet, die Gewinne fließen uneingeschränkt in die Arbeit der Waldvölker. Ein europäisches Verkaufs- und Vertriebsnetz für Regenwaldprodukte soll mit Hilfe der in Bremen sitzenden 'Interessenvertretung der Völker des Waldes in Europa' aufgebaut werden. Außerdem soll das Bremer Büro Informationen über die aktuellen Entwicklungen in Amazonien verbreiten und technische und finanzielle Hilfe für Projekte vermitteln. Daneben haben die Völker Amazoniens Interesse daran, die Menschen in Europa besser als bisher über ihre Lebenssituation, ihre Arbeit und ihre politischen Ziele zu informieren. Sie streben Partnerschaften an sowie den Austausch von Wissen und Erfahrungen.
Mit dieser Initiative wollen die Völker des Regenwaldes zeigen, daß internationale Solidarität den Widerstand vor Ort stärkt und daß wir alle mehr tun können, als nur die weitere Zerstörung des brasilianischen Waldes zu betrauern.

mk

Kontakt:
Klick e.V. 2800 Bremen 1
Friesenstr.90 Tel.0421/72993

Juden aus der Sowjetunion - Jede Familie ein trojanisches Pferd?

Der israelische Einwanderungsminister Rabbi Yitzhak Peretz kann sich an dem Bevölkerungszuwachs, den Israel dank der Einwanderungswelle aus der Sowjetunion erfährt, nicht so recht erfreuen. Nicht alle der Neuankömmlinge aus dem nördlichen Osten nämlich sind Juden. Unter den 186000 Personen, die im Jahr 1990 einen israelischen Paß erhielten, sind Peretz' Schätzungen zufolge ca. 35% Nichtjuden. Von den 300000, die 1991 in Israel erwartet werden, wird der nichtjüdische Anteil ähnlich groß sein. Der jüdische Staat wird damit unausweichlich weniger jüdisch.

Dabei geht juristisch eigentlich alles mit rechten Dingen zu:

Das Rückkehrergesetz aus dem Jahr 1950, das jedem Juden in der Welt die israelische Staatsbürgerschaft garantiert *, enthält seit 1970 einen Zusatz, der besagt, daß auch nichtjüdische Familienangehörige von jüdischen Einwanderern den israelischen Paß erhalten.

Bislang gab es keine Probleme mit diesem Zusatz. Das Problem tauchte erst mit den sowjetischen Einwanderern auf, bei denen die Zahl der Mischehen mit etwa 30% außergewöhnlich hoch ist. Durch die vielen Mischehen ist auch der Kreis von Familienangehörigen, die keine Juden sind, sehr groß.

Peretz befürchtet, daß mit jedem jüdischen Einwanderer auf völlig legalem Weg bis zu 12 Personen ins Land kommen und damit auch in Genuß der der finanziellen Hilfen, die der israelische Staat jedem Neueinwanderer gewährt. Derzeit sind es etwa 30000 $ über die Jahre verteilt, die sich Israel einen neuen israelischen Staatsbürger kosten läßt.

Aber auch die Neuankömmlinge aus der Sowjetunion, die sich Juden nennen, bereiten den rechten und religiösen Kreisen in Israel Kopfzerbrechen. Einer Umfrage zufolge sind 72% von ihnen säkular eingestellt und machen keinen Hehl daraus, daß sie nur nach Israel kommen, weil sie dort in Frieden leben können.

Erstaunlich viele Sowjetjuden liefern aber auch Beweise guten Willens, sich dem Judentum in Israel anzupassen. Oft in Gemeinden aufgewachsen, wo es weder Rabbi noch Synagoge gab, kamen etliche erwachsene Männer unbeschnitten nach Israel. Dort holen sie im Erwachsenenalter nun die Beschneidung nach. In Jerusalem gibt es bereits eine Klinik, die sich auf die Beschneidung von Sowjeteinwanderern jeden Alters spezialisiert hat.

Außerdem haben sich tausende von jüdischen Ehepaaren, die in der Sowjetunion ihre Eheschließung lediglich vor Standesbeamten vollzogen haben, ein zweites Mal verheiraten lassen, diesmal von einem Rabbi. Obwohl es in Israel nur religiöse Eheschließungsbehörden gibt, ist die Prozedur der Absegnung der Ehe durch einen Rabbi völlig freiwillig, weil Israel nämlich im Ausland geschlossene Zivilehen problemlos anerkennt.

Trotz so viel guten Willens bei den Sowjetjuden schreien die religiösen Kräfte in Israel nach einer strengeren Überprüfung der Antragsteller. Einige wünschen sich, daß die israelische Vertretung in Moskau mit Gesandten der Rabbinatsbehörden besetzt wird, damit diese vor Ort die Nichtjuden aus dem Kreis der Anwärter auf eine israelische Staatsbürgerschaft herausfiltern können. Aber die israelische Regierung ist nun einmal an einer hohen Einwanderungszahl interessiert, und daher werden es die etwas aufgeklärteren Kräfte nicht so weit kommen lassen, daß jeder Sowjetjude erst einmal einem Rabbi unters Mikroskop gelegt wird.

isar

Quelle u.a. Newsweek vom 8.April 1991

Anmerkung:
In Israel ist man bis heute nicht zu einer allseits akzeptierten Definition von Judentum gelangt. Während die orthodox-religiösen Kräfte einen Menschen nur dann als Jude gelten lassen, wenn dieser entweder von einer jüdischen Mutter geboren wurde oder nach den streng halachischen Regeln zum Judentum konvertiert ist, geben sich die staatlichen Behörden damit zufrieden, wenn eine Person jüdische Großeltern nachweisen kann oder bei einem Reformrabbiner konvertiert ist.

Somalia-Solidarität

Wir sind eine kleine im April 1991 gegründete Gruppe von Somalis und Deutschen aus Frankfurt am Main und Umgebung.

Wir sehen unsere Aufgabe vor allem in Öffentlichkeitsarbeit über die Situation der somalischen Bevölkerung in ihrer Heimat und als Flüchtlinge in den Nachbarländern sowie in konkreter Unterstützung von Somalis, zumeist Asylsuchenden, in der Bundesrepublik Deutschland.

Wir möchten auf diesem Weg erfahren, ob es noch andere "Somalia-Solidaritätsgruppen" gibt, um gegebenenfalls Möglichkeiten des Austausches und der Zusammenarbeit zu suchen.

Kontakt:
Deutsch-Somalisches Komitee
Guddiga Jarmal-Soomaali
c/o Harald Schuster
Friedrich-Ebert-Straße 9 A
6231 Schwalbach am Taunus

Suharto in der Bundesrepublik

Vom 3.-7.Juli besuchte der indonesische Präsident Suharto die Bundesrepublik. Ein Anlaß für Menschenrechtsgruppen, Länderkomitees, Parteien und Aktionsgruppen, auf die katastrophale Menschenrechtssituation in dem asiatischen Vielvölkerstaat aufmerksam zu machen. Die indonesische Regierung zeigte sich erschrocken über die Protestkundgebungen, die in Bonn und Berlin stattfanden - so direkte Kritik hatte man nicht erwartet. Schließlich hatte das Land doch noch vor wenigen Wochen versucht, sein Image aufzubessern, indem es der UN-Menschenrechtskommission beitrat. Daß sich dadurch jedoch an der Realität im fünftgrößten Staat der Erde (geht man nach der Bevölkerungszahl) nichts ändern würde, war wohl abzusehen. Suharto selbst stellte sich nicht der hiesigen Presse, wohl um einer Konfrontation mit unangenehmen Fragen aus dem Weg zu gehen. Bundeskanzler Kohl forderte Suharto lediglich dazu auf, er möge die Menschenrechte einhalten und "mit seiner begonnenen Politik fortfahren".

Schon im Vorfeld des Besuches hatte der indonesische Technologieminister Habibie im Handelsblatt die Zurückhaltung der deutschen Industrie in seinem Land kritisiert. So ging es bei dem Besuch neben Suhartos Ersuchen nach einem Kredit in Höhe von DM 500 Mio. vor allem um die Intensivierung der deutschen Investitionstätigkeit in Indonesien. Neben zivilen Projekten wie dem Schiffbau oder der Förderung umweltfreundlicher Technologie beteiligt sich z.B. der Rüstungskonzern MBB an dem Aufbau einer indonesischen Rüstungs- und Raumfahrtindustrie. Es wird auch vermutet, daß deutsche Unternehmen an dem indonesischen Atomreaktorprojekt - zwölf Anlagen sind geplant - mitwirken.

Weitere Informationen zu dem Suharto-Besuch und zu der Menschenrechtslage in Indonesien bei:
Südostasien Informationsstelle
Josephinenstr. 71
4630 Bochum 1
Tel.: 0234/502748

Betr.: der Artikel "Das neue 'Ley Indigena' der chilenischen Regierung" von Andreas Wenzel , blätter des iz3w Nr. 173, Mai 1991, S. 46-47

Als langjähriger Leser der "blätter" (16 Jahre?), was ja ausdrückt, daß mir die Zeitschrift etwas zu sagen hat, möchte ich aber auch ganz deutlich Kritik ausdrücken, wenn das sonst übliche Niveau stark abfällt. Und das ist bei dem oben genannten Artikel eindeutig der Fall.

Mein Hauptkritikpunkt ist folgender: das Volk der Mapuche hat nach der Unterdrückung ab 1973 und nach dem erfolglosen Widerstand gegen das Gesetz Pinochets, das ihr Land privatisierte, keine repräsentative Organisation mehr, die im Namen des "Volkes" sprechen könnte. Mir sind allein sieben politische Organisationen bekannt (vielleicht gibt es noch einige weitere kleinere), die alle für sich beanspruchen, die 'wahren' Vertreter des Volkes zu sein. Das ist eine traurige Situation, aber man muß sie zur Kenntnis nehmen. Der Autor des iz3w-Artikels hat es nun geschafft, nicht nur eine dieser Organisationen als die wahre herauszugreifen, sondern auch noch mit dem Volk gleichzusetzen ("Die Mapuche beschlossen daraufhin..." "Die Forderungen der Mapuche ...")! Das ist traurigster Hauruck-Internationalismus, der der Solidaritätsarbeit langfristig nicht dient, sondern sie lähmt, und die Engagierten nach einer Konfrontation mit der Realität enttäuscht in die Privatsphäre führt, was nach den 70er Jahren ja vielfach zu erleben war.

Die Unlauterkeit des Autors geht aber noch weiter: ein nicht vorinformierter Leser muß glauben, der chilenische Staat wolle durch ein neues Gesetz einer breiten Bewegung der Mapuche den Boden 'unter den Füßen entziehen ' ("Autonomiebestrebungen via Gesetz verhindern", "CONADI - Handlanger staatlicher Interessen"). Diese gibt es aber nun wie gesagt nicht , und die Gruppe, auf die sich der Autor beruft (in der Übersetzung heißt ihr Name: "Rat für das gesamte Land"), ist eine Splittergruppe, die sich (vor ein oder zwei Jahren) von der größeren AD-MAPU abgespalten hat. Alle sieben bestehenden Organisationen sind schon klein und besitzen wenig reale Verankerung in der ländlichen Bevölkerung, dieses gilt aber noch in verstärktem Maße für die 'Aukin Wal-Mapu Ngulaman', für die das Attribut "traditionelle Autonomiebewegung" eine Verhohnepiepelung der Mapuche darstellt. Hinzu kommt noch, daß die sechs anderen politischen Organisationen an der Ausarbeitung des Gesetzentwurfs mitgearbeitet haben, der Entwurf in den Mapuche-Dörfern verbreitet und diskutiert worden ist, und eine nationale Konferenz im Januar in Temuco den Entwurf zusammen mit Vertretern anderer chilenischer Völker diskutiert hat. Daraus entstand die siebte Fassung des Entwurfs, die im Mai vorgelegt worden ist. Soweit die Bevölkerung der Mapuche sich mit dem Entwurf befaßt hat, kann von einer weit überwiegenden Zustimmung ausgegangen werden. Es ist jedoch äußerst zweifelhaft, ob dieser Entwurf jemals das Parlament passieren wird (was noch einmal der These des Autors widerspricht, daß ein neues Eingeborenengesetz staatliche Interessen gegen die Mapuche durchsetzen soll).

Matthias Lanzendörfer

Nicht gegen uns - Bevölkerungspolitik, Familienplanung und Umweltschutz aus Frauensicht
Tagung zur Situation der Frauen in Afrika, Lateinamerika und Asien vom 25.-28.8.1991
Infos und Anmeldung: Gustav-Stresemann-Institut, Langer Grabenweg 68, 5300 Bonn 2

Erster Internationaler Bananenkongress in Europa. Bananenmarkt Europa heute und morgen - die Situation in den Produzentenländern - wie können nationale Strukturen entstehen oder gestärkt werden - gemeinsame internationale Vermarktungsorganisation. Tagung vom 22.-24.8.1991 in Zürich.
Infos und Anmeldung: gebana/Schweiz, Postfach Talbach, CH-8502 Frauenfeld.

Ausländer oder Minderheiten?
Das neue Ausländergesetz in der Praxis - Erfahrungen und Perspektiven. Vom 11.-13.9.1991 in Dingen
Infos und Anmeldung: Akademie Klausenhof, Klausenhofstr. 100, 4236 Hamminkeln-Dingen, Tel.: 02852/89326

Seminare der Gustav-Heinemann-Akademie in Freudenberg:

Europa und die Dritte Welt
Kolonialismus und die Entwicklung einer Beziehung - wirtschaftlich und kulturell. Was ist das besondere an einer gemeinsamen europäischen Entwicklungspolitik? Die Dritte Welt in Europa. Vom 2.-6.9.1991

Afrika in der Krise
Zur wirtschaftlichen Entwicklung und Entwicklungshilfe. Vom 13-15.9.1991

Konkurrenz in der Entwicklungshilfe - Verdrängt Osteuropa die Dritte Welt? Vom 16.-20.9.1991
Infos und Anmeldung: Gustav-Heinemann-Akademie, Krottorfer Str. 27, 5905 Freudenberg, Tel.: 02734/3086

Pestizide und Welthunger III
Kann der Einsatz synthetischer Pestizide einen Beitrag zur Beseitigung der Unterernährung großer Teile der Weltbevölkerung leisten? Wenn ja: Rechtfertigt dieser Beitrag die schädlichen Nebenwirkungen des Pestizideinsatzes auf die menschliche Gesundheit und den Naturhaushalt? Seminar vom 27.-29.9.1991 in Frankfurt/M.
Infos und Anmeldung: PAN, Gaußstr. 17, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040/393978

Sommerwerkstätten für StudentInnen aus Afrika, Asien und Lateamerika an Hochschulen in Baden-Württemberg vom 4-15.9.1991 in Ellwangen/Jagst
Die Werkstätten vermitteln grundlegende theoretische und praxisorientierte Fertigkeiten in basisbezogenen, entwicklungspolitischen Bereichen in den Arbeitsgruppen: Angepaßte Technologie, Basisgesundheitsversorgung, Kommunikation im Entwicklungsprozeß.
Infos und Anmeldung: Studdienbegleitprogramm für StudentInnen aus Afrika, Asien und Lateinamerika in Baden-Württemberg, Kniebisstr. 29, 7000 Stuttgart, Tel.: 0711/265853

Christen im Schatten der Pyramiden
Die Kirchen in Ägypten. Seminar vom 20.-22.9.1991 in Hofgeismar
Infos und Anmeldung: Evangelische Akademie, Schlößchen Schönburg, Postfach 1205, 3520 Hofgeismar, Tel.: 05671/8810

'Women for Creation and Environment' Internationale Frauenkonferenz vom 30.9.-7.10.91 in Rio de Janeiro Information: Ute Winkler c/o Feministisches Gesundheitszentrum Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt/M.

Bücher

Urs M. Fiechtner, Sergio Vesley, **Gesang für Amerika**, Edition Dia, St.Gallen/Berlin/São Paulo 1991, 113 Seiten

---

Las Estrellas de la Gloria, **Die Nachfolger von Feliciano Ama im Westen von El Salvador**, Video, 50min, El Salvador 1991, 50.-DM, Verleih: MIZ c/o Dritte Welt Haus, Friesengasse 13, 6 Frankfurt/M 90, Tel.069/77 14 38

Frank Ballot, **Islam**, Reihe 'explizit', Materialien für Unterricht und Bildungsarbeit, Nr.35, Horlemann Verlag, Lohfelder Str.14, 5340 Bad Honnef, 12.-DM

S. Becker, M. Glöge und W. Seiß, **Kaffee und Krieg, Studie zur Situation des Kaffeesektors in El Salvador und der Bedeutung des Kaffees aus El Salvador auf dem Kaffeemarkt in der Bundesrepublik Deutschland**, epd-Materialien, Band I/1991

Carola Krebs, Zola Sonkosi, Studentenschaft an der Kirchlichen Hochschule Berlin-Neubrandenburg (Hrsg.), **Unterdrückung, Widerstand und Perspektiven, in Südafrika**, 136 Seiten, 2.-DM, Bestelladresse: Black Media Access e.V., Postfach 210212, 1000 Berlin 21

Werner Ruf (Hrsg.), **Vom kalten Krieg zur heißen Ordnung? Der Golfkrieg - Hintergründe und Perspektiven**, 215 Seiten, Hamburg 1991, Lit Verlag, Hallerplatz 5, 2000 HH 13

Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), **Verhandlungen - Chancen, Risiken, Perspektiven**, Bonn, Juli 1990, ca. 100 Seiten, 7.-DM, Bezug: AAB-Geschäftsstelle, Blücherstr.14, 5300 Bonn

---

Werner Draguhn, **Asiens Schwellenländer - Dritte Weltwirtschaftsregion?** Wirtschaftsentwicklung und Politik der 'vier kleinen Tiger' sowie Thailands, Malaysias und Indonesiens, 174 Seiten, Hamburg 1991, 28.-DM

Entwicklung und Umwelt, **Ökonomisch-ökologische Entwicklung in Papua-Neuguinea**, Eine Untersuchung des Starnberger Instituts i.A. des Missionswerkes der Ev.-Luth. Kirche in Bayern, Din A4, 86 Seiten, ohne Preis, Evangelisches Missionswerk, Mittelweg 143, 2000 HH 13

Brigitte Lyska, **Umweltpolitik in Indien**, 162 Seiten, 28.-DM, Alano Verlag Aachen 1990

"Neue" Flüchtlingspolitik: Abwehren, Ausgrenzen, Abschieben?

Stellungnahmen des Bielefelder Flüchtlingsrates in der gegenwärtigen Asyl- und Flüchtlingsdiskussion

Inhalt: Ein neuer Flüchtlingsbegriff/Internationale und europäische Flüchtlingspolitik/Anforderungen an eine wirklich "neue Flüchtlingspolitik"/Die Diskussion um das Einwanderungsgesetz

Bezug: Bielefelder Flüchtlingsrat, c/o IBZ Friedenshaus, Teutoburger Str. 106, 4800 Bielefeld 1, Tel.: 0521/69874, DM 3.- + Porto

Zeitschriftenschau

Lateinamerika Nachrichten 204, Juni 1991

"Indianer" Mythos - Projektion - Realität

Schwerpunkt Ethnizität: Ein Indianer ist ein Indianer ist ein Indianer / Zur Problematik des Begriffs "Indianer"/ "Entwicklungshilfe" oder: 800 Zähne / Über das Wiedererfinden von Indianerinnen - 500 Jahre Widerstand / Chile: Auf dem Weg zur Anerkennung Lateinamerika: Lateinamerika zu Beginn der 90er Jahre / Lateinamerika im Schatten des gemeinsamen Marktes / Lateinamerika-Tage in Berlin/Haiti: Unruhige Zeiten /Neustrukturierung der Landwirtschaft/Guatemala: Kurznachricht/Nicaragua: Die Fronten klären sich/Chile: Politische Gefangene - Interview mit Vasily Carrillo/ Brief aus dem Frauengefängnis /Kurznachrichten/Brasilien: Macht, Liebe und Geld/Bravo, Brasilien zahlt wieder! LeserInnenbriefe /Rezensionen / Termine Zeitschriftenschau

Einzelpreis: DM 5,- /Jahresabo: DM 55,-

Bezug LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1 Berlin 61, Tel. 6946100

154/155: Forum

Vandana Shiva: Invasion als Entdeckung: 1492-1992 * R. Rehtmeyer: Sie werden an den Grenzen stehen und auf die Flüchtlinge schießen * Chinweizu: ... Daß alles, was Europa mag, auch vom Rest der Welt gemocht gewollt ..." P. Lamprecht: Frauen im Zwiespalt zwischen "Traditionalität" und "Modernität" * M. Bremer: Die "Vereinten Nationen" als Alternative zur herrschenden Weltordnung? * S. Sakar: Was heißt Entwicklung? - Neudefinition des Entwicklungsbegriffs * Podiumsdiskussion: Golfkrieg und Dritte Welt * Interview Puerto Rico: "Kein Volk will Sklave sein" * BUKO-Kongreß Köln: Kongreßbeschlüsse, AG-Protokolle, Resolutionen * viele Seiten Diskussionen * Berichte, Termine, Notizen aus der Szene, Buchbesprechungen u.m.

Bezug: FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Buchstr. 14/15, 2800 Bremen 1, Tel.: 0421/325156. Einzelpreis DM 6.-

---

Brasilien Rundbrief Nr. 39, Juni 1991

Umweltzerstörung, Kleinbauern und biol. Landwirtschaft; Stauseeprojekte: die Betroffenen organisieren sich; Kampf um Boden; Gegen Gewalt und Straffreiheit; Amazonien: Indianer im Widerstand; Nova California! Lula und Benedita da Silva; u.a.

Preis: 4.-DM (Einzelheft), 15.- Jahreabo (4 Ausgaben)

Bezug: Brasilieninitiative Freiburg e.V., In den Weihmatten 27, 7800 Freiburg

---

Kolumbien-Rundbrief Nr. 24, Juli 1991

Inhalt: Schwerpunktthema "500 Jahre Kolonialismus und Widerstand"

Entstehung und Ziele der Selbstorganisation der IndianerInnen in Kolumbien * 500 Jahre Finanzierung des Nordens durch den Süden: Der Pazifik-Plan der kolumbianischen Regierung * Mutter Erde - weitaus mehr als schön. Die Tradition der Kuna Indianer * Zu den Morden an den Arhuaco-Indianern - Gedanken der Versammlung des Arhuaco-Volkes * 1492" - 500 Jahre Entdeckung des modernen Europa * Die zweite Hispanierung Amerikas * Eduardo Galeano: Das Ende der Geschichte* Presseartikel zur Blumenkampagne * Renaissance der Cholera * Beilage "500 Jahre" * Sieg gegen die Mafia * "Wir forderten Wasser und sie gaben uns Kugeln" - regionale Protestbewegungen in Kolumbien

Preis: einzeln DM 4.- u. Porto, Jahresabo DM 20.-

Bezug: Kolumbiengruppe e.V., Postfach 1347, 7440 Nürtingen

---

ila Nr. 146, Juni 91

Schwerpunkt: "Lateinamerikanische Frauen in Deutschland"

Alltag in BRD und DDR - Perspektiven lateinamerikanischer Frauen als zweifach Benachteiligte: Frau und Ausländerin, u.a.: Versteckter akademischer Rassismus / Kubanerinnen in der ehemaligen DDR/ Gekaufte Ehefrauen aus Brasilien / Sexarbeiterinnen aus LA und der Karibik / Leben mit zwei Welten (Interview mit zwei Betroffenen) / Drogenkurierinnen in deutschen Knästen / Künstlerinnen im Exil.

Außerdem: Das "Ständige Tribunal der Völker" in Bogotá / Koka-Anbau in Bolivien / Der Golfkrieg und Mittelamerika / 500 Jahre Conquista: Spanisches Manifest gegen das große Spektakel des Kapitalismus...

Notizen aus und für die Bewegung, u.a.: Bericht vom 15. BUKO in Köln; Termine; Zeitschriftenschau.

Preis: Einzelpreis DM 5,-; Jahresabo DM 50,-, erm. 40,-.

Bezug: ila, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1/Tel.: 0228-658613

Bolivia Nr. 89 Mai/Juni 1991:

Zeit zum Handeln - Ein weiterer Schritt im "Anpassungsprozeß" Boliviens * Drogenkampf * Politik und Religion: Sieg über die Finsternis: Der XXIII. FSTMB-Kongreß * Neue Runde mit LITHCO * Die Cholera klopft an die Türen Boliviens * 80-jährige Deutsche seit über 40 Jahren "Doctora" in den Anden (Michael Fabrizius) * Rezension: Michael Krempin - "Krise als Chance?" Neoliberale Wirtschaftspolitik und Gewerkschaftsbewegung in Bolivien *

Preise: Einzelheft DM 2,50; Abo: DM 15,-

Bezug: BOLIVIA Sago Informationsblatt, Kottbusser Damm 101, W-1000 Berlin 61

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

M 3477 F

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg
ISSN 0933-7733

ARCHIV für Soz Beweg
Spechtpassage
Wilhelmstr. 15

W-7800 Freiburg

